

# Morgenblatt

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 M., monatlich 1.10 M., wochentlich 20 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Interlons-Gebühr

Beträgt für die sechsgehebelte Kolonialzelle oder deren Raum 50 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Stellengesuche und Stellungs-Anzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Sonntag, den 24. August 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Erdrosselung der freien Hilfskassen und freie Bahn für Schwindelkassen.

III.

Worin unterscheidet sich die heutige Rechtsstellung der Hilfskassen von der geplanten?

Der wesentlichste Unterschied der heutigen Rechtsstellung der Hilfskassen gegenüber der Stellung, die der „Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen“ den Krankenversicherungsvereinen zuweist, ist folgender:

Durch das Hilfskassengesetz wurde nach langem Kampf den Arbeitern ermöglicht, von ihnen selbst verwaltete Kassen ohne behördliche Erlaubnis zu errichten, sofern die Kasse den im Gesetz aufgestellten Normativbestimmungen entspricht. Nach dem Hilfskassengesetz darf die Zulassung einer freien Hilfskasse nur versagt werden, wenn das Statut den Anforderungen des Hilfskassengesetzes nicht entspricht. Gegen die Verfassung steht das Verwaltungsstreitverfahren zu. Ebenso steht es mit Änderungen des Statuts. Die Schlichtung einer freien Hilfskasse kann durch die höhere Verwaltungsbehörde nur unter den im § 29 des Hilfskassengesetzes genau angegebenen Gründen stattfinden. Auch gegen ein solches Vorgehen ist das Verwaltungsstreitverfahren zugelassen. Der freien Hilfskassen steht das Selbstverwaltungsrecht zu, freilich nur in den Grenzen des Hilfskassengesetzes. Die Rechte der Aufsichtsbehörde sind im § 33 des Hilfskassengesetzes umgrenzt. Danach unterliegen die Kassen und ihre örtlichen Verwaltungsstellen in bezug auf die Verfolgung des Hilfskassengesetzes der Aufsicht durch die Behörde; die Kassen sind verpflichtet, der Aufsichtsbehörde auf Verlangen jederzeit ihre Bücher, Verhandlungen und Rechnungen im Geschäftsbüro der Kasse zur Einsicht vorzulegen und die Revision ihrer Kassendokumente zu gestatten. Ferner kann die Aufsichtsbehörde die Generalversammlung berufen, wenn der Vorstand die Verurteilung unterläßt, wiewohl der Ausschuh oder der gesamte Teil der stimmberechtigten Mitglieder die Verurteilung beantragt. Endlich kann nach § 33 H.-K.-G. die Aufsichtsbehörde die Mitglieder des Vorstandes und der örtlichen Verwaltungsstellen sowie die im Fall der Auflösung oder Schließung einer Kasse mit der Abwicklung der Geschäfte betrauten Personen zur Erfüllung der durch das Hilfskassengesetz begründeten Pflichten durch Androhung, Festsetzung und Vollstreckung von Geldstrafen bis zu 100 M. sowie durch die sonstigen nach den Landesgesetzen ihr zustehenden Zwangsmittel anhalten. Gegen die Androhung und Festsetzung von Geldstrafen und gegen die Anwendung von Zwangsmitteln seitens der Aufsichtsbehörden ist das Verwaltungsstreitverfahren gegeben. So der bestehende Zustand, bei dem man beklagen mag, daß der bürokratischen Willkür nicht genügend Riegel vorgeschoben sind, bei dem aber immerhin noch von einem Recht der Selbstverwaltung die Rede sein kann, das eventuell auf dem Wege des Verwaltungsstreitverfahrens in einigen Fällen geschützt werden kann und tatsächlich wiederholt gegen die Willkür der Aufsichtsbehörde geschützt worden ist.

Für den Fall des Inkrafttretens des „Entwurfs eines Gesetzes über die Hilfskassen“ aber haben die Versicherungsanstalten nicht mehr ein gesetzlich garantiertes Recht auf Errichtung eines Versicherungsvereins, sondern sie bedürfen der Erlaubnis der Aufsichtsbehörde. Diese Erlaubnis kann nicht nur versagt werden, wenn das Statut bestimmten gesetzlichen Anforderungen nicht entspricht, sondern sie kann nach § 7 des Versicherungsaufsichtsgesetzes versagt werden, wenn:

1. der Geschäftsplan gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft oder
2. nach dem Geschäftsplan die Interessen der Versicherten (nach Ansicht der Behörde) nicht hinreichend gewahrt sind, oder die dauernde Erfüllbarkeit der aus den Versicherungen sich ergebenden Verpflichtungen (nach Ansicht der Behörde) nicht genügend darzulegen ist oder
3. Tatsachen vorliegen, welche die Annahme rechtfertigen, daß ein den Gesetzen oder den guten Sitten entsprechender Geschäftsbetrieb nicht stattfinden wird.

Es kann ferner auch die Erlaubnis von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Das Inkrafttreten und der Fortbestand der Versicherungsvereine ist also von dem Ermessen der Behörde abhängig.

Die Versicherungsvereine unterliegen ferner der unbefristeten Aufsicht durch die Aufsichtsbehörde. Die Aufsicht ist nicht wie im Hilfskassengesetz begrenzt. Die Aufsichtsbehörde kann den ganzen Geschäftsbetrieb überwachen, sie ist befugt, alle Anordnungen zu treffen, die ihrer Ansicht nach geeignet sind, den Geschäftsbetrieb mit den gesetzlichen Vorschriften und dem Geschäftsplan im Einklange zu halten oder Mißstände zu beseitigen, durch welche nach Ansicht der Aufsichtsbehörde die Interessen der Versicherten gefährdet werden oder der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten in Widerspruch gerät. Zur Verfolgung ihrer Anordnungen kann sie durch Geldstrafen bis zu 1000 M. anhalten. Die Aufsichtsbehörde kann jederzeit die Geschäftsführung und Vermögenslage nach allen Richtungen hin prüfen, die Bücher, Belege und Schriften im Geschäftsbüro sich vorlegen lassen, Auskunft jeder Art verlangen und Vertreter in die Versammlungen und Sitzungen der Generalversammlungen, Mitgliederversammlungen usw. entsenden, die jederzeit zu hören sind. Sie kann auch selbst Versammlungen und Sitzungen einberufen, zu denen sie selbst die Tagesordnung feststellen kann. Der Aufsichtsbehörde ist also die denkbar größte Nachfülle einzuräumen. Gegen Verfügungen oder Entscheidungen des Aufsichtsamts ist nur in dem im Versicherungsaufsichtsgesetz ausdrücklich hervorgehobenen Fällen ein Rechtsmittel zulässig.

Den Krankenversicherungsvereinen, die zugelassen sind, kann die Erlaubnis zum Weiterbetrieb entzogen werden. Hierüber besagt § 67 des Versicherungsaufsichtsgesetzes: „Dankt eine Unternehmung fortgesetzt den ihr nach Maßgabe der Gesetze oder des genehmigten Geschäftsplanes ob-

liegenden Pflichten zuwider, oder ergeben sich bei der Prüfung ihrer Geschäftsführung oder ihrer Vermögenslage so schwere Mißstände, daß bei Fortsetzung des Geschäftsbetriebes die Interessen der Versicherten gefährdet sind, oder befindet sich der Geschäftsbetrieb mit den guten Sitten im Widerspruch, so ist die Aufsichtsbehörde befugt, den Geschäftsbetrieb mit der Wirkung zu untersagen, daß neue Versicherungen nicht abgeschlossen, früher abgeschlossene nicht erhöht oder verlängert werden können.

Im Falle der Untersagung des Geschäftsbetriebes ist die Aufsichtsbehörde berechtigt, alle diejenigen Anordnungen zu treffen, welche zur einstweiligen Sicherstellung des Vermögens der Unternehmung im Interesse der Versicherten möglich sind, insbesondere die Vermögensverwaltung geeigneten Personen zu übertragen. Die Vorschriften des § 64 Abs. 3 finden entsprechende Anwendung (d. h. die Behörde kann Geldstrafen bis 1000 M. festsetzen, um ihre Anordnungen durchzuführen).

Bei Versicherungsvereinen auf Gegenseitigkeit hat die Untersagung des Geschäftsbetriebes die Wirkung eines Aufhebungsbeschlusses. Die Eintragung der Untersagung in das Handelsregister erfolgt auf Anzeige der Aufsichtsbehörde.

Als Aufsichtsbehörde fungiert das Aufsichtsamts für die Privatversicherung. Dies Amt besteht aus dem Vorsitzenden und fünf Mitgliedern, vom Kaiser ernannt, sowie nichtständigen, vom Bundesrat gewählten Mitgliedern. Zur Mitwirkung bei der Aufsicht wird ein aus Sachverständigen des Versicherungswesens bestehender Beirat gewählt, dessen Mitglieder auf Vorschlag des Bundesrats vom Kaiser auf fünf Jahre ernannt werden. Dieser Versicherungsbeirat besteht zurzeit aus Direktoren und Vorsitzenden der großen Versicherungsgesellschaften und sonstigen Vertretern der Großindustrie. So gehören ihm an: der Vorsitzende mehrerer Versicherungsgesellschaften, Reichstagsabgeordneter Waffermann, ferner der Generalsekretär des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, der bekannte Scharfmacher Dr. Beumer, der preussische Kammerherr und Rittergutsbesitzer auf Groß-Pankow in der Provinz Gans ebler Herr zu Buttlich, der Landtagsabgeordnete Geh. Reg.-Rat Dr. Wöttinger, Direktor der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer u. Co., Elberfeld usw. Seitens der Sozialdemokratie war in der Kommission der Antrag gestellt, statt der Versicherungsbeiräte aus Lebensversicherungs-, Feuerversicherungs- und anderen Scharfmacherkreisen eventuell Versicherungsbeiräte aus den Vorstandsmitgliedern der Hilfskassen wählen zu lassen. Der Antrag wurde in der Kommission abgelehnt. Rugdan war so freundlich zu erklären, er würde Fräulein als Mitglied vorschlagen.

Das Aufsichtsamts für Privatversicherung entscheidet in der Besetzung von fünf Mitgliedern (3 Mitglieder des Aufsichtsamts unter Einziehung von 2 Mitgliedern des Versicherungsbeirats): über die Erteilung der Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe über die Genehmigung einer Änderung des Geschäftsplanes, über die Genehmigung einer Bestandsveränderung, über die Genehmigung der Auflösung eines Versicherungsvereins auf Gegenseitigkeit, über den Erlaß einer Anordnung, mit der eine Strafandrohung verbunden ist, über die Untersagung des Geschäftsbetriebes, also Auflösung, über die Stellung des Antrages auf Eröffnung des Konkurses und über Ergreifung von Anordnungen zur Abwendung des Konkurses. Gegen die auf diesem Gebiet getroffenen Entscheidungen gibt es kein gerichtliches oder verwaltungsgerichtliches Verfahren. Man kann gegen die Verlegung der Erlaubnis zum Geschäftsbetrieb und in den anderen eben angeführten Fällen nur bei dem Aufsichtsamts selbst Rekurs einlegen. Ueber den Rekurs entscheidet das Aufsichtsamts selbst in der Besetzung von sieben Mitgliedern, nämlich 3 Mitgliedern des Aufsichtsamts, 2 Mitgliedern des Versicherungsbeirats sowie eines richterlichen Beamten und eines Mitgliedes eines höchsten Verwaltungsgerichtshofes. Der Vorsitzende kann in beiden Instanzen dieselbe Person sein und ist es in der Regel. Diese Einrichtung paßt wie das ganze Versicherungsaufsichtsgesetz für die Versicherungsunternehmungen, deren Zweck auf Gewinn geht und nicht auf Erfüllung sozialer Pflichten, nicht aber für Hilfskassen. Daß die Nachfülle des Aufsichtsamts den Gewerkschaften gegenüber nicht zu weit geht, wird einmal dadurch gewährleistet, daß die Zwecke des Aufsichtsamts und der Gewerkschaften durchaus harmonieren und dann dadurch, daß der Versicherungsbeitrag aus den Vertretern der Interessen der Versicherungsgesellschaften besteht. Ein nicht aus der Liebertarde oder sonstigen Gelbes bestehender Arbeiterverein kann vor diesen beiden aus eingetragenen Bürokraten und Arbeiterfeinden bestehenden Instanzen schwerlich Recht erhalten. Schlimmer als diese beiden Instanzen, bei denen es gestattet ist, von Waffermann an Beumer oder Wöttinger zu appellieren, kann kein gegen die Arbeiter ausdrückliche Zusammengefaßtes Ausnahmegericht aussehen, es sei denn, daß zur Entscheidung über Beschwerden der Arbeiterorganisationen Arbeitsämter, Streikbrecher, Gelbe als Sachverständigen in den Versicherungsbeiträgen berufen werden. Und daß dies geschieht, ist nicht ausgeschlossen. Die Entscheidung der Rekursinstanz ist endgültig.

## „Geistig hochstehende“ und „subalterne Geister“.

In der freisinnigen Presse ist ein wunderbarer Bruderkrieg entstanden. Als seinerzeit Raumann im Mosse-Blatt mit seinem Vorschlag hervortrat, zum Herbst „Janfare zu blasen“ und einen Wahlrechtssturm im Volke zu entfesseln, warnte davor die der Freisinnigen Vereinigung, also der Richtung Raumanns und des Mosse-Blattes, angehörige „Weser-Ztg.“ in einem staaligen Artikel namens der „geistig hochstehenden“ Kreise des weiblichen Freisinn, die eine freisinnige Politik der Opferung der politischen und wirtschaftlichen (antiagrarischen!) Prinzipien verträten.

Verkanntlich hat dieser Standpunkt der Politik der Resignation und des Verschachsens der freisinnigen Grundsätze bald in der übergroßen Mehrheit der Freisinnspresse aller Richtungen ein starkes Echo gefunden. Die

„Frankfurter Ztg.“ empfahl das Kompromiß mit der Reaktion ebenso wie die „Weser-Ztg.“. Und die „Breslauer Ztg.“, die „Post-Ztg.“, die „Königsb. Hartungsche Ztg.“, ja sogar die „Freisinnige Ztg.“ schlossen sich bald mit allem Nachdruck der Parole an, daß der Freisinn in der Wahlrechtsfrage keine prinzipielle sondern eine tadelnde, verräterische Block-Schacherpolitik treiben müsse! Mit Zug und Recht durfte die Zentralpresse Herrn Raumann höhnen, daß er „allein auf weiter Flur“ sei!

Das einzige Freisinnblatt, das Herrn Raumann die Stange hält, ist das „Berl. Tagebl.“, das verbreitetste Freisinnblatt zwar, aber darum keineswegs auch ein parteipolitisch maßgebendes Blatt. Wir müssen das zur Beleuchtung der politischen Situation feststellen, ohne deshalb dem Mosseblatt das Verdienst streitig machen zu wollen, in Sachen des preussischen Wahlrechts eine anerkanntenswerte Energie entwickelt zu haben. Ist es doch auch das Verdienst dieses Blattes der Freisinnigen Vereinigung gewesen, Herrn Traeger, dem parlamentarischen Senior der Freisinnigen Volkspartei (!), Gelegenheit gegeben zu haben, seine Parole „alles oder nichts!“ den Kompromiß- und Konzeptionschulzes seiner eigenen Partei entgegenzusetzen zu können!

Aber die Ausnahmeseheineung des „Berl. Tageblattes“ läßt darum die feige Drückebergerei und die Kompromißhängste der übergroßen Mehrheit der Freisinnspresse in umso trüberer Beleuchtung erscheinen!

Freilich, das „Berl. Tageblatt“ tut so, als ob diese Drückeberger — die doch die ganze offizielle Freisinnspresse beherrschen — nur armelige, bedeutungslose Schluder seien. So sagt das Mosse-Blatt in einer Polemik gegen die konervative Presse:

„Man stelle ihnen (Raumann und seinen Freunden) einige subalterne Geister gegenüber, die — ungenannt und unbekannt — ihnen mit staatsmännischer Ehrbarkeit den Text lesen müßten.“

Also „einige subalterne Geister“ sind es, die die ganze offizielle Freisinnspresse beherrschen! Nun, warten wir ab, was diese „subalternen Geister“, die die „Weser-Ztg.“ als die „geistig hochstehenden Kreise“ des Freisinn apostrophierte, entgegen werden!

Verzeihet sei nur noch, daß sich das „Berl. Tageblatt“ das Privatimmunität, das wir heute morgen der Freisinnsmehrheit lesen mußten, heute abend in folgender Weise zu eigen macht:

„Der Liberalismus in Deutschland sollte von den anderen Parteien lernen, und besonders von den Agrariern, die nicht an Genügsamkeit zu kranken pflegen. Wenn einmal ein Liberaler der schläfrigen Gangart müde ist und ein freisinniges Tempo anschlägt, erdnt gleich der Jammerruf nach dem Hemmschuh und die Karre soll wieder still stehen. Wir wollen nicht unteruchen, wieviel persönliche Eigenschaften und wieviel offizielle Einküsterungen dabei mit im Spiele sind — wir nehmen an, daß nur ein allzu ruhiges Temperament jene Politiker leitet, die man, zum Unterschiede von den „Rittern vom Vundschuh“, als die Ritter vom Hemmschuh bezeichnen könnte. Man hat die Freisinnigen lange Zeit hindurch in die „Wadenstrümpfer“ und in die „Wasserschiefer“ einteilen wollen — zwei Bezeichnungen, die heute noch weniger als früher das Richtige treffen. Der Wadenstrumpf und der Wasserschiefer sind jetzt abgenutzte Requiriten. Aber man hüte sich, wenn man nicht känglich auf Popularität verzichten will, vor dem Schlafrock und den Pantoffeln!“

Der Schlafrock und die Pantoffeln sind in der Tat nicht läbliche Symbole für die bisherige Mehrheit des Freisinn! —

## Die Bettialität der Kolonialpolitik.

Die bürgerliche Presse ist begreiflicherweise höchlichst entsetzt darüber, daß die Mehrheit des Internationalen Kongresses eine Resolution angenommen hat, die die kapitalistische Kolonialpolitik als Politik der Bestialität brandmarkt und sie demgemäß prinzipiell mit aller Schärfe ablehnt. Während sich das Achtgroßenkongress-Organ der Gebildeten, die „Tägl. Rundsch.“, eine förmliche Elegie auf den unverbesserlichen Unbestand der vaterlandlosen Gesellen erprecht, gerät die „Post“ vollends aus dem Hänschen. Die Kolonialpolitik brutalisiere und versklave die Eingeborenen? „Welche Unwissenheit!“ „Welche Verlogenheit!“ Und so weiter in lieblichen Interjektionen! Dann aber schwingt sich das Blatt des verstorbenen Sklavenhändlers im Saarrevier zu einer feurigen Apologetik speziell der deutschen Kolonialpolitik auf:

„Haben die Herren „Genossen“ wirklich nie etwa von der Antislaverei-Bewegung und unseren zahlreichen Antislaverei-Expeditionen gehört? Kennen sie tatsächlich nicht die bezüglichen Verfügungen unserer Regierung? Welche Unwissenheit! Oder, wenn sie dennoch davon wissen, welche Verlogenheit! Ferner die Zwangsarbeit. Wo ist in unseren Kolonien bisher Zwangsarbeit eingeführt worden? Einige Kolonialpolitiker haben sie bestrafwortet, das ist richtig; aber unsere Regierung hat ihnen bisher nicht Befehl geschickt und wird es auch nicht tun. Es ist auch richtig, daß früher von anderen Kolonialstaaten Versuche mit der Zwangsarbeit gemacht worden sind; sie sind aber wieder aufgegeben worden. Ob den oft unverständlichen, kinderhaften Eingeborenen eine in humaner Form auferlegte Zwangsarbeit nicht sehr dienlich sein würde, soll hier gar nicht erörtert werden; Tatsache ist, daß die verantwortlichen Stellen sich der Einführung



einer solchen Maßregel widersehen und dies wiederholt öffentlich erklärt haben. Wieder fragt man sich also: Bodenlose Unwissenheit oder gewissenlose Verlogenheit? Schließlich die Ausrottung der Eingeborenen. Deutsch-Ostafrika ist nicht sehr stark bevölkert, das ist richtig. Es ist früher auch wohl stärker besiedelt gewesen. Die Volkszahl ist aber zurückgegangen durch die unaufrichtigen Stammesfehden, die Sklavenjagden der Araber, den Mangel aller hygienischen Einrichtungen, gefährliche epidemische Krankheiten und die maßlose Ausübung des künstlichen Abortus durch die eingeborenen Weiber. Was hat unsere Regierung dagegen getan? Die Stammesfehden sind unterdrückt, die Sklavenjagden beseitigt, überall werden hygienische Einrichtungen getroffen, die epidemischen Krankheiten, wie Malaria, Schlafkrankheit u. a., werden studiert, und europäische Heilkräfte reiten manchen, der unter den Pflanzbänden der einheimischen Medizinmänner sein Leben hätte lassen müssen. Den Mißbrauch der künstlichen Fehlgeburt schließlich sucht man durch Belehrung und durch Verbote zu beenden. Sieht das nach „Ausrottung“ aus?

Wir wollen die Fragen der „Post“ gern beantworten. Sie behauptet zunächst, daß die deutsche Kolonialpolitik die Sklaverei beseitigt habe. Das ist unwarhaft. Richtig ist, daß bereits am 20. Mai 1895 der Reichstag den Antrag gestellt hat, die verbliebenen Regierungen um Einbringung eines Gesetzesentwurfes zu ersuchen, welcher die in den deutschen Schutzgebieten bestehende Hausflaverei und Schuldknechtschaft einer ihre Beseitigung vorbereitenden Regelung unterzieht. Tatsache ist aber ferner, daß noch heute, 12 Jahre später, in Ostafrika sowohl Hausflaverei wie Schuldknechtschaft existieren! Obwohl in den afrikanischen Kolonien Englands die Sklaverei und jedwede Schuldknechtschaft aufgehoben ist!

Auf die Bekämpfung des Abortus in unseren Kolonien brauchen wir ja wohl nicht einzugehen, so lange in gewissen halb-offiziösen Berliner Blättern spaltenlange Annoncen von Hebammen, Wachsen, Kräuterbädern gegen Blutstodungen usw. zu lesen sind! Dagegen wollen wir auf die Frage der Zwangsarbeit etwas näher eingehen. Diese Zwangsarbeit ist gerade für die Reste der Hereros und Hottentotten eingeführt worden. Sie arbeiten gegen Gerührung eines lächerlichen „Lohnes“ und der „Feldloft“, die aus Gras und den Larven von Käfern, Heuschrecken usw. besteht. Auch in den übrigen Kolonien herrscht — neben der Schuldknechtschaft — die Zwangsarbeit, die in Ostafrika nach amtlichen Mitteilungen mit einem Tagelohn von einem Pfennig bezahlt wird!

Schließlich die Eingeborenenausrottung! Die „Post“ weiß offenbar nichts von der Ausrottung der Hereros, wo von 60—80 000 Menschen noch nicht 15 000 übrig geblieben sind. Sie weiß nichts von jenen durch eingeborene Soldaten ohne Aufsicht weißer Offiziere angezielten Blutbädern unter den Eingeborenen Kameruns, über die Rohrbach kürzlich berichtete. Sie weiß nichts von dem entsetzlichen Blutvergießen während des letzten ostafrikanischen Aufstandes, dem Zehntausende zum Opfer gefallen sind, nichts von der durch diesen Krieg hervorgerufenen Hungersnot, der nach amtlichem Bericht vom 13. April d. J. und Mitteilungen bürgerlicher Blätter weitere ungezählte Menschenleben zum Opfer gefallen sind! Das sind die Segnungen der deutschen Kolonialpolitik!

Wie es mit der Kolonialpolitik überhaupt bestellt ist, hat seinerzeit der holländische Genosse van Kol in der „Neuen Zeit“ folgendermaßen auseinandergesetzt:

„In steter Sucht nach Verfriedigung der eigenen Gahier und nach Vergrößerung des eigenen Gewinns bekümmert sich niemand um das Schicksal der Millionen Eingeborenen, denen man ihr Land stiehlt. Jeder Widerstand wird im Blute erdrückt; die Träger der Zivilisation“ füllen sich auf ihre Kanonen und Bajonette. Nie sah man grausamere Kriege als da, wo der Weiße gegen „Wilde“ und „Halbwilde“ kämpft. In Europa existieren gewisse Regeln für den Krieg. Man hat sich gezwungen gesehen, den Forderungen der Menschlichkeit Gehör zu geben und internationale Konventionen geschlossen. Aber im Kriege gegen die ungebildeten Völker schwindet jedes menschliche Gefühl, nur die blutigste Grausamkeit bleibt.

In Europa kämpfen nur die Armeen, die Kraft der Heere sucht man gegenseitig zu schwächen; aber die friedliche, unbewaffnete Bevölkerung läßt man in Ruhe. In dem Vernichtungskriege dagegen, der unter den Tropen geführt wird, da werden ganze Völker vernichtet, Dörfer eingeebnet, Pflanzungen zerstört, Ernten niedergebrannt, Quellen vergiftet, mit einem Worte, man sucht dem Feinde so viel Böses zu tun, wie der Mensch nur dem Menschen tun kann. Man legt die Menschen mit der Mitrailleuse hinweg, man tötet die Greise, mordet die Frauen, verstümmelt die Kinder, oder, müde der Mordtaten, läßt man ein ganzes Volk an Hunger und Krankheit zugrunde gehen. Die Wüste im Menschen, die nie geschont war, erscheint wieder, Durst und Mangel herrschen ihn.

Hier in Europa, wo wir in einer von Gesetzen geregelten, von Sitten geleiteten Gesellschaft leben, kennen wir nicht den Menschen, so wie er sich gibt, wenn seine Ketten gebrochen sind und nicht mehr sein Handeln hindert. . . . Man nehme das erste beste Individuum, sei es ein Deutscher, Engländer oder Franzose, ein Belgier, Spanier oder Holländer, man verlege ihn in ein tropisches Klima, unter Menschen anderer Farbe, man lege das Leben und Schicksal von Wesen, die er verachtet, in seine Hand, und unser „Zivilisierte“ entartet zum Barbaren und begeht Handlungen, deren er unter uns nicht fähig gewesen wäre.

An Beweisen für diese schwere Beschuldigung fehlt es nicht. Die Geschichte der Kolonisation ist nichts als ein breiter Blutstrom, auf dem Leichen und unzählige Skandale treiben. Die Kolonialgeschichte aller Länder ist nur ein einziger riesenhafter Diebstahl mit einem Gefolge von Greuel und Grausamkeiten.

Um in unbekannter Gegend Gold und Silber zu finden, mordeten die katholischen Spanier die Eingeborenen Amerikas, plünderten ihre Paläste und verbrannten ihre Dörfer. Am ganz allein mit den Gewürzen der Molukken zu handeln, verhängten die Holländer ehemals die Todesstrafe über jeden, der damit Handel trieb; sie verboten den Kauf der Muskatnüsse, zerklühten die Pflanzungen und knüpften die Pflanze an den Gipfeln der Bäume auf, die sie selbst gepflanzt. Wenn die Musuren fern am Horizont die Flotte „Kota-Rara“ der Indischen Kompanie erscheinen sahen, so wurden sie vom demselben Entzügen ergriffen, wie in vergangenen Jahrhunderten unsere Küstbewohner bei der Annäherung der normannischen Schiffe mit dem Drachen der „Wikingen“. Die Piraten sind da, sie bringen Nord und Verwüstung! Auch unsere braven indischen Kaufleute verteilten mit kühlen Händen Korrespondenzen und die größten Handelsherren von Amsterdamm verbanden ihre riesigen Vermögen dem Sklavenhandel und hatten sogar eigene Flotten für diesen elendlichen Erwerb. Die Schiffe, die von Indien kamen, waren demnach mit Weib und Kind, das viele untergingen. Von unerlässlichem Gewinn durch getrieben, schenkte man nicht Wort noch Verbot, um die Hindernisse aus dem Wege zu räumen und die Feinde zu vernichten, auf deren Kopf man einen Preis gesetzt. Noch ist es kaum länger als ein Jahrhundert her (1740), daß

im stillen Jato, im Bezirke Danjowangie, man in einer einzigen Woche neunzehn Zwanzigstel der Bevölkerung umbrachte; zehntausend Chinesen wurden nur allein in der Stadt Batavia ermordet. Und als die Lat vollbrachte, da hallten die Tempel wider von Pfalmen, Gesang und Gebet, Gott zu danken für die begangenen Verbrechen!

Das ist die kapitalistische Kolonialpolitik der Vergangenheit und der Gegenwart!

## Marokko.

Die amtliche Bestätigung der Meldung von der Proklamierung des Gegenultans ist jetzt da: Admiral Philibert telegraphiert am Freitag nach Paris, Nachrichten aus Mogador behaupten, daß Mulay Hafid in Marrakesch zum Sultan ausgerufen worden ist.

Der „Matin“ meldet gleichzeitig aus Casablanca, daß Mulay Hafid den Stämmen, die an den letzten Kämpfen vor dieser Stadt beteiligt waren, das schriftliche Versprechen zugehen ließ, mit einer großen Zahl seiner Anhänger zu ihnen zu stoßen, um die Führung des Widerstandes gegen die Franzosen zu übernehmen.

Ueber die letzten Gefechte vor Casablanca liegen folgende Nachrichten vor:

Casablanca, 22. August. In dem Gefecht am 21. d. wurden auf französischer Seite ein Hauptmann und 11 Mann verwundet. Paris, 23. August. Ueber das Gefecht vom 21. d. M. meldet der „Matin“, daß außer dem Hauptmann und 11 Mann noch ein Ordonnanzoffizier des Generals Drude durch Streifschuß und ein anderer Offizier durch Unterleibschuß verwundet worden sind.

Paris, 23. August. Admiral Philibert meldet: In Casablanca sind am 21. August 200 Kanonenschüsse abgegeben worden. Die Verluste der Marokkaner waren äußerst groß. Die Truppen des Generals Drude unternahmen eine Rekognoszierung bis 5 Kilometer südlich der Stadt.

Sonstige Meldungen sind zu verzeichnen:

Paris, 23. August. „Eclair“ meldet aus Tanger: Privatnachrichten zufolge ist die französische Kolonie in Fez unter dem Schutze des Scherifs Muley Aly nach Tanger abgerückt. Muley Aly ist Scherif von Ouzon und gilt als der einzige, der imstande ist, die französische Kolonie glücklich nach Tanger zu geleiten. Die Franzosen werden für den 27. August in Tanger erwartet. Nach einer „Matin“-Meldung ist gleichzeitig mit den Franzosen die englische Kolonie in Fez gestern von dort abgerückt. Die übrigen Europäer werden erst später folgen.

Tanger, 23. August. Nachrichten aus Fez zufolge droht dort ein Aufstand, weil durch den etappenweisen Ausbruch der Europäer die Autorität des Sultans als untergraben gilt.

Tanger, 23. August. Einem Privatbrief zufolge hat der Sultan die 80 nach Tanger entsandten Delegationen (die den Protest gegen das französische Vorgehen überreichen sollten) nach Fez zurückberufen.

Paris, 23. August. „Matin“ teilt mit, daß der Kriegsminister unverzüglich eine Luftschifferabteilung mit sechs Ballons nach Casablanca entsenden werde.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. August 1907.

### Der schwäbische Basall Vornhlands.

Stuttgart, 23. August. In der Ausweisung des englischen Delegierten Quells verlautet nach der „Frankf. Ztg.“, daß sich der Oberamtmann und das Ministerium des Innern mit der gestern verlesenen Erklärung Quells begnügen wollten, daß aber ein Druck aus Berlin die Ausweisung unvermeidlich machte.

Die Meldung der „Frankf. Ztg.“ besitz viel Wahrscheinlichkeit; nur begreifen wir nicht, warum sich die württembergische Regierung in diesem Falle der angemachten Hegemonie Preußens fügen mußte! —

### Die Taktik des Zentrums in der preussischen Wahlrechtsfrage.

Die ultramontane „Essener Volkszeitung“ nimmt Bezug auf einen Artikel der „Vossischen Zeitung“, der die Freisinnigen ermahnt, nicht auf der Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen zu bestehen, sondern zu prüfen, was zu erreichen sei, durch Annahme des Erreichbaren das Massenwahlrecht zu beseitigen und einer weiteren Reform für die Zukunft vorzuarbeiten. Hieran knüpft das Essener Blatt die Bemerkung:

„Das ist ganz genau dieselbe Taktik, die auch das Zentrum befolgt.“

Die „Essener Volkszeitung“ gibt dem Berliner Freisinnig-Blatt recht, daß „unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für jetzt unerreichbar“ sei. Damit ist, so heißt es, „die Situation, soweit sie auch für das Zentrum in Betracht kommt, gekennzeichnet.“

Wenn diese Worte einen Sinn haben, so heißt das: das Zentrum gibt seinen eigenen Antrag preis; es bekennet sich zu der Ueberzeugung, daß seine Annahme „unerreichbar“ ist und wird, da man für aussichtslose Dinge keine Opfer zu bringen pflegt, sich selbstverständlich auch nicht weiter um seinen Antrag bemühen.

Das Zentrum also erklärt seinen Wahlrechtsantrag für eine Komödie! —

### Die „Freisinnige Zeitung“ und der Sauherdenton.

Der Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Essen hat nicht den Beifall der „Freisinnigen Zeitung“ gefunden. Besondere Velleitungen verursacht dem freisinnigen Blatte das Kapitel über die letzten Reichstagswahlen und der darin schon früher von uns geführte dokumentarische Nachweis, daß der Freisinn bei den Hottentottwahlen der Reaktion nicht weniger als 48 Mandate auslieferte und zwar 11 schon bei den Hauptwahlen durch den Verzicht auf eigene Kandidaturen und 32 bei den Stichwahlen. Diese unansehnliche Tatsache begleitet der Vorstandsbereich mit der zutreffenden Bemerkung: „Mit seinem Verrätereien bei den Reichstagswahlen ist er (der Freisinn) zum wütendsten Handlanger der Reaktion herabgesunken.“ Der Hieb hat gefesselt und das freisinnige Organ quittiert die erhaltene Lesion mit diesem Geleise:

„Der Bericht ist in diesem Abhau in einem Tone geschrieben, den selbst sozialdemokratische offizielle Aktenstücke sonst zu vermeiden gesucht haben. Es herrscht darin der Sauherdenton des „Vorwärts“ und der „Leipz. Volksztg.“ vor.“ Wir wollen der „Freisinnigen Zeitung“ gern mitteilen, daß die Freisinnigen, wenn sie gegenüber der offenkundigen Freisinnsschande aus den Tagen des 25. Januar und 5. Februar 1907 zu so kläglicher Ausflucht greift und über „Sauherdenton“ jammert, wo lediglich der freisinnige Jammer in wenigen kräftigen Strichen gekennzeichnet wird. Die Verräterrolle des Freisinns erscheint aber noch in viel

größerem Lichte, wenn man nicht nur die Tatsache der Auslieferung von 48 Mandaten durch den Freisinn an die Reaktion sich vergegenwärtigt, sondern auch weiter berücksichtigt, daß derselbe Freisinn einen großen Teil seines gegenwärtigen Mandatbestandes im Reichstage einzig der Wahlhilfe der Sozialdemokratie zu danken hat. Vielleicht macht sich die „Freisinnige Zeitung“ einmal die Mühe und unterzieht die Wahlsiffern der nachfolgenden 14 Reichstagswahlkreise einer genauen Durchsicht: Stettin 2, Rügen-Stralsund, Glogau, Löwenberg, Plegnit-Donnan, Landeshaub-Jauer, Schwetinig-Wittenberg, Mühlhausen-Rangensalza, Schleswig-Flensburg, Londern-Dusum-Fiberstadt, Oldenburg-Plön, Heilbronn, Parchim-Ludwigslust, Fürstentum Waldow. Sie wird dann leicht herausfinden, daß es in diesen Kreisen lediglich dem fast reiflosen Eintreten der sozialdemokratischen Wähler in der Stichwahl für die liberal-volksparteilichen Kandidaten zu danken gewesen ist, daß die bürgerliche Linke gefürcht aus dem Wahlkampf hervorging und so dem härtesten Willow als bländnisfähige Partei zu seiner gloriosen Gladpolitik erschien. Ohne den Volkserrat des Freisinns und ohne die Wahlhilfe der Sozialdemokratie für den gerechtfertigten Freisinn war die liberal-konserwatbe Paarung als Frucht der Hottentottwahlen unmöglich. Diese fatale Tatsache kann auch das Geleise der „Freisinnigen Zeitung“ über den angeblichen Sauherdenton des Vorstandsbereiches der sozialdemokratischen Partei nicht aus der Welt schaffen.

### Ein frommer Wunsch.

Der Berliner Arbeiterverein von 1862, ein Kirch-Dundersches Gewächs, beschäfligte sich in seiner letzten Versammlung mit der Wahlrechtsfrage in Preußen und nahm dazu folgende Resolution an:

„Die heute stattgehabte Versammlung des Berliner Arbeitervereins spricht die Erwartung aus, daß bei der Ausarbeitung des neuen Wahlrechts für das preussische Abgeordnetenhaus alle freisinnlich gesinnten Abgeordneten nur für das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht stimmen und ganz entschieden gegen die Bevorzugung besonderer Stände sein werden.“

Wir fürchten, die auf den Freisinn vertrauenden Arbeitervereiner von 1862 werden die „freisinnlich gesinnten Abgeordneten“, die den Kampf um das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht in Preußen ernstlich aufnehmen und durchführen wollen, mit der Laterne suchen müssen. Wer die freisinnige Presse liest, weiß auch, wie es mit der Kampfesfreudigkeit der freisinnigen Führung um ein wirklich freisinnliches Wahlrecht bestellt ist. Unvergessen sind noch die Worte, die der frühere freisinnige Abg. Dr. Zwick in bezug auf das Wahlrecht getan: Das Bürgertum müsse sich in Reich, Staat und Kommune endlich denjenigen Einfluß sichern, der seiner Intelligenz und seiner Steuerkraft entspreche! Nicht dürfe die rohe Masse mit dem Stimmrecht in der Faust Gesehe distillieren. Das ist die mehr oder minder offen vertretene Ansicht der großen Mehrheit des liberalen Bürger-tums. Von dieser Seite aus haben die um ein freies Wahlrecht kämpfenden Arbeiter verteuft wenig zu erwarten!

### Ultramontane Arbeiterfreunde.

„Eine verdiente Niederlage“ für die Arbeiter stiftet die „Westdeutsche Volkszeitung“ des Herrn Johannes Fuzangel in dem Ausgang des Berliner Bauarbeiterstreiks. Das Blatt ist der Meinung, daß die Ursache des Ausstandes in der Massenstimmung zu suchen sei, der Hohn der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Besitzenden habe die Strebthige erreicht. Dann heißt es: „Wenn die Arbeiter in Lohnkämpfe eintreten, müssen sie vorher bedacht sein alle Verhältnisse prüfen, sonst laufen sie Gefahr, ihre Lage eher zu verschlechtern als zu verbessern. Wir haben diese Sache schon vor einigen Tagen gestrichelt, und da hat man uns irgendwoher einen Brief geschrieben, worin stand, man könne die „Westdeutsche Volkszeitung“ nicht mehr als arbeiterfreundliches Blatt anerkennen. Das sind auch Früchte der loslosen Verhezung, wie sie vielfach die Jüglinge der W.-Glabbacher Galoppsschule unter den christlichen Arbeitern treiben.“

Da es Herrn Fuzangel bereits von den Arbeitern seiner eigenen Partei gesagt worden ist, wie es mit seiner Arbeiterfreundlichkeit bestellt ist, brauchen wir es nicht mehr zu tun. —

### Parlamentarische Untersuchungskommission oder Kolonialreflexe?

Der „Hamb. Korresp.“ meldet: Eine Kommission in bezug auf die Ausgaben des Reiches für die Kolonien dürfte sich im nächsten Reichshaushalt vorfinden. In der Kolonialverwaltung besteht nämlich die Absicht, für Reisen der Parlamentsmitglieder in die Kolonien eine Summe in den Etat einzustellen. Für diesen Plan sind folgende Gesichtspunkte ausfallgelagert:

Von den früheren Reisen in die Schutzgebiete schloß sich das Zentrum aus mit der Begründung, daß man dadurch in eine gewisse Abhängigkeit von Reedereien läme. Früher hatte die Firma Woermann Erleichterungen für die Reise gewährt; das Zentrum hatte aber damals noch einen Angriff auf diese Firma im Sinne. Die Ablehnung der Beteiligung an der Fahrt war daher beim Zentrum erklärlich. Um nun diesen Entwurf zu beseitigen, sollen die Reisen künftig auf Kosten des Reiches gemacht werden. Durch den Besuch der Kolonien wird manches erreicht, was sonst nicht eintritt, nicht nur die lebendige Anschauung der Gebiete tritt hervor, sondern es bilden sich Beziehungen zu den Kolonien, die von vielfachem Einfluß sind. Schon die bisherigen Reisen von Abgeordneten in die Kolonien haben davon einen Begriff gegeben, noch vielmehr wird sich das fühlbar machen, wenn größere Abteilungen daran teilnehmen und wenn auch die Parteien, die bisher großend beiseite standen, sich anschließen. Daß sich der Reichstag der Aufforderung der Kolonialverwaltung zur Bewilligung dieser Forderung anschließen wird, ist anzunehmen. Der Fall ist übrigens nicht ohne ähnlichen Vorgang. Die Marineverwaltung hat, wie erinnerlich, eine Anzahl von Reichstagsabgeordneten auf ihre Kosten nach der Ostsee geschickt, um dort die Marine-Etablisement und ihre Tätigkeit zu beschauen. Diese Beschauung hat großen Eindruck gemacht und wird noch zu manchen Nachahmungen führen.

Nach dieser offenbar offiziellen Bestätigung des neuen Budgetpostens hat man also die Absicht, den Parlamentariern die Mittel für koloniale Sprigturen zu betwillingen, um koloniale Reflexe zu machen. Da Dornburg selbst auf dem Gebiet der Kolonialreflexe nicht zu Ueberbietendes geleistet hat, erscheint ein der Ausgabenposten für solche Zwecke überflüssig! Wohl aber wiederholen wir unsere alte Forderung, daß in konkreten Fällen parlamentarische Untersuchungs- und Studienkommissionen ausgesandt werden, um an Ort und Stelle, ausgerüstet mit richterlichen Nachbegriffen, die notwendigen Erhebungen anzustellen! Für solche koloniale Ausgabenposten würde auch die Sozialdemokratie zu haben sein, nicht aber für bloß parlamentarische Reflexefahrten! —



### Der schwarze Mann der kolonialen Profitschlunder.

Das offiziöse Depeschbüreau meldet: Berlin, 23. August. Nach neuester Meldung ist Gombikluft auf deutscher Seite frei von Pottentotten. Morenga soll nach Aussage der Skapopolizei in Stärke von ungefähr 800 Köpfen, einschließlich der Weiber und Kinder, auf englischer Seite nahe der Grenze am Orangefluß stehen. Die von uns sofort als übertriebene charakterisierten Marmnachrichten der Kolonialpresse haben sich also nicht bestätigt. Nicht 400, sondern vielleicht kaum 100 Weisheitsfähige befinden sich bei Morenga, der zudem das englische Gebiet noch gar nicht verlassen hat!

Also ruhig Blut! —

### Wann's bei Kaiserbesuchen brennt!

Der „Mainzer Volkszeitung“ wird geschrieben, daß am Dienstag, während der Kaiser seinen Einzug in Mainz hielt, gemeldet wurde, daß auf der Ritterpacht Feuer ausgebrochen sei. Das Automobil der Feuerweh, das sofort ausrückte, machte in Anbetracht dessen, daß sich der Kaiser erst am Münsterplatz befand, einen Umweg; aber der Fahrt stellte sich an der Großen Weiche ein Hindernis entgegen, nämlich ein Seil und drei Wagen. Einer der Feuerwehlerente entfernte die Seile, indem er den dort postierten Schutzmänn auf den Brand aufmerksam machte. Der Schutzmänn aber, dem die Abperrung und der Versuch des Kaisers vor jeder Feuergefahr vorging, glaubte sich berechtigt, den Feuerwehler abzuschnappen und, trotzdem die Gendarmen in jeder Weise behilflich war, die StraÙe frei zu machen, das Feuerwehrautomobil eine Viertelstunde halten zu lassen, bis der Kaiser herangekommen und vorbei war. Die „Mainzer Volkszeitung“ verlangt im Interesse der Bürgerlichkeit, daß die Bürgermeisterei sofort eine Untersuchung einleitet und den kurzfristigen Herrschaften bedeutet, was ihre Pflicht ist. Ob die bei dem Brande in Mitleidenschaft gezogene Feuerwehversicherung den übereifrigen Polizisten für den entsprechenden Teil des entstandenen Schadens haftbar machen wird? —

### Oesterreich.

#### Nähernde ungarische Soldaten in Bosnien.

Die gestern schon unter Beyten Nachrichten auszugeweihte wiedererlebte Meldung der „Wiener Arbeiterzeitung“ aus Mostar lautet wörtlich: „Wie abgesehen, so wurden auch heuer die in der Herzegovina garnisonierenden Truppen zu den in und um Nevesinje stattfindenden Märschen kommandiert. Bei diesem Zuge im Frieden kam es nun, wahrscheinlich um das Kriegsgebild möglichst wahrheitsgetreu zu kopieren, zu regelrechten Plünderungen der benachbarten Dörfer. Einige raublustige Kotten eines ungarischen Infanterieregiments — man nennt das G. — drangen gewaltsam in die Bauernhäuser ein und sahlen, was ihnen in die Hände fiel. Einerseits zur Abwehr, andererseits aus Rache überfielen darauf die Bauern der geplünderten Dörfer bewaffnet die Soldaten in ihrem Lager, wobei es zu einer förmlichen Schlacht kam. Auf beiden Seiten fielen fünf- und zwanzig Tote und Verwundete.“

Die einheimischen Blätter bringen über den empfindlichen Vorfall keine Zeile, was übrigens trotz des neuen bosnischen Freigesetzes ebensovieleig wunderbarlich ist als der Versuch der Militärbehörden, die Ausschreitungen der ungarischen Soldateska zu verächteln. . . . Unser Wiener Parteiblatt bemerkt dazu: „Man möchte diese Nachricht, obwohl sie ein Verächtlicher von wiederholt erprobter Zuverlässigkeit ist und senebt, nicht nur auf ihren Inhalt, von vornherein als bare Unmöglichkeit abweisen. Denn wie sollte man sich vorstellen, daß so ungeheuerliche Vorgänge — ein nächstlicher Kampf zwischen Bauern und Soldaten, Tod und Verwundung eines Viertelhundert Menschen — nicht sofort durch amtliche Berichte aufgeklärt würden? Jedes was überall gilt, gilt doch nicht im Okkupationsgebiet. Man darf doch nie vergessen, daß die nicht minder ungeheuerliche Tatsache des Todesmarsches von Bilek, wobei die Zahl der Toten und Kranken kaum geringer war, amtlich vollständig verheimlicht wurde und Geheimnis geblieben wäre, hätten Soldatenbriefe nicht ihren Weg zu oppositionellen ungarischen Blättern gefunden. Mit einem solchen Beispiel vor Augen hat niemand das Recht, eine Nachricht aus dem Okkupationsgebiet zurückzuweisen, wohl weil sie unwahrscheinlich klingt und das Schweigen der Offizellen ihr entgegensteht. Handelt es sich aber bei der ganzen Sache bloß um eine Prügelei untergeordneten Grades, die ein durch das Land gehendes Gerücht zur Schlacht vergrößert hat, oder ist alles an dieser Nachricht nur einem Gerücht entsprungen, so bleibt sie nichtbestimmter für die Zustände in dem österreichischen Kolonialgebiet charakteristisch. Denn kann ohne tatsächlichen Hinterhalt solches Verbrechen entstehen und sich weiter verbreiten, so doch nur deshalb, weil die Presse des Okkupationsgebietes unter dem schwachen Druck der Zensur steht und jeder Gombier und Herzogowiner von der Voraussetzung ausgeht, daß die Veröffentlichungen aller den Behörden unangenehmen Tatsachen unterdrückt werden.“ —

### Schweiz.

#### Der tollgewordene Militarismus.

Sürich, 20. August. (Eig. Ber.) Wir erwähnten bereits der militärischen Exerzieren gegen streikende Arbeiter in Chur. Nun ist, wie wir ebenfalls schon kurz meldeten, unser Genosse Advoat Huber in Korscha, der als Juriat (Sergant) ebenfalls in Chur seinen Wiederholungskurs absolvierte, von der Militärbehörde zu 4 Tagen Arrest verurteilt worden, weil er während seiner Dienstzeit in der Kaserne in Chur „Eindrücke“ über das dortige Militärleben im „St. Galler Stadt-Anz.“ veröffentlicht hat, von dem aus sie die Kunde in der ganzen schweizer Presse machten. Da die Bundesversammlung kein Wort davon enthält, daß die Freiheit der Meinungsäußerung nur bis zu den Toren einer Kaserne reicht, „beruhigt“ sich unser Genosse Huber vielleicht nicht bei den 4 Tagen Arrest. Zu dem mitternächtigen Spul des übungsgemäßen Militär-aufgebots gegen streikende Arbeiter nun noch die Verhaftung des Verfassers eines Zeitungsartikels, dazu gigerlmäßige Exzursionszügen junger Leutnants und alltäglicher Mißbrauch jeder Gelegenheit durch bürgerliche Politiker zur Agitation für die jeden Tag unsympathischer werdende Militärvorlage — wahrlich, da kann man sagen: „Ben die Witter verberben wollen, den schlagen sie mit Blindheit.“ Bis zum 8. September werden die Militärlisten noch manchen tollen Streich erleben und so unschlar der Militärvorlage das Schicksal der Verdringung bereiten. So werden die Militaristen zu unfreiwilligen Verbündeten der Antimilitaristen. —

### Amerika.

#### Anpassungsfähige Konservern in Kanada.

In Kanada bereiten sich die Parteien auf den Wahlkampf im nächsten Jahre vor, und in den politischen Programmen spielt die Lösung „Public Ownership“, die Ueberführung öffentlicher Anstalten in Gemeinebesitz, eine immer größere Rolle. Vorher, der Führer der Oppositionspartei, erklärte, daß seine Partei für die Uebernahme der Telegraphen und Telephone durch Staat oder Kommune eintrete und ferner für die Umwandlung der Eisenbahnkommission in eine Behörde zur Kontrolle über die großen Kapitalistenkongerne. Damit hofft die Partei, bei den Wollmannen Eindruck zu machen, denn die allgemeine Stimmung ist immer mehr für Public Ownership. Die Oppositionspartei ist in Kanada die konservative Partei. Am Ruber sind die Liberalen mit Wilfried Laurier an der Spitze der Regierung. —

## Die japanischen Sozialisten gegen den japanischen Imperialismus.

Tokio, 21. Juli.

(Eigener Bericht des „Vorwärts“.)

Gestern wurde von den hiesigen Sozialisten die folgende, die letzte Korea-Affäre betreffende Resolution angenommen:

„Wir erkennen im vollen Maße die Rechte des koreanischen Volkes auf Freiheit, Unabhängigkeit und Selbstregierung an und erklären als Verstoß gegen das gemeinsame Interesse der internationalen Arbeiterklasse, daß die imperialistische Politik Japans diese Rechte verletzt. Darum fordern wir, daß die Regierung Japans die vor der Öffentlichkeit ausgesprochenen Versprechungen erfülle, worin sie des öfteren im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit versichert hat, die Unabhängigkeit Koreas zu schützen.“

Die sozialistische Gruppe Japans.

## Aus der Partei.

Heinrich Wilhelm Schmidt †

Frankfurt a. M., 23. August.

(Privattelegramm des „Vorwärts“.)

Genosse Wilhelm Schmidt ist heute nacht an einem Schlaganfall gestorben.

Genosse Schmidt ist einer der Ältesten der Partei. Frankfurt war seine Vaterstadt. Dort war er am 28. November 1851 geboren und hatte er in den Jahren 1868 bis 1870 die Lithographie erlernt. Anfang der siebziger Jahre schloß er sich der Bewegung an und seitdem hat er unentwegt ausgehalten. In der Zeit des Sozialistengesetzes und des Verlagerungszustandes wurde er an hervorragenden Posten gestellt. Als Manuel für Frankfurt 1888 ein Gewerbegericht gründete, war Schmidt einer der ersten von den Arbeitern gewählten Beisitzern. 1889 erklärte der damalige Reichstagsabgeordnete für Frankfurt, Genosse Sabor, wegen seiner ergründeten Gesundheit eine neue Kandidatur nicht mehr annehmen zu können. Da übertrug die Frankfurter Genossen Schmidt das Mandat. Im Februar 1890 wurde er gewählt. Von 1890 bis zur Auflösung des Reichstages im vorigen Jahre hat er Frankfurt ununterbrochen im Reichstage vertreten. Als Redner trat er wenig hervor und doch hätte er sich fast in seiner Reichstagsstätigkeit eine Majestätsbeleidigungsanfrage zugezogen. Bei der ersten Sitzung im neuen Reichstagsgebäude war außer dem Genossen Viehnecht auch Schmidt im Saale anwesend. Entgegen dem sonstigen Geschäftsgange sang Lebegyon damit an, die offiziell geschlossene Schlussteinlegungsfest fortzusetzen und er schloß seine Rede mit dem üblichen Kaiserhoch. Viehnecht und Schmidt, die den Saal betreten hatten, um die Geschäfte zu erledigen, die auf der Tagesordnung standen, beteiligten sich nicht an dem Hoch und blieben sitzen. Nun gab es von der Rechten ein förmliches Gebrüll. Der Staatsanwalt verles die Anklage wegen Majestätsbeleidigung zu erheben. Dieser Versuch wurde aber von der Mehrheit des Reichstages zurückgewiesen.

Seit längerer Zeit litt Schmidt an Rheumatismus. Das Leiden verschlimmerte sich derart, daß er bei den Wahlen vom 25. Januar nicht mehr kandidierte.

Schmidt gehörte auch zu den Gründern der Frankfurter „Volksstimme“ und war auch Redakteur des Parteiorgans. In dieser Stellung wurde er mehrfach zu Gefängnisstrafen verurteilt.

Im Dienste und für die Befreiung des Proletariats hat er Jahrzehnte gestritten und gelitten. Im Gedächtnis der Arbeiter hat er sich durch sein selbstloses mutiges Streiten für alle Zeiten ein Denkmal errichtet.

### Zum Essener Parteitag.

In einer Versammlung des sozialdemokratischen Vereins fürth-Erlangen wurde die Erörterung der preussischen Wahlrechtsfrage zu Essen als wünschenswert bezeichnet. Ein Antrag, der Reichstagsfraktion eine Forderung der Taktik bei Abstimmungen über Sozialgesetze zu empfehlen, wurde gegen eine erhebliche Minderheit angenommen. Die Gegner des Antrages gaben der Meinung Ausdruck, die Sache werde ohnedies auf dem Parteitage zur Sprache kommen.

In einer von fünf Mitglieder-Versammlungen des Sozialdemokratischen Vereins Essen, die sich mit dem Parteitage beschäftigten, wurde der Antrag gestellt:

Der Parteitag wolle beschließen, auf die Tagesordnung des nächstjährigen Parteitages zu setzen: Unsere Stellungnahme zur antimilitaristischen Propaganda resp. Sozialdemokratie und Patriotismus.

Begründet wurde der Antrag damit, daß in Anbetracht der gegnerischen unwahren Behauptungen und der zum Teil verwirrenden Stellungnahme im eigenen Parteiloger die Erörterung dieser Fragen dem Parteitag zur Pflicht mache. Besser wäre es schon gewesen, wenn der Essener Parteitag hierzu schon Stellung genommen hätte. Damit diese Dinge aber nicht übers Anie gebrochen würden, sei davon Abstand zu nehmen, diese Dinge schon auf dem Essener Parteitage zu verhandeln.

Die Erklärung des Genossen Antrik-Braunschweig zum Halle Calwer, die wir in der gestrigen Nummer erwähnten, erschien in der „Leipziger Volkszeitung“ und lautet: „Werte Genossen! In der in Ihrer Nummer vom 15. August enthaltenen Erklärung des Genossen Calwer bitte ich, folgende tatsächliche Richtigstellungen machen zu dürfen.“

Es ist nicht wahr, wenn Calwer schreibt, daß die Unzufriedenheit der Genossen im dritten braunschweigischen Wahlkreis mit seinen Ansichten erst seit dem Antritt meiner Stellung als Parteisekretär begonnen habe.

Wage dagegen ist, daß bereits, bevor ich meine Stellung angetreten, also die Genossen dort noch gar nicht kannte, der Vertrauensmann des dortigen Kreises sich mit der Anfrage an den Parteivorstand in Berlin gewandt hatte, ob Calwer überhaupt noch als sozialdemokratischer Kandidat in Betracht gezogen werden dürfte.

Wahr ist ferner, daß Genosse Calwer mit den Genossen, unter anderen in Seesen, bereits sehr heftige Auseinandersetzungen seiner Ansichten wegen gehabt hat. Und zwar auch, ehe ich einen Schritt in den betreffenden Wahlkreis getan. Daß die schon vorhandene Unzufriedenheit durch das Verhalten Calwers während und nach der letzten Reichstagswahl noch gewachsen ist, wachen mußte und schließlich in der Nichtwiederwahl Calwers seinen Abschluß finden würde, war nach Lage der Verhältnisse ganz selbstverständlich.

Nicht auf Quertreibern einzelner Personen, sondern auf das höchste eigenartige Verhalten Calwers, besonders während der Wahl — Näheres unterlasse ich vorläufig anzuführen — ist der Verlust seiner Kandidatur zurückzuführen. Die Genossen haben es endlich satt bekommen, sich durch die quertreibenden Schreibern ihres Kandidaten die ganze Parteibewegung zugrunde richten zu lassen! Dies zur Steuer der Wahrheit!

Wie im übrigen „ein Calwer“, um mich seiner gewählten Sprachweise zu bedienen, über mich und meine Tätigkeit zu urteilen beliebt, ist mir völlig gleichgültig.

Braunschweig, den 18. August 1907.

Otto Antrik, Parteisekretär.

Von der Parteipresse. Der Geschäftsbericht des „Volksblatts für Anhalt“ zu Dessau hebt hervor, daß der Umfang des Blattes pro Nummer im Berichtsjahr durchschnittlich 6,6 Seiten betrug gegen 6,4 Seiten des Vorjahres. Lange werde es nicht mehr dauern, daß das Blatt regelmäßig achtseitig erscheine. Die Einführung der Segmaschneidemaschine hat den redaktionellen Inhalt um ein halbes Fünftel vermehrt. Zum erstenmal wurden im Umfang des „Volksblatts“ (zu dem der Arbeiterdruckerei nicht gehört) die 100 000 M. überschritten. Der Reingewinn beläuft sich auf 8498,63 M.

Auch zum dritten Male. Der zum dritten Male mit großer Mehrheit von der Gemeindevertretung des rheinischen Dorfes Hohenölsen als Gemeindevorsteher wiedergewählte Genosse Herzog ist zum dritten Male wegen „ausgesprochener sozialdemokratischer Gesinnung“ von der Greizer Regierung nicht bestätigt worden! Wahrscheinlich wird nun die Regierung von Amts wegen einen Gemeindevorsteher ernennen.

### Eine Reichsverbandsgeschichte.

In einer geschlossenen Reichsverbandsversammlung zu Erlangen hat der Referent Grund folgende schöne Geschichte erzählt:

„Ein Hauptgewicht lege der Reichsverband auf die Verfolgung der sozialdemokratischen Presse. Jede Rede eines Sozialdemokraten, und wenn es nur der kleinste Stadtverordnete ist, werde ausgeschnitten und registriert. „Tritt nun da oder dort, z. B. bei uns in Darmstadt oder in Hanau usw., ein sozialdemokratischer Redner auf, so wird sofort in der Registratur nachgeschlagen und die aufbewahrten Reden des Betreffenden werden mit in die Versammlung genommen. Zeigt sich nun ein Widerspruch, so wird ihm, dem sozialdemokratischen Redner, sofort entgegengetreten.“ Das sei die wirksamste Agitation. Der Agent führte dann auch gleich ein Beispiel an. Der Genosse Mollenbuhr habe einmal in Weiffalen in einer Bergarbeiter-Versammlung gesprochen. Er, der Reichsverbänder, habe sich dann zum Wort gemeldet und gesagt, ob er seine gegenteilige Meinung auch vorbringen dürfe. Er habe dann einen Zeitungsartikel vorgelesen. Dann habe er die Versammlung gefragt: Nun, was sagen Sie dazu? Dann habe die Versammlung einstimmig gerufen, das sei eine Gemeinheit. Als er, der Reichsverbänder, darauf die Enthüllung gemacht habe, daß der sechsen verlesene Zeitungsartikel ein Bericht über eine Rede des Genossen Mollenbuhr in Erfurt, abgedruckt in der Erfurter „Tribüne“, sei, da habe die Versammlung dem Genossen Mollenbuhr zugerufen: Lump! Schuft! Und einstimmig habe es geheißen: Nun laßt den Keel (den Reichsverbänder) mal weiter reden!“

Die „Partei-Korrespondenz“ schreibt dazu: „Es ist ja allgemeiner Reichsverbandsgrundsatz, in der Fügigkeit sich leistungsfähiger zu halten als in der Wichtigkeit, und daher darf es auch nicht weiter verwundern, wenn die Reichsverbandsregistratur an einigen Schönheitsfehlern leidet, die zufällig in dem als Musterbeispiel hervorgehobenen Fall Mollenbuhr ans Licht treten. Denn hierzu ist folgendes zu bemerken: Erstens hat Mollenbuhr nie in Weiffalen in einer Bergarbeiter-Versammlung gesprochen. Zweitens entfinnt er sich nicht, daß er jemals die Ehre gehabt hat, mit dem Herrn Grund in einer Versammlung zusammengetroffen zu sein. Drittens hat Mollenbuhr, wenigstens solange die „Tribüne“ besteht, zufällig auch niemals in Erfurt eine Rede gehalten.“

Und dabei hat in der Reichsverbandsversammlung der bayerische Agent des Reichsverbandes, Rechtspraktikant Reiner, den Versammelten bedeutet, daß in Zukunft gegen alle sozialdemokratischen Zeitungen, die die Agenten des Reichsverbandes beleidigen, gerichtlich vorgegangen werden solle, um von ihnen den Beweis zu verlangen, daß der Reichsverband mit Lügen operiere.

Dem Ranne kann, wie man sieht, geholfen werden. Wenn er klagt, wird er die Kasse der Beweise nicht heimtragen können.

Personalien. An Stelle des Genossen Dr. Dunder, der vom 1. Oktober ab als Wanderlehrer für den Bildungsausschuß tätig sein wird, wurde Genosse Vuk zum ersten Arbeitersekretär in Dresden gewählt. Die von ihm bisher innegehabte Stelle als Sekretär des Dresdener Gewerkschaftskartells soll ausgeschrieben werden.

Zum Parteisekretär für Oldenburg und Ostriesland wurde vom Parteivorstand der Genosse Adolf Schulz aus Vant gewählt.

Gegen die Abhaltung des schweizerischen sozialdemokratischen Parteitages zur Stellungnahme in Sachen der Militärvorlage wenden sich die Genossen verschiedener Orte, so in Bern und Lausanne, hauptsächlich aus dem Grunde, weil ein Referat dafür vorgesehen ist, das Genosse Dr. Brühllein halten und mit dem er den Gegnern Material für ihre Agitation liefern, der sozialdemokratischen Partei aber den Kampf gegen die Militärvorlage erschweren wird. Eine gewisse Berechtigung ist dieser Auffassung nicht abzuzweigen, allein die guten und wirksamen Gegenstände, mit denen Brühllein belämpft werden wird, dürfen auch nicht unterschätzt werden. Voraussichtlich wird die Parteileitung an der Einberufung des Parteitages festhalten.

### Ein Jubiläum der italienischen Arbeiterbewegung in der Schweiz.

Über 500 italienische Arbeiter und Arbeiterinnen aus fast allen Teilen der Schweiz hatten sich am letzten Sonntag in Kreuzlingen bei Konstanz versammelt, um den 10-jährigen Bestand des in Lugano erscheinenden „Avvenire del Lavoratore“ zu feiern. Der Chefredakteur des Blattes, Genosse Derbati, Lugano und Genosse Parboni, Deputierter aus Rom, hielten die Festreden und zwei italienische Musikkapellen sorgten für fröhliche Unterhaltung. Vor dem Hof-Desam in Konstanz demonstrierte der Zug für Glaubens- und Gewissensfreiheit und ein Kranz wurde ihm als Schmuck gewidmet.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

Ein Raubspiel zur Reichstagswahl. Genosse Arno Reichard, Bodwy wurde gestern vom Schöffengericht Liebenwerda zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Während der Reichstagswahl war er dem sechsfingigen Kandidaten Otto, Stadtverordneten in Charlottenburg, in fast allen seinen Versammlungen im Torgau-Liebenwerdaer Kreise nachgereist und hatte dort den Standpunkt unserer Partei vertreten. In Hohenleipisch hatte der Gendarm namens Otto Parteigenossen am Zwischensuchen verhindern wollen, worauf Reichard ihm in der Geschäftsordnungsdebatte sagte, daß sein Verhalten keinen geschlichen Vorden habe und daß ihn die Zwischenrufe nichts angingen. Dafür 3 Monate Freiheitsentziehung!

## Aus Industrie und Handel.

### Berliner Hotels.

Daß die großen Berliner Hotels enorme Summen einbringen müssen, kann man aus den Pachtverpflichtungen schließen. Die Hotelbetriebs-A. G. Konrad Ihs Hotel zahlt für die Grundstücke Zentral-Hotel, Restaurant zum Heidelberger, Café Zentral-Hotel, Wintergarten im Zentral-Hotel und sämtliche Läden nach Angabe des „Konfessionär“ das Sämchen von 925 000 M. pro Jahr. Von 1908 bis 1912 erhöht sich die Pacht auf 900 000 M., von dann an bis 1918 auf 850 000 M. und von 1918 bis 1928 sind jährlich rund eine Million Mark zu zahlen. Der Aktienverein Unter den Linden erhält von der Hotelbetriebs-A. G. für das Café Westmünster eine Jahrespacht von 180 500 M.

Was das Hotel Bristol gekostet hat, illustrieren folgende Zahlen: Für das Grundstück Unter den Linden 5/6 wurden im Jahre 1904 10 040 000 Mark gezahlt. Das Grundstück hat einen Flächeninhalt







# Die proletarische Internationale in Stuttgart.

## Internationaler sozialistischer Kongreß.

Stuttgart, 23. August.

(Telegraphischer Bericht.)

Vierter Verhandlungstag.

Mittwoch, 23. August.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung kurz nach 10 Uhr.

Der Stuhl des gestern ausgewiesenen Genossen Quetsch ist auf einen Tisch der englischen Delegation gestellt worden. Er trägt Quetschs Kongreßabzeichen, einen Lorbeerzweig und eine Tafel mit der Aufschrift:

„Hier saß Harry Quetsch, der gestern von der württembergischen Regierung ausgewiesen worden ist!“

Quetsch ist heute früh 6 Uhr nach Nürnberg abgefahren. Die englische Delegation und viele deutsche Genossen geleiteten ihn zum Bahnhof.

Das Internationale sozialistische Bureau hat Kopenhagen für den nächsten internationalen sozialistischen Kongreß zum Tagungsort gewählt.

Nach Eröffnung der Sitzung nimmt

Singer

zu folgender Ansprache das Wort:

Werte Genossen! Die Erklärung, die gestern unser Genosse Quetsch über seine vorgestrige Rede abgegeben hat, hat anscheinend den Vertretern der württembergischen Regierung nicht genügt und sie veranlaßt, zu dem Mittel der Ausweisung des Genossen Quetsch aus Württemberg zu greifen. (Entrüstungsrufe.) Ich darf im Namen der deutschen Delegation erklären, daß wir tiefes Bedauern und tiefe Beschämung über die Maßregel empfinden, die geeignet ist, Deutschlands Ansehen in Bezug auf die politischen Freiheiten seiner Bürger vor dem Auslande schwer zu schädigen. (Sehr gut!) Wir sind der Meinung, daß die württembergische Regierung bei der lokalen Erklärung des Genossen Quetsch über die Interpretation seiner Rede nicht zu diesem Mittel hätte greifen sollen, das die Unfreiheit und Beschränkung, die in Deutschland auf politischem Gebiete noch herrschen, drastisch illustriert. (Lebhafte Zustimmung.) Wir sind der Ansicht, daß die ausländischen Genossen uns für dieses Schauspiel, das sie haben miterleben müssen, nicht verantwortlich machen werden, und ich darf für uns Deutsche hinzufügen, daß auch dieser Vorfall für die deutsche Sozialdemokratie ein Ansporn sein wird, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß wir auch in Deutschland volle Redefreiheit bekommen. (Lebhafte Beifall.) Die Maßregel, vor der wir jetzt stehen, hat die Zustände in Deutschland scharf charakterisiert. Ich hätte gewünscht, daß die württembergische Regierung sich vergewaltigt hätte, welche Begriffe man in anderen Ländern von Redefreiheit hat, sich vergewaltigt hätte, daß die bürgerlichen Regierungen Englands, Frankreichs und anderer Länder das Recht des freien Wortes höher bewerten als die deutschen Regierungen. Ich kann nur wiederholen, daß die württembergische Regierung, nachdem Genosse Quetsch jede Möglichkeit einer persönlichen Beleidigung aus seiner Rede ausgeschlossen hatte, sich damit hätte begnügen und nicht der Welt ein Schauspiel hätte geben sollen, welches Deutschlands Ansehen zu heben wirklich nicht geeignet ist. (Sehr wahr!) Ich habe diese Erklärung namens der deutschen Delegation abgegeben. Die gleiche Anschauung wird aber auch von dem Internationalen Bureau einmütig geteilt. Auch im Namen des Internationalen sozialistischen Bureaus habe ich das tiefste Bedauern auszusprechen und Protest zu erheben gegen eine Maßregel, die ich bereits genügend charakterisiert habe. (Sehr gut!) Der Kongreß kann sicher sein, daß sie an allen zuständigen Stellen weiterbehandelt werden wird, und daß die deutsche Sozialdemokratie alle Kräfte aufbietet wird, um für die Zukunft die Wiederholung einer solchen Maßregel unmöglich zu machen. (Bravo!) Die Beschlüsse der internationalen Kongresse sollen befruchtend auf die internationale sozialistische Partei wirken, und auch von diesem Kongreß soll ein Strahl des Lichtes ausgehen, der die Köpfe erhellte und die Herzen begeistert im Kampfe für die Befreiung des Proletariats auf wirtschaftlichen Gebieten und für die Erringung einer vollen politischen Freiheit, an der leider in Deutschland noch so viel fehlt. (Stürmischer Beifall.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt

Bandervelde • Belgien

nochmals die Erklärung ab, daß er in seiner Rede über die Zusammenfassung der Labour Party nicht die Meinung des Internationalen sozialistischen Bureaus, sondern nur die seiner Person und einiger Freunde wiedergegeben habe, mit denen er über die Sache Rücksprache genommen hätte.

Es sind wiederum eine größere Anzahl von Begrüßungsschreiben und Telegrammen eingegangen, die der Sekretär des Internationalen Bureaus Hauptmann • Brüssel verliest. Darunter befindet sich ein Schreiben von Genossen aus Belgien, welche mitteilen, daß die Textilkapitalisten in Wetteren bei Gent, die ihre Arbeiter ausgesperrt hätten, Streikbrecher in Deutschland und speziell in Erfeld angeworben hätten, und die deutschen Genossen bitten, das Gelingen dieses Versuches nach Möglichkeit zu verhindern. Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und der Punkt

### „Die Beziehungen zwischen der politischen Partei und den Gewerkschaften“

erörtert. Hierzu beantragt die Kommission folgende

Resolution:

I. Zur vollständigen Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der geistigen, politischen und ökonomischen Knechtschaft ist der politische und wirtschaftliche Kampf der Arbeiterklasse in gleichem Maße notwendig. Wie die Aufgabe der sozialistischen Parteiorganisationen vorwiegend auf dem Gebiete des politischen Kampfes des Proletariats liegt, so liegt die Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisationen vornehmlich auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiterschaft. Partei und Gewerkschaften haben also im Emanzipationskampfe des Proletariats gleichwertige Aufgaben zu erfüllen.

Jede der beiden Organisationen hat ein durch ihre Natur bestimmtes eigenartiges Gebiet, auf dem sie ihre Aktion vollständig selbstständig zu bestimmen hat. Daneben aber gibt es ein stets wachsendes Gebiet des proletarischen Klassenkampfes, auf dem Erfolge nur erzielt werden können bei einmütigem Zusammenwirken zwischen Partei- und Gewerkschaftskommissionen.

Der Kampf des Proletariats wird sich daher um so erfolgreicher und günstiger gestalten, je inniger die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Parteiorganisationen sind, wobei die Einheitslichkeit der Gewerkschaftsorganisation im Auge zu behalten ist. Der Kongreß erklärt, es müsse die Arbeiterschaft dazu gelangen, daß in allen Ländern innige Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften hergestellt und dauernd unterhalten werden.

Partei und Gewerkschaften haben sich in ihren Aktionen moralisch zu fördern und zu unterstützen und in ihrem Kampfe sich bloß solcher Mittel zu bedienen, die dem Befreiungskampfe des Proletariats förderlich sind. Sie haben sich gemeinsam zu verständigen, wenn über die Zweckmäßigkeit der angewandten Methode Meinungsverschiedenheiten bestehen.

Die Gewerkschaften werden ihre Pflicht im Emanzipationskampfe der Arbeiter nur dann zu erfüllen vermögen, wenn sie sich in ihren Aktionen vom sozialistischen Geiste leiten lassen. Der Partei obliegt die Pflicht, die Gewerkschaften in ihren Bestrebungen nach Hebung und Besserung der sozialen Lage der Arbeiter zu fördern.

Der Kongreß erklärt, daß der Fortschritt der kapitalistischen Produktionsweise, die wachsende Konzentration der Produktionskräfte, die wachsende Vereinigung der Unternehmer, die steigende Abhängigkeit der einzelnen Betriebe von der gesamten bürgerlichen Gesellschaft, die gewerkschaftliche Tätigkeit zur Ohnmacht verdammen müssen, wenn sie ausschließlich der Sorge für die Interessen der Berufsgenossenschaften auf der Grundlage des zünftigen Egoismus und der Theorie der Interessensharmonie zwischen Kapital und Arbeit aufgebaut sind.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß die Gewerkschaften um so erfolgreicher den Kampf gegen die Ausbeutung und Unterdrückung zu führen vermögen werden, je einheitlicher ihre Organisation, je kräftiger ihre im gewerkschaftlichen Kampfe unerlässlichen Fonds, je tiefer die Einsicht ihrer Angehörigen in den Zusammenhang der Bedingungen des ökonomischen Lebens und je höher ihre Opferwilligkeit und Begeisterung sind, die am kraftvollsten aus dem sozialistischen Ideal sprechen.

II. Der Kongreß richtet an alle Gewerkschaften der durch die Konferenz von Brüssel 1890 aufgestellten und durch den Pariser Kongreß von 1900 genehmigten Bestimmung entsprechend die Forderung, sich auf den internationalen Kongressen vertreten zu lassen und mit dem Internationalen sozialistischen Bureau in Brüssel enge Verbindung zu halten. Er beauftragt das letztere, sich mit dem Internationalen Sekretariat der Gewerkschaften zu Berlin behufs gegenseitiger Auskunftserteilung über die Organisation und die Agitation in Verbindung zu setzen.

III. Der Kongreß beauftragt das Internationale sozialistische Bureau, alle Urkunden zu sammeln, die das Studium über die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und den sozialistischen Parteien aller Länder erleichtern können und hierüber dem nächsten Kongreß Bericht zu erstatten.

- Beer, Seliger, Estret und Hanisch • Oesterreich.
- Legien, Robert Schmidt, Kautsky und Pfannkuch • Deutschland.
- de Brouckere und Anseele • Belgien.
- Lindenblaten • Amerika.
- Dolsen • Dänemark.
- Lesjarsz • Ungarn.
- Kemec • Rumänien.

### Die Resolution der Minderheit

hat folgenden Wortlaut:

In Erwägung, daß die einheitliche Organisation der Arbeiterschaft in Industrieverbänden den Reim der Republik der Arbeit und daß sie die Organisationsform und die Verwaltungsstruktur dieser künftigen ökonomischen Republik andeutet; in der ferneren Erwägung, daß die nur ihre einzelnen Berufsinteressen währenden Fachverbände überall, wo der Kapitalismus ohne Einschränkung zu seiner höchsten Machtentfaltung gelangt ist, sich dadurch charakterisiert, daß sie ein Bollwerk der kapitalistischen Gesellschaft sind („Wallstreet Journal“ in New York, das Organ der Geldaristokratie über die A. F. L., dem von Comperis und Mitchell geleiteten Bund) und daß ihre Leiter zu großen kapitalistischen befristeten „Arbeitsoffizieren“ werden (Mare Hanna, der Großkapitalist Amerikas, über die Leitung der A. F. L., beschließt der Kongreß:

1. daß Neutralität einer sozialistischen Partei gegenüber den Gewerkschaften gleichbedeutend wäre mit Neutralität dieser Partei gegenüber den Reaktionen der kapitalistischen Klasse,

2. daß sich eine wirklich revolutionäre sozialistische Bewegung sowohl der politischen als auch der gewerkschaftlichen Organisation des Proletariats bedient, der ersteren zur Propaganda und zum Kampfe auf dem durch die heutige Zivilisation freigelegten Gebiete des Wahlrechts, der letzteren als der einzig denkbaren Kraft, mit welcher der Stimmzettel wirksam unterzückt werden kann, ohne welche sein Wert illusorisch wird, einer Kraft, welche eines Tages für die letzte Ausperrung des Unternehmertums aus den der arbeitenden Menschheit gehörenden Betrieben unerlässlich sein wird,

daß ohne die politische Organisation die sozialistische Bewegung nicht zum Ziel gelangen kann; daß aber ohne die gewerkschaftliche Organisation der Tag des politischen Sieges des Sozialismus gleichzeitig auch der Tag seiner Niederlage sein würde; daß ohne diese gleiche gewerkschaftliche Organisation die sozialistische Bewegung die hohlen Politiker im schlechtesten Sinne des Wortes anziehen und hervorbringen würde, Leute, welche die arbeitende Klasse entehren und verraten würden, und daß dagegen wieder ohne die politische Organisation die sozialistische Bewegung die Lockpögel anziehen und hervorbringen würde, Leute, welche die Bewegung ermorden würden.

Industrial Workers of the world.  
Socialist Labour Party. (Nordamerika.)

Verichterstatter Genosse Beer • Wien:

Es ist notwendig, daß diese Frage auf einem internationalen Kongresse klar gestellt werde, weil vielfach Mißverständnisse in den verschiedenen Ländern bestehen, die die Schlagfertigkeit der Arbeiterbewegung lähmen und hemmen. So notwendig die Betonung der Selbstständigkeit der Gewerkschaftsbewegung ist, als ebenso notwendig und selbstverständlich muß betont werden: Gewerkschaften und Partei haben sich gegenseitig zu ergänzen. Denn nur jene Gewerkschaften werden wirklich nützliche Arbeit im Dienste des Proletariats leisten, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die dafür sorgen, daß die Sozialisierung der Gesellschaft zur Tat werde. (Bravo!) Die Gewerkschaftsbewegung, die sich damit begnügt, den Arbeitern ein größeres Stück Brot zu verschaffen und ihren endgültigen Zweck darin erblicken würde, nur um Lohnverhöhung zu kämpfen und kürzere Arbeitszeit, würde meines Erachtens ihre Aufgabe im Emanzipationskampfe der Arbeiterschaft nicht erfüllen. (Bravo!) Die Angehörigen der Gewerkschaften müssen erfüllt werden mit dem Bewußtsein von der Notwendigkeit des Klassenkampfes, sie müssen zu Sozialisten gemacht werden. Ich finde einen Widerspruch zwischen einer solchen Gewerkschaftsbewegung und der Partei nicht. In diesem Sinne ist der Gewerkschaftskampf auch ein Klassenkampf. Die Gewerkschaft darf sich nicht damit begnügen, Erleichterung der Fesseln des Kapitalismus für die Arbeiter herbeizuführen, sondern sie muß sich auf den größeren bedeutungsvolleren Kampf vorbereiten, in dem sie diese Fesseln endgültig zersprengt und zertrümmert. Leider gibt es noch Gewerkschaften, die diese Aufgabe nicht erkannt haben. Ich glaube, daß das Verständnis zwischen Gewerkschaften und Partei am besten dadurch erzielt wird, wenn die Parteigenossen im Dienste der Gewerkschaftsbewegung und die Gewerkschaftler im Dienste der Partei aktiv ständen, wie bei uns in Oesterreich. Wir haben ohne alles Mißverständnis seit jeher friedlich zusammen

gearbeitet, verbunden durch eine starke Personalunion. Vertrauensmänner der Gewerkschaften sitzen im Rate der Partei und umgekehrt. Dadurch ist jener so notwendige Kontakt gegeben, der Mißverständnisse nicht auskommen läßt und unfruchtbare Diskussion vermeidet. Wenn aber irgendwo Diskussionen über Streitfragen zwischen Partei und Gewerkschaften im Lande notwendig werden, so sollten sie stets erfüllt sein vom Geiste der Brüderlichkeit und Zusammengehörigkeit. Durch persönliche Gerabegungen werden die Persönlichkeiten und damit leicht auch die verschiedenen Richtungen einander entfremdet. (Beifall.) Ich will nur ein Beispiel anführen: Im Anschluß an die Verhandlungen des Kölner Gewerkschaftskongresses über den Generalstreik schrieb eine Genossin:

„Tatsächlich war der Grundton, der aus der ganzen Generalstreikdebatte hervorklang, nicht Erfahrung, sondern Vorniertheit. Sicher hat kein Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands stattgefunden, auf dem die Vorniertheit so stark hervortrat wie in Köln. Eine Selbstgefälligkeit, Selbstsicherheit und Vorniertheit, die sich an sich selbst berauscht, die sich über alle Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung erhaben stellt, welche sie gar nicht verstanden hat usw.“

Ich begnüge mich, dem gegenüber festzustellen, daß der Rammheimer Kongreß der deutschen Sozialdemokratie erklärte — dem Sinne nach — es bestehe kein Unterschied zwischen den Beschäftigten von Köln und denen von Jena. Es ist also kaum möglich, so vorzeitig zu urteilen, wie es hier geschehen ist. Ich darf die Hoffnung ausdrücken, daß in Zukunft solche Äußerungen unterbleiben. In der Kommission ist erfreulicherweise vollständige Einmütigkeit erzielt worden. Der vorliegenden Resolution, die von Deutschland, Oesterreich, Schweden, Tschechien, Dänemark, Belgien und Ungarn eingebracht worden ist, haben sich in der Kommission fast alle Nationalitäten angeschlossen, bis auf eine Gruppe der Amerikaner, die eine selbständige Resolution einbrachten. Die Mehrheit der französischen Delegation erklärte, sie seien aus rein taktischen Gründen nicht imstande, die Resolution in ihrem Lande sofort zu veröffentlichen, weil sie als Folge einer Spaltung der Gewerkschaftsbewegung betrachteten. Ich bitte, die Resolution der Mehrheit mit möglichst großer Einmütigkeit anzunehmen. Die Resolution der Minderheit zeichnet sich nicht durch besondere Klarheit aus. Sollten die deutsch-amerikanischen Genossen die Resolution nicht im letzten Augenblicke zurückziehen, so möchte sie der Kongreß ablehnen. Weiter lagen zwei französische Resolutionen vor, die eine von der Mehrheit, die andere von der Minderheit. Wir konnten auch diese Resolutionen, obwohl wir mit einer einverstanden sein konnten, nicht annehmen, weil wir befürchteten, daß dadurch Verwirrung in der französischen Gewerkschaftsbewegung entstehen könnte. In der anderen Resolution ist von dem „gewerkschaftlichen Kampfmittel des Generalstreiks“ die Rede. Obwohl der Amsterdamer Kongreß, wie ich glaube, vollständige Klarheit über dieses Kampfmittel geschaffen hat, möchte ich neuerdings erklären, daß wir durchaus nicht den Generalstreik für ein Kampfmittel schlechthin halten, sondern nur für ein Kampfmittel, das unter ganz außerordentlichen Umständen anwendbar ist. In Erfüllung eines Wunsches der überwiegend großen Mehrheit der Kommission richte ich an die französischen Kameraden die freundliche Bitte, ihre Anstrengungen zu vergrößern, um eine machtvolle gewerkschaftliche Bewegung in Frankreich zu schaffen, die sich freihält von bloßen Worten und dafür praktische positive Arbeit für die Arbeiter leistet. (Bravo!) Die Mehrheit der Franzosen hat mir eine Erklärung übergeben, von der sie verlangten, daß ich sie namens der Kommission vertritt. Mit dieser Erklärung war ich bis gestern Abend einverstanden. Sie lautete:

„Der Kongreß nimmt Kenntnis von der Erklärung der französischen Delegation, daß in Frankreich die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Gewerkschaftsorganisationen und der politischen Partei der Arbeiterschaft eine besondere Richtung einschlagen hat und daß die gegenseitige Unabhängigkeit und Autonomie der sozialdemokratischen Partei und der „Confédération générale du travail“ gegenwärtig die notwendige Voraussetzung bildet zu ihrer Weiterentwicklung und zu der endlichen Möglichkeit einer freiwilligen Annäherung.“

Heute morgen hat mir nun die französische Delegation mitgeteilt, daß sie auf Streichung des Wortes „gegenwärtig“ bestehen müsse. Dadurch wird der Sinn dieser Erklärung geradezu in das Gegenteil verkehrt. (Lebhafte Zustimmung.) Ich bin dabei, nicht in der Lage, sie noch jetzt zur Annahme zu empfehlen. (Sehr wahr!) Genossen und Genossinnen! Nachdem die Kommission in langer Beratung in vier Sitzungen die Fragen durchgesprochen und die Ihnen vorgelegte Resolution in allen einzelnen Punkten sorgfältig festgelegt hat, erscheint eine lange Debatte über diese Frage im Plenum durchaus unnütz. Unsere Resolution sagt, was über die Frage zu sagen ist. Ich bitte um möglichst einstimmige Annahme. (Beifall.) Mit allem Nachdruck möchte ich noch eins erklären und feststellen: So sehr wir wünschen und wünschen müssen, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften, zwischen Gewerkschaften und Partei, die innigsten wären, ebenso wünschen wir, daß die Herstellung dieser Beziehungen nicht dazu benutzt wird, eine Spaltung in die Gewerkschaftsbewegung hineinzutragen. (Sehr richtig! Sehr gut!) Die erste Voraussetzung im Kampfe der Gewerkschaften ist ihre Einmütigkeit. (Lebhafte Beifall.) Die erste Voraussetzung der gewerkschaftlichen Erfolge ist die Stärke der Gewerkschaften. (Sehr wahr!) und je mehr die Partei sich bemüht, Mißverständnisse zu beseitigen, einen um so größeren Dienst wird sie den Gewerkschaften und damit dem kämpfenden Proletariat erweisen. (Lebhafte anhaltender Beifall.)

In der Diskussion erhält das Wort

De Leon • Vereinigte Staaten

von der Socialist Labour Party: Ich vertrete hier die Resolution der Minderheit und muß mit einer Nichtigstellung begnügen. Nicht zwei, sondern fünf Stimmen hat dieser Antrag auf sich vereint, die eine von meiner Partei, weiter die von England, von Italien, der Schweiz und Frankreich. Ich bin mit dem Verichterstatter in zwei Ausdrücken völlig einig. Es handelt sich hier um eine taktische Frage, die ihren Schwerpunkt in der Einigkeit hat. Gerade darum aber kann ich nicht glauben, daß der Kongreß diese Frage nicht eingehend diskutieren will. Der Kongreß wird sich doch nicht auf eine Stufe mit der württembergischen Regierung im Falle Quetsch stellen, die auch nichts hören wollte. (Weiterkeit.) Unser Hauptanwand gegen die Mehrheitserklärung besteht darin, daß sie nur die gewerkschaftlichen Verhältnisse der gewerkschaftlich zurückgebliebenen Länder berücksichtigt und nicht die Nordamerikas, das kapitalistisch am weitesten vorgeschritten ist. Wohl haben auch wir christliche und vielleicht auch gelbe und grüne Gewerkschaften. Sie sind aber alle noch ihrem eigenen Verständnis „Vollwerke“ des Kapitalismus. Die Gewerkschaftsführer Amerikas arbeiten einheitlich in der „Civil Federation“ mit den Großkapitalisten zusammen, die ihren Frieden mit dem Trade-Unionismus gemacht haben. Auch in Europa wird man noch zu dieser Entwicklungsstufe kommen. Mit diesen Gewerkschaften ist ein Zusammengehen nicht möglich. Nur auf echt sozialdemokratischen Gewerkschaften läßt sich eine echte politische Sozialdemokratie aufbauen. Angesichts dieser Verhältnisse in Amerika bitte ich Sie um Annahme der Minderheitsresolution, die allein alle gewerkschaftlichen Verhältnisse der Internationale umfaßt.

Die Rede, die von De Leon selbst in den drei Kongreßsprachen nacheinander gehalten wird, findet bei einem Teil der Kongreßmitglieder lebhaften Beifall.



de Bronhöre - Belgien:

Der Vorsitzende hat nachzuweisen versucht, daß die Mehrheits- resolution nicht den vorgeschrittenen kapitalistischen Zuständen Amerikas entspricht. Ganz bestimmt aber entspricht die Minderheits- resolution den europäischen Verhältnissen nicht. Erklärt sie doch in ihrer Einleitung die Neutralität gegenüber den Gewerkschaften für eine Neutralität gegenüber den Nationen der besitzenden Klasse, fordert also ihre direkte und unmittelbare Bekämpfung. Wie würden hier gegen die Prinzipien und die Taktik der sozialistischen Parteien aller Länder Europas aufs schärfste verfahren. Sehen wir aber von diesem Einwand ab, so erscheint auch mir die Sache sprechend. Ich möchte daher einige kurze Bemerkungen machen, um Sie auf die Abstimmung vorzubereiten und deren Bedeutung klarzulegen. Zwei Punkte in der Kommissionsresolution verdienen scharf hervorgehoben zu werden. Zunächst, daß den Gewerkschaften auf ihrem Gebiete volle Autonomie zugestanden werden müsse. Um jede Zweideutigkeit zu zerstören, will ich hervorheben, daß die belgischen Gewerkschaften diese Autonomie haben. Wenn ein Streit ausbricht oder ein Tarifvertrag abgeschlossen wird, ein Waffenstillstand zur Sammlung neuer Kräfte für künftige Kämpfe, so tun das die Gewerkschaften unter ihrer eigenen Verantwortung, ohne daß sich die Partei einmisch. Die belgischen Gewerkschaften sind keineswegs eine bloße Elementarstufe des Sozialismus, durch die die Arbeiter an die Sozialdemokratie herangezogen werden sollen, um dann in die höhere Schule des Sozialismus, der Partei überzugehen. Die Gewerkschaften führen durchaus einen eigenen Kampf, der notwendig ist zur Befreiung des Proletariats. Der zweite Punkt, den ich hervorheben möchte, ist der: Partei und Gewerkschaften haben jede ihr eigenes Kampffeld. Aber zwischen ihnen ist ein gemeinsames Kampffeld, und dieses wird immer größer und größer. Allein kämpft die Partei, wenn es sich um eine spezifisch politische Forderung handelt. Sonst aber werden die proletarischen Kämpfe von Partei und Gewerkschaft gemeinsam geführt. Wie die Einheit jeder Nation auf diesem gemeinsamen Kampffeld zwischen Partei und Gewerkschaften herzustellen ist, müssen wir jeder Nation überlassen. Deshalb zum Schluß noch ein Wort zu den Resolutionen der französischen Genossen. Die Resolution der französischen Minderheit will die Gewerkschaften auffordern, sich mit der Partei zu verständigen und die Elemente zu bekämpfen, die diese Verständigung hindern. Die Resolution der französischen Mehrheit will einfach eine Art Waffenstillstand zwischen Partei und Gewerkschaften, damit die Gewerkschaften, wenn sie wieder sehen, daß in der Gewerkschaft für sie Platz ist, nicht in die gleiche Personalunion mit der Partei sich begeben, wie sie in Deutschland besteht. Welche dieser beiden Resolutionen für Frankreich richtig ist, will ich nicht entscheiden. Aber das ist richtig, daß wir die französischen Genossen nicht schulmeistern, ihnen nicht eine fremde Methode aufzuzwingen können. Das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften soll eine Ehe sein, aber die Gewerkschaften sollen nicht vergewaltigt werden. (Lebhafte Beifall.)

Wallant - Frankreich

(mit lebhaftem Händeklatschen empfangen) Die Resolution der französischen Mehrheit entspricht dem Beschluß des letzten französischen Parteitag in Nancy. Wir hatten die Absicht, seinen Beschluß dem internationalen Kongress zur Annahme vorzulegen, sind aber davon abgekommen, weil wir nicht anderen Ländern die Regeln unserer ganz eigenartigen Entwicklung aufzwingen wollen. Wir beschränken uns daher darauf, die einfache Entgegennahme einer Erklärung von uns zu verlangen. Wir wollen einfach sagen, daß die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften in Frankreich andere sind als in anderen Ländern, und daß man diese besondere Entwicklung nicht unter allgemeine Regeln beugen, sondern sich ruhig soll weiter vollziehen lassen in der sicheren Erwartung der Einigung, aber nicht in der Absicht, sie im Augenblick zu erzwingen. Der Berichterstatter hat in unsere Erklärung ein Wort einfügen wollen. Wenn wir die Einigung des Wortes „gegenwärtig“ ablehnen, so deshalb, weil wir es für vollständig überflüssig halten. Wir konstatieren einfach eine Tatsache, und das tut man immer nur für die Gegenwart. Wenn man sagt „es regnet“, setzt man auch nicht „gegenwärtig“ hinzu. Ueberdies gibt unsere Forderung einfach ihre Erklärung ab und braucht dazu nicht die Mitarbeit des Berichterstatters. Die Erklärung enthält nur Tatsachen, und auch der Kongress kann daher nichts hinzufügen und nichts wegnehmen. Und wir erklären eine Tatsache, die niemand bestreiten kann. (Sehr gut!) Die Majorität der französischen Delegation will verhindern, daß ein internationaler Beschluß in die besonderen Verhältnisse, die sich in Frankreich entwickelt haben, störend eingreift. Früher, als die französische Sozialdemokratie in die verschiedensten Richtungen gespalten war, suchte jede Richtung die Gewerkschaften für sich zu gewinnen. Dadurch wurde die Spaltung auch in die Gewerkschaften getragen und eine einheitliche Aktion der Gewerkschaften unmöglich gemacht. Infolgedessen hielten sich die Gewerkschaften mit der Zeit auch vom politischen Leben ganz fern und erklärten die strikte Neutralität. Die Verhältnisse bestanden sich in dem Maße, wie es dem allgemeinen Gewerkschaftsbund gelang, alle die verschiedenen gewerkschaftlichen Organisationen zu sammeln. Das wirkte günstig zurück auch auf die Einigung der verschiedenen politischen Fraktionen. Nach ihrem Zustandekommen kam es wieder zu einem freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften, und gegenwärtig herrscht ein Friedenszustand, und man gelangt immer mehr zu einem einheitlichen System, zu einer Zusammenfassung der Kräfte. Die Mehrheit der französischen Delegation wendet sich nur dagegen, daß die vom Kongress bestimmte Regeln für ihr Verhalten vorgeschrieben werden sollen. (Beifall bei der Mehrheit der Franzosen.)

Trosser - Holland:

Die holländische Delegation war anfangs geneigt, der französischen Erklärung zuzustimmen, weil sie annahm, daß die Mehrheit der Parteigenossen ihres Landes selbst am besten wissen müsse, was sie taktisch zu tun hätte. Bei näherer Erwägung mühten wir uns aber für strikte Ablehnung dieser Erklärung auszusprechen, weil sie nicht einfach einen auf die Dauer zu verändernden Ausnahmestand für Frankreich konstatiert, sondern ihn als Normalzustand akzeptiert. Noch deutlicher wurde das aus dem Widerstand der französischen Majorität gegen die Aufnahme des Wortes „gegenwärtig“. Auch das französische „prendre act“ ist viel härter, als das deutsche „zur Kenntnis nehmen“ und kommt dem „billigen“ sehr nahe. Die Beschlüsse der internationalen Kongresse haben nur einen moralischen Wert. Deshalb müssen sie in sich selbst eine möglichst große Garantie für die Ausführung in der Praxis haben. Wenn wir aber hier einen allgemeinen Beschluß, ein Prinzip aufstellen, und zugleich Verhältnisse sanktionieren, die mit diesem Prinzip in Widerspruch stehen, so ist der moralische Wert dieses Beschlusses vernichtet. (Beifall.) Was der Erklärung unserer französischen Genossen vor allem fehlt, ist der Ausdruck, daß sie bereit sind, in ihrer Weise und trotz der Schwierigkeiten in ihrem Lande dennoch in Geiste unserer Resolution zu wirken. (Sehr gut!) Bei den Ausführungen Wallants kam mir unwillkürlich die Haltung der Franzosen in Amsterdam in den Sinn. Damals wurde auch von ihnen gegen die angenommene Resolution protestiert mit Rücksicht auf die speziell französischen Verhältnisse. Es wurde auf gesagt: Wir wollen uns nicht unterwerfen, wir wollen frei sein. Ich sage: Gegenüber Beschlüssen internationaler Kongresse ist keiner von uns frei. Diesen Beschlüssen sollen wir uns aus eigenem Willen unterwerfen. (Bravo!) Wenn die Franzosen nun wenigstens uns eine mächtige Gewerkschaftsbewegung aufweisen könnten. In Wirklichkeit können ihre Gewerkschaften noch sehr viel von denen anderer Länder, speziell von denen Deutschlands, lernen. (Bravo!) Die Confédération du travail wird geleitet von Personen, die auf die Arbeiter mit kleinen Beiträgen und großen Worten wirken, wie wir es auch von dem nationalen Arbeiterssekretariat in Holland erlebt haben. (Sehr wahr!) Wir müssen den Anarchismus nicht nur im politischen, sondern auch im gewerkschaftlichen Leben bekämpfen. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn Wallant gesagt hat, daß in Frankreich zwischen Partei und Ge-

werkschaft eine schöne Einheit besteht, so kommt das auch daher, weil die Partei auf die Erfüllung ihrer Pflicht verzichtet, Arbeit in die Köpfe der Gewerkschaftler zu bringen. (Lebhafte Zustimmung.) Die französische Minderheit besteht aus 141 Stimmen gegenüber 167 der Mehrheit. Sie wird gebildet aus den Sozialisten des Nordens, der es verstanden hat, eine enge Einheit zwischen Partei und Gewerkschaften zustande zu bringen. Diesen Genossen dürfen wir die Arbeit nicht erschweren. (Beifall.) Daher bitte ich Sie, die Deklaration der französischen Majorität glatt abzulehnen. (Stürmischer Beifall.)

Hierauf tritt um 1 1/2 Uhr die Mittagspause ein.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Singer eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Mitglieder der englischen Delegation die Erklärung abgegeben lassen, daß sie für die Resolution der Mehrheit stimmen werden, in dem sie die Worte „die vollständige unabhängige Aktion der gewerkschaftlichen Organisation“ und die Worte „die innigen Beziehungen, die zwischen Partei und Gewerkschaft bestehen sollen“ so ausgelegt wissen wollen wie die Deutschen und Österreicher. Ferner läßt ein Teil der Delegation, die Fabier und die Independent Labour Party erklären, daß sie gestern gegen die Resolution, die zum Frauenwahlrecht angenommen ist, gestimmt haben. Hierauf erhält

Beer-Wien

das Schlußwort zum Punkt „Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften“.

Ernsthafte Einwendungen sind gegen die von der Mehrheit vorgelegte Resolution nicht gemacht worden. Die Ausführungen des amerikanischen Delegierten, der die Minoritätsresolution verteidigt, vermochte schon die Kommission in ihrer Auffassung nicht zu erschüttern. Ein internationaler Kongress kann nicht Beschlüsse fassen, die vornehmlich aus den Erfahrungen eines Landes geschöpft werden. Dazu kommt, daß die Fassung der Minoritätsresolution, indem sie einmal eine selbständige Gewerkschaftsbewegung nicht anerkennt, sie aber andererseits voraussetzt, geeignet ist, Verwirrung zu stiften. Was die Erklärung der Majorität der Franzosen anlangt, so muß ich die Ausführung Wallants, die er gegen mich gemacht hat, zurückweisen. Er ist über die Vorgänge nicht genügend unterrichtet. Am übrigen kann der Kongress über eine solche Erklärung nicht abstimmen, denn er würde mit einer solchen Abstimmung diese Erklärung sanktionieren, wofür nicht der geringste Anlaß vorliegt. Wenn die Mehrheit der französischen Delegation die Erklärung ohne das Wort „gegenwärtig“ abgibt, so möge sie dem Protokoll einverleibt werden. Zu den weiteren Ausführungen Wallants bemerke ich, daß in unserer Resolution ausdrücklich steht, daß die Herstellung guter Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Partei auf keinen Fall die Einheitlichkeit der Gewerkschaftsbewegung stören darf. Im Endes wird das ausdrücklich betont. Die Behauptungen Wallants sind unbegründet. Gewiß, der Kongress ist nicht berechtigt, in die internen Streitfragen eines Landes einzugreifen. Aber das geschieht auch nicht. Wir greifen nicht in die Differenzen der Gewerkschaftsbewegung ein, wenn wir es als wünschenswert und nützlich erklären, daß zwischen Gewerkschaften und Partei gute Beziehungen hergestellt werden. Es ist dies nichts als ein guter Rat, der hoffentlich von den französischen Genossen auch beachtet wird. Wir wollen die französischen Genossen durchaus nicht schulmeistern. Aber wir meinen, daß das Werk der französischen Einigung kein vollständiges ist, solange es dort nicht gelungen ist, eine aktionsfähige mächtige Gewerkschaftsbewegung zu schaffen. Daher bitte ich Sie, die Resolution der Mehrheit anzunehmen. (Beifall.)

die Abstimmung.

Sembat - Frankreich gibt zunächst eine Erklärung der französischen Majorität in der vom Berichterstatter im Schlußwort festgelegten Form zu Protokoll. Auch die französische Minderheit verzichtet auf die Abstimmung. Hierauf wird die Resolution der Mehrheit (Kommissionsantrag) in einer Abstimmung nach Nationen mit 212 1/2 gegen 18 1/2 Stimmen angenommen. Mit Rein stimmen von Frankreich 11, von Italien 3, von den Vereinigten Staaten 4 1/2 Stimmen.

Der nächste Gegenstand der Tagesordnung ist die Frage der Ein- und Auswanderung.

Hierzu liegt seitens der Kommission folgender Antrag

vor: „Der Kongress erklärt:

Die Ein- und Auswanderung der Arbeiter sind vom Wesen des Kapitalismus ebenso unzertrennliche Erscheinungen wie die Arbeitslosigkeit, Ueberproduktion und Unterkonsum der Arbeiter. Sie sind oft ein Mittel, den Anteil der Arbeiter an der Arbeitsproduktion herabzusetzen und nehmen zeitweise durch politische, religiöse und nationale Verfolgungen anormale Dimensionen an.

Der Kongress vermag ein Mittel zur Abhilfe der von der Aus- und Einwanderung für die Arbeiterklasse etwa drohenden Folgen nicht in irgendwelchen ökonomischen oder politischen Ausnahmemaßregeln zu erblicken, da diese fruchtlos und ihrem Wesen nach reaktionär sind, also insbesondere nicht in einer Beschränkung der Freizügigkeit und in einem Ausschluß fremder Nationalitäten oder Rassen.

Dagegen erklärt er der Kongress für eine Pflicht der organisierten Arbeiterschaft, sich gegen die im Gefolge des Massenimportes unorganisierter Arbeiter vielfach eintretende Herabdrückung ihrer Lebenshaltung zu wehren, und erklärt es außerdem für ihre Pflicht, die Ein- und Ausfuhr von Streikbrechern zu verhindern. Der Kongress erkennt die Schwierigkeiten, welche in vielen Fällen dem Proletariat eines auf hoher Entwicklungstufe des Kapitalismus stehenden Landes aus der massenhaften Einwanderung unorganisierter und an niedriger Lebenshaltung gewöhnter Arbeiter aus Ländern mit vorwiegend agrarischer und landwirtschaftlicher Kultur erwachsen, sowie die Gefahren, welche ihm aus einer bestimmten Form der Einwanderung entstehen. Er steht jedoch in der übrigens auch vom Standpunkt der proletarischen Solidarität verwerflichen Ausschließung bestimmter Nationen oder Rassen von der Einwanderung kein geeignetes Mittel, sie zu bekämpfen. Er empfiehlt daher folgende Maßnahmen:

- 1. Für das Land der Einwanderung: a) Verbot der Aus- und Einfuhr derjenigen Arbeiter, welche einen Kontrakt geschlossen haben, der ihnen die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft wie ihre Löhne nimmt. b) Gefährlichen Arbeiterschutz durch Verkürzung des Arbeits-tages, Einführung eines Minimallohnsfußes, Regelung des Sweating-Systems und der Heimarbeit, strenge Aufsicht über die Wohnungsverhältnisse. c) Abschaffung aller Beschränkungen, welche bestimmte Nationalitäten oder Rassen vom Aufenthalt in einem Lande und den sozialen, politischen und ökonomischen Rechten der Einheimischen ausschließen oder sie ihnen erschweren, weitgehendste Erleichterung der Naturalisation. d) Für die Gewerkschaften aller Länder sollen dabei folgende Grundsätze allgemeine Geltung haben: a) Unerwünschter Zutritt der einwandernden Arbeiter in die Gewerkschaften aller Länder, b) Erleichterung des Eintritts durch Festsetzung angemessener Eintrittsgelder, c) unentgeltlicher Uebertritt von einer Landesorganisation in die andere bei vorheriger Erklärung aller Verbindlichkeiten in der bisherigen Landesorganisation, d) Erziehung internationaler gewerkschaftlicher Kartelle, durch die eine internationale Durchführung dieser Grundsätze und Notwendigkeiten ermöglicht wird. e) Unterstützung der Gewerkschaftsorganisation derjenigen Länder, aus denen sich die Einwanderung in erster Linie rekrutiert.

II. Für das Auswanderungsland:

1. Regte gewerkschaftliche Agitation. 2. Belehrung der Arbeiter und der Öffentlichkeit über den wahren Stand der Arbeitsverhältnisse in den Einwanderungsländern. 3. Regte Einbereden der Gewerkschaften mit denen des Einwanderungslandes behufs gemeinsamen Vorgehens in der Frage der Ein- und Auswanderung. 4. Da die Arbeiterauswanderung außerdem oft durch Eisenbahn- und Dampfschiffgesellschaften, durch Landbesitzer und andere Schwinbelunternehmungen, durch Erteilung falscher erlogener Versprechungen an die Arbeiter künstlich simuliert wird, verlangt der Kongress:

Ueberwachung der Schiffsagenturen, der Auswanderungsbureaus, eventuell gesellschaftliche oder administrative Maßnahmen gegen diese, um zu verhindern, daß die Auswanderung für die Interessen solcher kapitalistischen Unternehmungen mißbraucht werden.

III. Neuregelung des Transportwesens, insbesondere auf den Schiffen, Ueberwachung der Bestimmungen durch Inspektoren mit Disziplinargewalt, welche aus den Reihen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter des Einwanderungs- sowie Auswanderungslandes zu bestellen sind, Fürsorge für neuankommende Einwanderer, damit sie nicht von vornherein der Ausbeutung durch die Schmaroger des Kapitals anheimfallen.

Da der Transport von Auswanderern nur auf internationaler Basis gefehlich geregelt werden kann, beauftragt der Kongress das Internationale sozialistische Bureau, Vorschläge zur Neuregelung dieser Materie auszuarbeiten, in denen die Einrichtung und Ausrüstung der Schiffe sowie der Luftraum zu normieren ist, welcher auf jeden Auswanderer als Minimum zu entfallen hat, und dabei besonders Gewicht darauf zu legen, daß die einzelnen Auswanderer die Passage direkt mit der Unternehmung vereinbaren, ohne Intervention irgendwelcher Zwischenunternehmer. Diese Vorschläge sind den Parteileitungen behufs legislativer Verwendung sowie zur Propaganda mitzuteilen.

Zu I Abs. 3 liegt von Norwegen, Großbritannien, den Vereinigten Staaten, Ungarn, Frankreich, Schweden, Holland, Böhmen, Japan, Argentinien, Rumänien, Belgien, Spanien, Dänemark, der Schweiz, Rußland, Bulgarien und Italien folgendes Amendement vor:

„Regelung der Ausweisung Landesfremder, welche nicht aus politischen Gründen und auch nicht auf administrativem Wege, sondern nur durch Gerichtsbeschluß verfügt werden darf.“

Berichterstatter der Kommission ist

Menbegen-Wien,

der mit lebhaftem Beifall empfangen wird: Der Kapitalismus ist die Wirtschaftsordnung in ungeheuren Dimensionen. Was er anfaßt, sagt er in größtem Maßstab an. Seine Produktionen sind Massenproduktionen. Sein Absatz umfaßt die ganze Welt. Die wohlfeilsten Reichtümer häuft er auf. Seine kulturellen Wirkungen sind positive und negative Massenwirkungen. Als Kulturländer reißt er aus tausendjährigem Schlaf, wilde Gegenden erschließt er der Kultur. Wenn er Kriege führt, erdröhnen Erdteile unter dem Rauschen seiner Panzerdivisionen. Wenn er zu reden anfängt, entsetzt er die größten Blutbäder in der Weltgeschichte. Und alle Probleme, die der Kapitalismus anhäuft, haben gigantischen Charakter. Er erfaßt die menschliche Wissenschaft in ihrem größten Umfange und ihrer tiefsten Wurzel. So rollt der Kapitalismus ungeheure Probleme auf, aber sie zu lösen, ist er nicht imstande. Es gehört mit zu dem anarchischen Charakter des Kapitalismus, daß er die Gesellschaft in ihren tiefsten Tiefen aufwühlt und mit kolossaler Kraft entsetzt, ohne sich Rechenschaft abzulegen, ob er imstande sein wird, die aufgewühlten Elemente zu bändigen. Bei dieser Ziel- und planlosen, dieser herrenlosen Art zu wirken, vermag der Kapitalismus eine im wesentlichen nur gewalttätige Verbeering anzurichten. Erst der Sozialismus kann Ordnung schaffen, die Fragen beantwortet und Probleme löst. So ist der Kapitalismus in gewissem Sinne die Natur, welche Millionen Reime verschwenderisch vernichtet, um ein Lebewesen, einen lebendigen Organismus zu erzeugen. So wird der Sozialismus die von Mensch und Natur geleitete Vernunft sein, welche das ausgewählte Chaos ordnet, entsetzte Kräfte in das geregelte Welt einer gesunden gleichmäßigen Entwicklung leitet. (Bravo!) Das größte Problem, das der Kapitalismus gestellt hat, ist die Frage, die uns augenblicklich beschäftigt. Die modernen Wanderungen übertreffen an Intensität und Ausdehnung die allen großen Völkerwanderungen. Sie reißen ganze Generationen aus dem heimlichen Boden und verpflanzen ganze Nationen in fremdes Land, vernichten hier ein Volk in seiner kulturellen Eigenart und lassen dort neue Nationen und Kulturen entstehen. Der Hauptgrund dieser Wanderung ist die unerfüllte Gier des Kapitalismus nach Bereicherung. Die Organisationen der durch den Sozialismus aufgeweckten Arbeiter verlangen einen größeren Anteil an der Arbeitsproduktion. Das ist eine Schmälerung der Profitrate und das kann sich der Kapitalismus auf die Dauer nicht gefallen lassen. Der Profit muß wieder erhöht und die Arbeiter durch ihre eigenen Brüder bekämpft werden, die Macht ihrer Organisationen muß wieder vernichtet werden. Das Streben nach Einführung schlecht entlohener Arbeiter liegt also im Wesen des Kapitalismus wie die Ausbeutung und alle anderen ökonomischen und sozialen Folgeerscheinungen des Kapitalismus. Weiterhin treibt der Untergang der alten agrarwirtschaftlichen Hausverfassung die Arbeiter und kleineren Bauern, soweit sie nicht durch Hunger und Seuchen weggerafft sind, aus dem Lande. Dieser Trieb zur Auswanderung ist so stark, daß selbst der härteste Jatismus nicht imstande ist, diese Schädigung des von ihm ausgebeuteten Landes zu verhindern. Schließendlich kommen noch politische Ursachen hinzu: die Erhebung der gedrückten Proletariatsmassen, die Verfolgung der Revolutionäre und die Pogrome, die schließlich auch nicht weiter sind, als der Ausfluß der Verzweiflung untergehender Bauernschaften, die von den Schuldbemühnten Machthabern absichtlich auf falsche Fährte geführt werden, damit ihre Rache nicht den Schuldbigen treffe. Nun treffen diese auswandernden Arbeiter in der neuen Heimat mit den einheimischen zusammen, scheinbar dazu bestimmt, sich gegenseitig zu bekämpfen. Wenn Freilicht vor mehr als 50 Jahren in seinem bekannten Gedicht: „Ich kann den Blick nicht von Euch wenden“ dem Gefühl der Trauer darüber Ausdruck gegeben hat, daß diese nun heimatischen Massen alles verlassen müssen, was ihnen lieb geworden ist, so sind die Probleme, welche gegenwärtig bei der nationalen Massenwanderung auftreten, weit ernster, tiefer und furchtbarer. Es entsteht nunmehr ein übermenschliches Ringen der Einwandernden um einen Platz nicht an der Sonne, sondern um einen Platz in den sinkenden Schachthäusern von Chicago, in den schmutzigen Massenquartieren von San Francisco. Es entsteht ein mörderischer Kampf, um ein elendes, niedriges, furchtbares Dasein zu führen (Bewegung), ein Kampf zwischen den Einheimischen und Einwanderern einerseits und unter den Einwanderern andererseits. Wer den Roman von Upton Sinclair: „Die Fungel“ gelesen hat, hat eine Ahnung von der Wirklichkeit dieses sozialen Kampfes gewonnen. Auf den ersten Blick könnte es scheinen, als ob dieses Problem unlösbar wäre. Dann könnte der Kapitalismus jubeln darüber, daß er nun endlich ein Mittel gefunden habe, das der Organisation seiner Feinde, der Arbeiter, unheilbare Wunden schlägt. Der Kapitalismus hat also gar kein Interesse daran, das Problem zu lösen. Entweder will er die Arbeiter aus dem Auslande heranziehen, dann zerstört er die Organisationen der Arbeiter, ohne Rücksicht selbst auf die Seuchenverbreitung, die die Massenwanderung auch für ihn gefährlich macht, oder die fremden Arbeiter kommen in so großer Massenstärke, vielleicht schon als ausgepreßte Zitronen herein, dann sagt er sie als lästige Ausländer aus und wirft sie zurück ins Elend. Unders der Sozialis-



aus, anders dieser Kongress, der die Anschauungen der Sozialisten aller Länder wiedergibt. Unsere Aufgabe lautet einfach: Schutze sowohl den einheimischen als auch den wandernden Arbeiter. Würden wir nur die einen schützen, so würden wir Millionen von Einwandernden wehrt der Beutegier des Kapitalismus preisgeben. Schützen wir aber einseitig die Einwandernden, so würden wir die Mühe und Arbeit jahrzehntelanger gewerkschaftlicher Organisation vernichten. Wenn wir nun nach den praktischen Mitteln dieses Schutzes fragen, so ist es klar,

daß für die Sozialdemokratie beschränkende Aufnahmegeetze vollständig unmöglich sind.

(Bravo!) Diese werden daher in der Resolution mehrfach ausdrücklich ausgeschlossen. Weiter läge es nahe, selbst für die Arbeiter fremder Nationen den Zutritt zu verwehren. Und leider hat es auch Arbeitergruppen gegeben, die sich auf diesen Standpunkt gestellt haben. Ich glaube nicht, daß es Sozialdemokraten gewesen sind. Was die Inferiorität von Nationen anlangt, so haben wir erstens immer gesehen, daß wenn eine Nation nur fogsufagen Luft bekommen hat, wenn sie von dem Abschluß von der Kultur frei geworden ist, sie sich erheben hat, die Möglichkeit des Aufstiegs so mit hier niemals als von vornherein ausgeschlossen gelten kann. Zweitens sollen die Arbeiter wie die einzelnen Nationen nicht etwa die internationale Solidarität dahin auflassen, daß sie sich einem harmlosen Internationalismus hingeben, daß sie etwa ihre Nationalität zu verleugnen hätten. Im Gegenteil, die Arbeiter aller Nationen haben das Recht und die Pflicht, an den Kulturschätzen ihrer eigenen Nation mit Liebe und Begeisterung zu hängen (Bravo!), sie werden ihre Eigenart um so mehr bewahren, als sie wissen, daß die Nation gerade durch Bewahrung ihrer Eigenart der Kultur der Gesamtheit am meisten nützt. Sie haben andererseits doch so viel Achtung vor der Eigenart anderer Nationen, daß sie es als Verbrechen ansehen würden, diese etwa von dem Aufstiege zu einer höheren Kulturstufe abhalten zu wollen. Drittens möchte ich sagen: man kann nicht immer genau unterscheiden, was in dem Betriebe der Nationen inferior und superior ist. Es hat eine Nation gegeben, die sich für äußerlich hochstehend gehalten hat, sie ist in einem großen Kriege von einer verachteten Rasse so gründlich aufs Haupt geschlagen worden, daß sie Jahrzehnte zur Erholung brauchen wird, wobei diese verachtete Rasse eine große innere Kultur gezeigt hat, an der sich manche europäischen Nationen ein Beispiel nehmen können. Von diesen negativen Momenten abgesehen, gibt es aber auch eine Reihe positiver Maßnahmen, wie sie in der Resolution der Kommission enthalten sind. Die Hauptaufgabe fällt dabei den Gewerkschaften zu, die mit der Organisation der Auswanderer schon in ihrem Mutterlande zu beginnen haben, wie es unsere deutschen Parteigenossen mit den italienischen Auswanderern in musterwürdiger Weise getan haben. Die Gewerkschaften der verschiedenen Länder sollten wohlgeordnete Systeme schaffen, sich gegenseitig in der Auswanderungsfrage in die Hände arbeiten und den einwandernden Arbeitern den Zutritt zu den Gewerkschaften erleichtern. Ich kann es nicht als einen Akt internationaler Brüderlichkeit ansehen, wenn gewisse Gewerkschaften, um selbst Arbeitern den Zutritt zu erschweren, das Eintrittsgeld um 100-250 Dollars erhöhen. (Lebhafter Beifall.) Bei aller Würdigung der Forderungen der Konfuzierung durch wandernde Arbeiter kann das Mittel, diese Gefahr zu mindern, nur gefunden werden in der brüderlichen Heranziehung und Unterstützung dieser armen Leute. (Bravo!) Weiter gehört zu den Mitteln ein Informationsbureau zur Belehrung der Arbeiter über die Verhältnisse im Auslande, wie es in Paris als freie Organisation der im Auslande lebenden Sozialdemokraten bereits besteht. Weiter kommt dazu die Gruppe der gesetzlichen Maßnahmen, der Schutz der Gewerbe, die besonders von der Einwanderung betroffen werden, die Maximalarbeitszeit, der Minimallohn, die Regelung der Heimarbeit und so weiter. Ein besonderer Passus richtet sich gegen die Ausbeutung gegen die Transportgesellschaften.

Ich gebe zu, daß die Resolution etwas edig und hart ist. Aber ein sozialistischer Kongress ist nicht dazu da, Romane zu schreiben. Hart im Naume stehen sich die Sachen und der Ausdruck der edigen Tatsachen ist diese harte, edige Resolution. Ich bitte Sie, diese mit vieler Mühe zustande gekommene Resolution, die eine Mittellinie der verschiedenen Anschauungen bildet, einstimmig anzunehmen. Das eingebrachte Amendement akzeptiere ich, obgleich ich bemerke, daß diese Resolution viel weiter geht. Aber Sie werden sich wohl alle denken können, welchem Spezialgrund dieser Antrag seine Entstehung verdankt.

Genossen! Alle unsere Neben und die schönsten Resolutionen werden aber nichts nützen, wenn nicht die Ueberführung dieser Beschlüsse in die Wirklichkeit gewährleistet ist, von dem Geiste der internationalen brüderlichen Liebe zu allen denjenigen, die unter dem Joche des Kapitalismus seufzen. (Lebhafter Beifall.) Lassen Sie sich von diesem Gedanken, von dem berührt, so oft zitierten Schlußsatz des kommunistischen Manifestes leiten, nicht nur bei der Abstimmung über diese Resolution, sondern vor allem, wenn Sie zur Ausführung dieser Resolution brauchen im wirklichen Leben schreiben. (Stürmischer Beifall.)

Das Amendement zur Resolution der Kommission wird zurückgewiesen. In der Diskussion erhält zunächst das Wort

Hilkewitt - Amerika:

Ich gebe zunächst im Namen von Karl Kautsky und Rosa Luxemburg zu beantragen, die Forderung des Minimallohnes für die Einwanderungsländer zu streichen. Denn diese Forderung hat bereits ein internationaler Sozialistenkongress für utopisch und unwissenschaftlich erklärt. Der zweite Antrag der genannten Genossen geht dahin, an die Stelle von der Regelung des Sweating-Systems und der Heimarbeit zu setzen: „Verbot des Sweating-Systems und Regelung der Heimarbeit“. Der Antrag begründet sich selbst. In meinem eigenen Namen trete ich für die Annahme der Resolution der Kommission ein, und tue das um so lieber, als ich in der Kommission in der Minderheit war. Die Kommissionsvorlage erscheint mir allerdings nicht fehlerfrei. Abgesehen von den beiden bezeichneten Punkten aber ist es ungeheurer schwer, eine solche Frage international zu lösen, angesichts der großen Verschiedenheit von Auswanderungs- und Einwanderungsländern. Und die Kommission hat ihre höchst schwierige Aufgabe so gut wie möglich gelöst. Innerhalb der einzelnen Nationen läßt sich praktisch diese Aufgabe natürlich viel leichter, international bietet sie die größten Schwierigkeiten der Praxis und auch des Dringens. Da wir in jeder Kommission eine radikale und eine konservative Richtung gebrauchen, so habe ich temporär die konservative Rolle für unsere Kommission übernommen (Heiterkeit) und das um so lieber, als ich die für eigentlich revolutionäre halte. Das politische und soziale Interesse der Arbeiter aller Länder richtet sich in gleicher Weise gegen das Interesse der kapitalistischen Kreise, die sie in allen Ländern ausbeuten. International solidarisch führt die Arbeiterklasse den Kampf für ihre Emanzipation, für die Befreiung der Menschheit. Was diesen Kampf fördert, ist international, was ihn hindert, antisozialistisch. Als Grundlage für den Klassenkampf haben wir in allen Ländern die Organisation der einheimischen Arbeiterklasse, Genossen! Wir machen in jedem Lande einen strengen Unterschied zwischen der organisierten Arbeiterklasse und Streikbrechern, und was wir den Streikbrechern in eigenen Lande nicht erlauben, sollen wir es den Arbeitern des fremden Landes zugehen? So wollen wir Amerikaner und bisher der Einwanderung von Streikbrechern widersprechen, und wir kämpfen bei dem Einwanderungsverbot natürlich stets nur an einen Stamm, an die Chinesen. Nun hat uns diese Resolution eine andere Richtung gegeben, der wir nun jetzt an loyal folgen werden. (Lebhafter Beifall.) Wir erkennen an, daß jedes Ausnahmegericht gegen eine Klasse oder Nation vom sozialistischen Standpunkte aus unzulässig ist. Wir haben bisher die Schwierigkeiten, denen wir gegenüberstehen, nach unserer Methode über-

wunden wollen. Die Proletariat der Länder haben jetzt eine andere Methode vorgeschlagen. Als Teil des internationalen Proletariats fügen wir uns und erkennen den Beschluß an. (Lebhafter, anhaltender Beifall.)

Kato - Japan

(mit stürmischem Händeklatschen begrüßt) spricht gleich dem Vordrucker deutsch: Ich bin diesem Kongress unendlich dankbar. Ich habe hier schon dreimal vor freudiger Erregung geweint. Wir in Japan haben ja gar keine Freiheit. Unsere ganze sozialistische Agitation im Lande selbst ist erst 3 bis 4 Jahre alt. Man spricht jetzt von einem neuen Kriege Japans mit Amerika. Ich glaube nicht daran. Aber wenn er käme, wäre er nur ein Kampf zwischen amerikanischen und japanischen Kapitalisten. Die Arbeiter aller Länder müssen nach dem Worte von Karl Marx zusammenstehen, um die Kapitalisten zu bekämpfen. (Stürmischer Beifall.) Die Frage dieser Resolution ist für uns von der größten Wichtigkeit wegen der starken Einwanderung der Japaner nach Amerika. Wir haben leider noch keine gewerkschaftlichen Organisationen in Japan. Unsere Bevölkerung ist so arm und ungebildet. Wenn die Amerikaner sie gleichwohl in ihre Organisationen aufnehmen würden, könnte die schädliche Wirkung unserer Einwanderung auf die Löhne der amerikanischen Genossen vielleicht eher ausgeglichen werden. Wir müssen ja auswandern. Wir sind zu viele arme, gequälte Menschen. Unsere sozialdemokratische Propaganda in Japan ist so schwer. Man unterdrückt uns, man nimmt uns unsere Zeitungen. Erziehen Sie doch in Amerika unsere armen Brüder zu Kampfgenossen! Möchten doch die Genossen in Amerika unter unseren armen Arbeitern agitieren. Das ist meine dringende Bitte. (Stürmischer Beifall.) Ich habe mich sehr gefreut, hierher zurückzukehren. Denn Deutschland ist doch mein zweites Vaterland. Ich bin den Deutschen für diesen Kongress sehr dankbar. Die deutsche Sprache ist leider sehr schwer (Heiterkeit), und so auswendig kann ich gar nichts sagen. (Widerspruch.) Ich wollte nur von meinem Eindruck sprechen. Wollen Sie uns armen Leuten helfen, das ist meine Bitte an die Genossen. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Ardrer - Australien:

Die Mehrheit der australischen Arbeiterpartei ist gegen die Einwanderung farbiger Arbeiter. Ich persönlich als Sozialist erkenne die Pflicht internationaler Solidarität an und hoffe, daß es gelingen wird, mit der Zeit alle Völker der Erde für den Gedanken des Sozialismus zu gewinnen. (Bravo!) Hierzu wird ein Schlußantrag gegen die Stimmen der Engländer angenommen. Als der Vorsitzende Singer dem Referenten das Schlußwort geben will, erhebt eine Gruppe der englischen Delegierten unter Führung Gynmans Protest und hindert Ellenbogen durch großen Lärm und fortwährendes Händeklatschen am Sprechen.

Vorsitzender Singer:

Ich möchte doch dringend bitten, diese Lärmjungen zu unterlassen. Weder Deutschland, noch Rußland, noch Frankreich, noch Belgien haben das Wort zur Sache erhalten und machen doch nicht einen solchen Lärm wie die Engländer. Die englischen Genossen sollten sich doch als Demokraten, als Sozialdemokraten fühlen. (Lebhafter Beifall.) Ich habe die Pflicht, die Beschlüsse der Majorität hochzuhalten und jedes Kongressmitglied hat die Pflicht, sich zu fügen. (Stürmischer lebhafter Beifall.)

Als der Lärm bei der englischen Delegation fortbauert, fügt Singer hinzu: Der Kongress läßt sich nicht terrorisieren. (Erneute Beifallsstürme.) Ich habe die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der Wille des Kongresses zum Ausdruck kommt und dieses Schreien macht auf mich keinen Eindruck. Ich halte den Beschluß des Kongresses hoch. (Wiederholter, stürmischer Beifall.)

Gynman verlangt weiter stürmisch das Wort.

Singer: Das Schlußwort hat Ellenbogen.

Ellenbogen

(sich allmählich Gehör verschaffend): Ernsthafte Einwendungen sind gegen den Wortlaut der Resolution nicht erhoben worden, außer dem Amendement Kautsky-Luxemburg. Ich werde mich daher ausschließlich mit diesem beschäftigen. Den ersten Satz des Amendements auf Streichung der Forderung eines Minimallohnes bitte ich abzulehnen. (Sehr gut!) Der Genosse Kautsky und die Genossin Luxemburg haben sich berufen auf die wissenschaftlich festgestellte Unmöglichkeit des Minimallohnes. Ich kenne die großen Theoretiker des Sozialismus sehr wohl und habe die größte Hochachtung vor diesen Männern der Wissenschaft. Ich weiß auch, daß sie vor mehreren Jahrzehnten die Forderung eines Minimallohnes abgelehnt haben, weil sie befürchteten, daß er zum Maximallohn führen würde. Die Tatsachen widersprechen aber dieser Anschauung. In Viktoria und in Jülich hat sich der Minimallohn bestanden bewährt und in Bern sträubt sich gegen seine Einführung, die die Arbeiterklasse fordert, die Bourgeoisie aufzuhängen. Wollen Sie diesen Arbeitern in den Rücken fallen und der Bourgeoisie zu Hilfe kommen? Die Genossen, die mit dem Minimallohn gute Erfahrungen gemacht haben, würden sich an diesen Beschluß doch nicht halten, und ich bitte daher, das erste Amendement Kautsky abzulehnen. Dagegen stimme ich dem zweiten Satze des Amendements Kautsky-Luxemburg zu. Es ist besser, die Abschaffung als die Regelung des Sweating-Systems zu fordern. (Beifall.)

In der Abstimmung wird der erste Satz des Amendements Kautsky-Luxemburg mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen der zweite Satz angenommen, ebenso dann die so veränderte Resolution der Kommission. (Beifall.) Die englische Delegation enthält sich zum Protest der Abstimmung.

Hierauf werden die weiteren Verhandlungen auf Sonnabend 10 Uhr vertagt. (Militarismus und internationale Konflikte. Referent: Vandervelde.) Schluß 6 1/2 Uhr.

Auch die revolutionäre Fraktion der P. V. S. N. hat sich der Erklärung gegen die Revolutionen der zarischen Kosaken, die jetzt ihr Hauptwort betreiben, angeschlossen, so daß diese Erklärung nunmehr von allen Fraktionen Rußlands und Polens unterschrieben ist.

Die angebotenen Mandate der deutschen Sozialisten gültig.

Das Internationale Sozialistische Bureau hat in seiner Sitzung vom Mittwoch die von der deutschen Delegation angebotenen Mandate der beiden Delegierten der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (Sozialisten), der Genossen Fritz Kater und Hermann Putzig, debattelos und einstimmig für gültig erklärt.

Erklärungen und Berichtigungen.

Internationaler Sozialistischer Kongress Stuttgart 1907, 22. August 07.

An die Redaktion des „Vorwärts“!

Die Dienstag-Nummer des „Vorwärts“ enthält einen Bericht über meine erste Rede in der Militärkommission des Internationalen Kongresses, der verschiedene sinnstörrende Ausführungen enthält. Bei meiner starken Inanspruchnahme durch die Arbeiten des Kongresses ist es mir nicht möglich, jetzt eine Berichtigung jener sinnstörrenden Ausführungen vorzunehmen. Ich muß mich darauf beschränken, die Tatsache zu konstatieren, und behalte mir eine Richtigerstellung meiner Ausführungen im Protokoll über die Kongressverhandlungen vor.

Mit Parteigrüß

A. Bebel.

Werte Genossen!

Der „Vorwärts“ bringt über meine Rede in der Kommission über Antimilitarismus eine Unrichtigkeit, die ich richtig zu stellen wünsche.

Ich habe nicht gesagt: „Man hört nichts mehr davon, daß ein deutscher Sozialdemokrat den Mut auch vor dem preussischen Gefängnis bewahrt“.

Ich werde solch eine Dummheit nicht sagen, am wenigsten in einem Augenblick, da Genossin Rosa Luxemburg gerade aus dem Gefängnis kommt, da Genosse Karl Liebknecht im Begriff ist, hineinzu- gehen, und wo so viele andere deutsche Genossen darin sind.

Ich habe als Antwort auf Bebel, der gerade ausgeführt hatte, daß meine Propaganda in Deutschland wegen der Strenge der kaiserlichen Gerichte nicht möglich wäre, gesagt:

„Ihr weret imstande, zu Hunderten den deutschen Gefängnissen zu treten zu einer Zeit, da die Regierung von Bismarck Euch verfolgte; Ihr habt es gewagt unter den eisernen Werten Bismarcks, weil man Eure politische Lage und Eure Wahlfortschritte antastete, und Ihr könnt es also (aus Bebel's Rede zu schließen) heute nicht mehr, heute, wo es sich darum handelt, einen Zusammenstoß zu verhindern, der Hunderttausenden französischen und deutschen Arbeitern das Leben kosten würde.“

Das ist, wenn nicht wörtlich, doch sehr genau dem Inhalte nach das, was ich gesagt habe.

Ich habe Bebel einige unangenehme Wahrheiten gesagt; aber ich habe zu viel Verdreden auf dem Gewissen, um mir auch noch solche aufladen lassen zu wollen, die ich nie begangen, ja zu begehen nie gedacht habe.

Ich bin Ihnen sehr verbunden, wenn Sie diese kleine „Berichtigung“ veröffentlichen wollen.

Mit Genossengruß

Stuttgart, 22. August 07. Gustave Hervé.

Die Erklärung des Genossen Dr. Karl Liebknecht an die Militärkommission,

die in unserem Bericht erwähnt wurde, lautete wörtlich:

Da ich nicht Mitglied der Kommission bin und also leider hier das Wort nicht ergreifen kann, so bitte ich folgendes zur Kenntnis der Kommission zu bringen:

Genosse v. Volkmar hat heute — Dienstag nachmittag — mich persönlich nach zwei Richtungen in die Debatte gezogen.

Zunächst hat er eine vor längerer Zeit gefasste Aeußerung meines Vaters über die Konferenznegotiation zitiert und unter Kontrastierung hierzu behauptet, auf den drei letzten deutschen Parteikongressen seien Anträge auf Einleitung einer Konferenznegotiation, die als gefährliche Säuberei zu betrachten sei, gestellt und allerdings mit überwältigender Mehrheit abgelehnt worden.

Diese Behauptung bezieht sich auf Anträge, die von mir begründet sind. Ich konstatiere, daß die gemeinten und tatsächlich abgelehnten Anträge ganz allgemein überhaupt eine spezialisierte antimilitaristische Propaganda als besonderen Zweig der Gesamtparteitätigkeit erstrebten.

Nach diesem materiellen Angriffe gegen meine antimilitaristischen Vorfassungen hat Genosse v. Volkmar weiter gemeint:

Angesichts des gegen mich erhobenen Hochverratsprozesses habe meine antimilitaristische Agitation, insbesondere meine angelegte Broschüre aus der Diskussion auszuschließen, die auf meine Anklage bezüglichen kritischen Worte des Genossen Jaurès seien zu mißbilligen.

Ich betone demgegenüber mit allem möglichen Nachdruck, daß ich eine solche Maßnahme aufs höchste bedauern würde und schließlich zurückweise. Ich bege vielmehr den lebhaftesten Wunsch und erachte es für selbstverständlich, daß die gegen mich unternommene Aktion der Klassenjustiz nur eben gerade zur Verschärfung und Anfeuerung der antimilitaristischen Haltung des Kongresses beitragen wird.

Dr. Karl Liebknecht.

In unserem Bericht in Nr. 194, 1. Beilage, über die Sitzung der Kommission für Ein- und Auswanderung ist ein Referat des Genossen Skaret - Öhmen verzeichnet. Genosse Skaret - Öhmen war nicht in dieser Kommission. Der böhmische Genosse der jene Ausführungen machte, heißt Sasek.

## Die Kommissionen.

Der Militarismus und die internationalen Konflikte. (Telegraphischer Bericht.)

Stuttgart, 23. August.

Die Kommission zur Beratung des Punktes „Der Militarismus und die internationalen Konflikte“ trat heute nachmittag 3 Uhr zur Entgegennahme der Vorschläge der Subkommission zusammen.

Berichterstatter Vandervelde - Belgien

teilt mit, daß die Subkommission sich nach langer Diskussion auf eine Resolution geeinigt habe. Diese habe zwar den Fehler, daß sie vielleicht zu lang sei, aber im anderen Falle hätte sie den noch ärgeren Fehler haben müssen, ungenau zu sein. Die Kommission habe weniger eine Formel für die Zukunft geben, als feststellen wollen, was bereits geschehen sei.

Dr. Adler - Wien

verlas die deutsche Fassung und teilte ergänzend mit, daß die Resolution einstimmig beschlossen worden sei. (Beifall.) In der Resolution sei die Fülle der Anregungen, die in der Kommission gegeben wurden, berücksichtigt, die Differenzen abgeschwächt und volle Einstimmigkeit erzielt worden, wodurch allein sie schon von der größten Bedeutung für die Sozialdemokratie sei.

Russel Smart - England

protestierte im Namen der englischen Arbeiterpartei gegen jenen Passus, der von der Volkswehr handle.

Dr. Adler - Wien

erwiderte, daß von „Volkswehr“ nur in dem Zusammenhange gesprochen sei, daß dort, wo stehende Heere bestehen, sie durch eine Miliz ersetzt werden sollten.

Vandervelde - Belgien

erklärte, er lege Wert darauf, den Engländern und Amerikanern mitzuteilen, daß England und Amerika damit nicht gemeint seien und daß der Berichterstatter im Plenum das ausdrücklich erklären werde.

Die Resolution wurde hierauf einstimmig angenommen und Vandervelde zum Berichterstatter für das Plenum gewählt. Die Resolution lautet:

„Der Kongress bestätigt die Resolutionen der früheren internationalen Kongresse gegen den Militarismus und Imperialismus und stellt aufs neue fest, daß der Kampf gegen den Militarismus nicht getrennt werden kann von dem sozialistischen Klassenkampf im ganzen.“

Kriege zwischen kapitalistischen Staaten sind in der Regel Folgen ihres Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt, denn jeder Staat ist bestrebt, sein Absatzgebiet sich nicht nur zu sichern, sondern auch neue zu erobern, wobei Unterjochung fremder Völker und Länder eine Hauptrolle spielt. Diese Kriege ergeben sich weiter aus den unauflösbaren Widersprüchen des Militarismus, der ein Hauptwerkzeug der bürgerlichen Klassenherrschaft und der wirtschaftlichen und politischen Unterjochung der Arbeiterklasse ist.

Wegfallt werden die Kriege durch die bei den Kulturkriegen im Interesse der herrschenden Klassen systematisch genährten Vorurteile des einen Volkes gegen das andere, um dadurch die Massen des Proletariats von ihren eigenen Klassenaufgaben sowie von den Pflichten der internationalen Massenolidarität abzuwenden.

Kriege liegen also im Wesen des Kapitalismus; sie werden erst aufhören, wenn die kapitalistische Wirtschaftsordnung beseitigt ist oder wenn die Größe der durch die militärtechnische Ent-



Widmung erforderlichen Opfer an Menschen und Geld und die durch die Klüftungen hervorgerufene Empörung die Völker zur Befreiung dieses Systems treibt.

Daher ist die Arbeiterklasse, die vorzugsweise die Soldaten zu stellen und hauptsächlich die materiellen Opfer zu bringen hat, eine natürliche Gegnerin des Krieges, der im Widerspruch zu ihrem Ziele steht: Schaffung einer auf sozialistischer Grundlage beruhenden Wirtschaftsordnung, die die Solidarität der Völker bewirkt.

Der Kongress betrachtet es deshalb als Pflicht der arbeitenden Massen und insbesondere ihrer Vertreter in den Parlamenten, unter Kennzeichnung des Klassencharakters der bürgerlichen Gesellschaft und der Triebfeder für die Aufrechterhaltung der nationalen Gegensätze, mit allen Kräften die Klüftungen zu Wasser und zu Lande zu bekämpfen und die Mittel hierfür zu verteidigen, sowie dahin zu wirken, daß die Jugend der Arbeiterklassen im Geiste der Völkerverbrüderung und des Sozialismus erzogen und mit Klassenbewußtsein erfüllt wird.

Der Kongress steht in der demokratischen Organisation des Heerwesens, der Volkswehr an Stelle der stehenden Heere, eine wesentliche Garantie dafür, daß Angriffskriege unmöglich und die Ueberwindung der nationalen Gegensätze erleichtert wird.

Die Internationale ist außerstande, die in den verschiedenen Ländern naturgemäß verschiedenen, der Zeit und dem Ort entsprechenden Aktionen der Arbeiterklasse gegen den Militarismus in starrer Form zu bannen. Aber sie hat die Pflicht, die Bestrebungen der Arbeiterklasse gegen den Krieg möglichst zu verstärken und in Zusammenhang zu bringen.

Tatsächlich hat seit dem Internationalen Kongress in Brüssel das Proletariat in seinen unermüdbaren Kämpfen gegen den Militarismus durch die Verweigerung der Mittel für Klüftungen zu Wasser und zu Lande, durch die Bestrebungen, die militärische Organisation zu demokratisieren, mit steigendem Nachdruck und Erfolg zu den verschiedensten Aktionsformen gegriffen, um den Ausbruch von Kriegen zu verhindern oder ihnen ein Ende zu machen, sowie um die durch den Krieg herbeigeführte Aufrüttelung der Gesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse auszunutzen.

So namentlich die Verkündigung der englischen und französischen Gewerkschaften nach dem Fashodabfall zur Sicherung des Friedens und zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen England und Frankreich; das Vorgehen der sozialdemokratischen Parteien im deutschen und im französischen Parlament während der Marokkofrise; die Kundgebungen, die

zum gleichen Zweck von den französischen und deutschen Sozialisten veranstaltet wurden; die gemeinsame Aktion der Sozialisten Oesterreichs und Italiens, die sich in Triest versammelten, um einem Konflikt der beiden Staaten vorzubeugen; weiter das nachdrückliche Eingreifen der sozialistischen Arbeiterklasse Schwedens zur Verhinderung eines Angriffs auf Norwegen; endlich der heldenhafte opferwillige Kampf der sozialistischen Arbeiter und Bauern Rußlands und Polens, um sich dem vom Jargonismus entseelten Krieg zu widersetzen, ihm ein Ende zu machen und die Krise des Landes zur Befreiung der arbeitenden Massen auszunutzen.

Alle diese Bestrebungen legen Zeugnis ab von der wachsenden Macht des Proletariats und von seiner wachsenden Kraft, die Aufrechterhaltung des Friedens durch entschlossenes Eingreifen zu sichern; die Aktion der Arbeiterklasse wird um so erfolgreicher sein, je mehr die Geister durch eine entsprechende Aktion vorbereitet und die Arbeiterparteien der verschiedenen Länder durch die Internationale angespornt und zusammengeführt werden.

Der Kongress ist der Ueberzeugung, daß unter dem Druck des Proletariats durch eine ernsthafte Anwendung der Schiedsgerichte an Stelle der kläglichsten Verhandlungen der Regierungen die Wohlthat der Abrüstung den Völkern gesichert werden kann, die es ermöglichen würde, die enormen Aufwendungen an Geld und Kraft, die durch die militärischen Klüftungen und die Kriege verschlungen werden, für die Sache der Kultur zu verwenden.

Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Massen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Bureaus, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel den Ausbruch des Krieges zu verhindern, die sich je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es die Pflicht, für dessen rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dahin zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Befreiung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

### Soziales.

#### Gesundgratier.

Die „Vaugewerkszeitung“ bringt in ihrer Nummer 67 vom 21. August 1907 an leitender Stelle einen Aufsatz über „Altenhäuser in Finnland“, der den aufblühenden eigentümlichen Häuserbau auf genossenschaftlicher Grundlage in Finnland beschreibt. Herr Jellisch leiht sich dazu folgende seinem sonstigen rücksichtlichen und antisozialen politischen Auftreten allerdings völlig entsprechende Glossen.

„In Deutschland, namentlich in Preußen aber werden diese Bestrebungen von der Regierung in ungerechtfertigter Weise unterjocht. Diese Vaugenossenschaften werden durch billigen Staatskredit in den Stand gesetzt, billigere Wohnhäuser zu bauen, wie die anderen privaten Vaugewerke, da diese Vereinigungen billigere Hypotheken und auch sonstige Vergünstigungen durch die Hilfe des Staates erhalten. Diese Genossenschaften bilden daher eine schwere Konkurrenz für die Vaugewerksmeister, weshalb auch bereits der „Jünglingsverband deutscher Vaugewerksmeister“ gegen diese Bevorzugung der Vaugenossenschaften eine ausführliche Eingabe im Jahre 1904 an die Ministerien gerichtet hat, die aber bisher leider ohne Erfolg geblieben ist.“

Wie tief muß die „Vaugewerks-Zeitung“ bzw. Herr Jellisch, abgesehen von dem hervorragenden sozialen Verständnis, das obige Führgemerkung so klar bekundet, die preussische Staatsregierung einschätzen, wenn sie sich wundert und beklagt, daß die Regierung in diesem Falle das Interesse der Allgemeinheit nicht dem Sonderinteresse einiger Weniger opfert!

### Aus der Frauenbewegung.

#### Versammlungen — Veranstaltungen.

Berlin. Mittwoch, den 28. August, im „Neuen Klubhaus“, Kommandantenstraße 72: Berichterstattung vom internationalen Kongress und von der internationalen Frauenkonferenz.  
Weißensee. Montag, den 26. d. Mts., 8 1/2 Uhr, bei Ulrich, Röllstraße 20: Vortrag, Genosse Stern: „Der Grundgedanke der Frau-Dichtung von Goethe“.

Unserem Parteigenossen  
**Albert Eisenhauer**  
und seiner Frau die herzlichsten Glückwünsche zur heutigen Silberhochzeit der heiligsten Lebensjahre.  
Die Bezirksführer  
der VII. und VIII. Abteilung.

Unserem ersten Vorsitzenden  
und seiner Gattin  
zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche!  
**Spar-Verein Ebbe.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Metallarbeiter  
**Paul Scholle**  
an Herzleiden gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute, Sonntag, den 24. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bittet  
Die Ortsverwaltung.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Glühler  
**Karl Neumann**  
am 21. August an Bauchfellentzündung gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet morgen, Sonntag, den 25. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes in Weißensee aus statt.  
Rege Beteiligung erwartet  
147/11 Die Ortsverwaltung.

**Frische grüne Paprika**  
Vb. 30 Pf., bei größerem Quantum billiger!  
Ludanyi, Cranienstr. 85/86.

## Eröffnung der Herbst- und Wintersaison!

Besichtigung behuts Orientierung über Preise u. Chic sehr zu empfehlen!!  
Hocheleg. reizende Neuheiten in Plüsch- und Pelzkonfektion, Kostümen, Röcken, Blusen usw.  
Orig.-Modelle Paris - Wien - American - Kopien. Sehr günstige Gelegenheitskäufe  
**Große Auswahl** auch für allerstärkste Figuren vorrätig.  
Ferner: **Total-Ausverkauf** der Frühjahrs- und Sommerbestände  
in Staub-, Regen-, Uebergangs- und Seidenmänteln, Taffjacketts, Kleidern, Kostümen, Röcken, Blusen usw.  
in **6 Serien** nun  $\frac{1}{4}$  des Wertes und mehr ermässigt

1.	2.	3.	4.	5.	6.
früher bis M. 23.—	M. 40.—	M. 72.—	M. 108.—	M. 160.—	M. 200.—
Jetzt M. 5.50	M. 9.50	M. 18.—	M. 26.—	M. 35.—	M. 48.—

— Diese überaus günstige Gelegenheit versäume Niemand. —  
Wegen des kolossalen Andranges nachmittags orbite Besuch mögl. vormittags.

### Konfektionshaus Westmann

Hauptgeschäft: Berlin W., Mohrenstr. 37a, an den Kolonnaden, unweit Ecke Jerusalemstr.  
Filiale: Berlin O., Gr. Frankfurterstr. 115, an der Androastraße.

**Sehr großes Trauermagazin.**

**Nachruf!**  
Unser mehrjähriger Mitarbeiter, der Bureaubeamte  
**Herr Bruno Borck**  
ist am 19. d. Mts. nach kurzer schwerer Erkrankung im Alter von 30 Jahren in Neu-Ruppin während einer Urlaubreise verstorben. Wir verlieren in dem Verbliebenen einen Beamten, der unermüdbare Pflichttreue und Arbeitsfreudigkeit besaß und der sich dadurch ein dauerndes ehrendes Andenken bei uns gewahrt hat.  
Charlottenburg, 22. August 1907.  
**Der Vorstand**  
der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbetriebe Charlottenburgs.  
24386

**Verband der Portefeullier.**  
Zahlstelle Berlin.  
Am Donnerstag, den 22. August, verstarb nach langem schwerem Krankenlager unser langjähriger Mitglied, der Kollege  
**Otto Jurisch**  
im Alter von 32 Jahren.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 25. August, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Thomaskirchhofes in Hildorf, Hermannstraße, aus statt. Um rege Beteiligung bittet  
Die Ortsverwaltung.

Am 19. d. M. verstarb nach kurzem schweren Leiden unser Kollege  
**Bruno Borck.**  
Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen lieben, treuen Kollegen, dem wir stets ein ehrendes Gedenken bewahren werden.  
Charlottenburg, 22. Aug. 1907.  
Die Beamten der allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbetriebe Charlottenburgs.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Möbelpolierer  
**Franz Petscheck**  
am 20. August verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute Sonntag, den 24. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Markus-Kirchhofes in Wilhelmshagen aus statt. Um rege Beteiligung ersucht  
93/3 Die Ortsverwaltung.

**Danksagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung und die vielen Kranzsenden bei der Beerdigung meines Mannes und Vatered sagen wir hierdurch allen Verwandten und Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
24326  
**Frau Kurgas nebst Sohn.**  
**Dr. Schünemann**  
Spezial-Arzt für 54272\*  
**Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.**  
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr. 10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III. 1230. Verwaltungsstelle Berlin. Charitéstraße 3. Haupt-Bureau: Hof III. Amt III. 1987.

Montag, den 26. August 1907, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
im **Palast-Theater** (früher Feenpalast), Burgstraße 24.

**Tages-Ordnung:**  
1. Kassenbericht und Bericht der Revisoren.  
2. Reumahl des 2. Bevollmächtigten, des 1. Kassierers, eines Beisizers und vier Revisoren.  
3. Der Uebertritt der Graveure und Bisleure.  
4. Anträge der Ortsverwaltung und an die Verwaltung gelangte Anträge.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt. 147/8  
Zahlreichen Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

## Verband der haugewerbl. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Zweigverein Berlin und Umgegend.  
Telephon: Amt IV Nr. 4493. Verbandsbureau: Engel-Ufer 16, pt. Telephon: Amt IV Nr. 4493.

Sonntag, den 25. August 1907, vormittags 10 Uhr:  
(Lokal wird in der Sonntag-Nummer bekannt gegeben)  
**Mitglieder-Versammlung.**

**Tages-Ordnung: 1. Situationsbericht. 2. Diskussion.**  
Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Eintritt!  
Recht regen Besuch erwartet 47/6 Der Zweigvereinsvorstand.

## Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands

Filiale Berlin II.

Sonntag, den 25. August 1907, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:  
**General-Versammlung.**

**Tages-Ordnung:**  
**Stellungnahme zur Ablehnung unserer Forderung.**  
Pflicht eines jeden Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
180/6 Die Ortsverwaltung.  
Mitgliedsbuch legitimiert.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Möbelpolierer.

Donnerstag, den 29. August 1907, abends 8 Uhr, im Lokal von Anton Boeker, Weberstraße 17:  
**Branchen-Versammlung**  
der Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Beizer.

**Tages-Ordnung:**  
1. Die Gründung der freien Vereinigung der Möbelpolierer und ihre Bedeutungslage im wirtschaftlichen Kampf. 2. Diskussion. 3. Der partiielle Nachweis und unsere Arbeitsvermittlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
Da ein Beschluß betreffend unsere Arbeitsvermittlung gefaßt werden soll, ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.  
Die Branchenleitung. H. v. R. Schreiber, Berlin S. 59, Rathaus-Ufer 7.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.

### Möbelpolierer.

Donnerstag, den 29. August 1907, abends 8 Uhr, im Lokal von Anton Boeker, Weberstraße 17:  
**Branchen-Versammlung**  
der Möbel- u. Stuhlpolierer sowie Beizer.

**Tages-Ordnung:**  
1. Die Gründung der freien Vereinigung der Möbelpolierer und ihre Bedeutungslage im wirtschaftlichen Kampf. 2. Diskussion. 3. Der partiielle Nachweis und unsere Arbeitsvermittlung. 4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.  
Da ein Beschluß betreffend unsere Arbeitsvermittlung gefaßt werden soll, ist das Erscheinen aller Kollegen erforderlich.  
Die Branchenleitung. H. v. R. Schreiber, Berlin S. 59, Rathaus-Ufer 7.



Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonntag, den 25., und Montag, den 26. d. Mts., findet in Wäldenbeck (Nieder-Barnim) das diesjährige Parteifest statt. Wir machen ganz besonders darauf aufmerksam, daß dortselbst nur die Lokale: „Gasthof zur Sonne“, Inhaber Ad. Baersch und Aug. Meyer in Buchhorst der Arbeiterkass zur Verfügung stehen; alle übrigen Lokale sind gesperrt. Die Lokalkommission.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntag, den 25. August, findet ein Familienausflug nach Grünau statt. Treffpunkt vormittags von 10 Uhr ab im Restaurant „Wendenschloß“ (bis-a-vis Grünau). Für diejenigen, welche erst nachmittags um 2 Uhr in Grünau eintreffen, ist der Treffpunkt Restaurant „Schmetterlingstasche“ (15 Minuten vom „Wendenschloß“), wo gemeinschaftliches Kaffeeloch stattfinden. — Da dieser Ausflug voraussichtlich der letzte in diesem Jahre ist, ersucht um recht rege Beteiligung. Der Vorstand.

Renewables. Morgen Sonntagvormittag von 9 bis 12 Uhr findet das Einlassieren von Beiträgen für den sozialdemokratischen Wahlverein in folgenden Lokalen statt: 1. Bezirk: Otto Nieme, Wallstraße 55; 2. Bezirk: Karl Gruhl, Priesterstr. 69; 3. Bezirk: Paul Junger, Großbeerenstr. 50. Um rege Beteiligung ersucht. Der Vorstand.

Wahlkreis a. d. Ostbahn. Am Sonntag, den 25. d. M., feiert der Wahlverein für Wahlkreis a. d. Ostbahn in dem einzigen und hier zur Verfügung stehenden Lokal des Herrn Schliefe, Hönowerstraße, sein drittes Parteifest. Der Vorstand hat sein Möglichstes getan, um den Besuch des Festes angenehm zu machen. Es werden deshalb die Genossen gebeten, für recht zahlreichen Besuch des Festes Sorge zu tragen.

Neuenhagen und Umgegend. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins fällt aus. Die Genossen werden ersucht, für die vom Gewerkschaftsartikel zum Sonntag, den 1. September einberufenen öffentlichen Versammlung fleißig zu agieren. Zu dieser Versammlung Sonntag, den 25. August, Handzettelverteilung. Treffpunkt bei H. Wänische, Bahnhofsstraße, früh 7 1/2 Uhr. Zahlreiche Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Königs-Wusterhausen und Umgegend. Wir machen die Partei- und Gewerkschaftsmitglieder Königs-Wusterhausens und Umgegend auf das am Sonntag, den 25. August, nachmittags 8 Uhr im Lokale des Herrn Bedhorn stattfindende Parteifest des Wahlvereins aufmerksam. Durch die Mitwirkung des Arbeiterturnvereins, des Athletenklubs und des Arbeitergesangsvereins „Froh Sinn“, Adlershof, sowie Kinderbelustigungen aller Art, werden den Genossen mit ihren Frauen und Kindern ein paar frohe Stunden geboten. Die Festrede hält Reichstagsabgeordneter Fritz Zubeil. Die Genossen werden ersucht, für zahlreichen Besuch Sorge zu tragen.

Berliner Nachrichten.

Das älteste Gemeindeforschhaus Berlins soll in absehbarer Zeit — so scheint es wenigstens — endlich außer Dienst gestellt werden. Es ist das Schulhaus in der Schulstraße, die einst nach ihm ihren Namen erhalten hat: das ehemalige Heim der alten „Weddingsschule“ auf dem Grundstück Schulstraße 14/15. Der Magistrat plant, auf einem in der Nähe gelegenen Grundstück an der Antonstraße ein großes Schulgebäude zu errichten, das drei Gemeindeforschhäuser aufnehmen soll. In das neue Haus soll dann auch die 245. Gemeindeforschschule übersiedeln, die gegenwärtig noch in dem Hause Schulstr. 14/15 untergebracht ist. Dieses kleine, schlichte „Weddingsschulhaus“ hat nun bald neun Jahrzehnte hindurch als Unterrichtsstätte gedient. Im Jahre 1821 wurde es draußen in der „Kolonie Wedding“ erbaut, die in jener Zeit noch nicht zum Stadtgebiet von Berlin gehörte. Der Bau wurde ausgeführt von der Stadt Berlin, die die Besitzerin der Kolonie war. Als dann im Jahre 1861 der Wedding nach Berlin eingemeindet wurde, avancierte das „Weddingsschulhaus“ zum Berliner Gemeindeforschhaus. Es hatte eigentlich schon damals nicht mehr in das aufstrebende Berlin hinein. Aber der Schulverwaltung unserer Stadt erschien es noch Jahrzehnte hindurch als „gut genug“ für eine Gemeindeforschschule und bis auf den heutigen Tag ist das armselige Häuschen mit seinen engen Räumen zur Verberberung von Gemeindeforschschulen benutzt worden. Wer es ansieht, der glaubt, nicht ein reichshauptstädtisches, sondern eher ein ostfälisches Schulhaus vor sich zu haben. Ob diese Restik aus Alt-Berliner Zeit, wenn das neue große Schulhaus an der Antonstraße einmal fertig sein wird, wirklich und endgültig ausgedient haben wird? Man muß es wünschen; aber vielleicht ist diese Hoffnung doch noch verfrüht. Das „Weddingsschulhaus“ hat im Laufe der Jahre schon so manche neu eröffnete Schule aufgenommen, die dann später in ein geräumigeres Schulhaus übersiedelte. Aber immer wieder wurde eine noch neuere Schule in die abbruchreife Wade hineingelegt, weil diese bei all ihrer Unzulänglichkeit als „immer noch gut genug“ galt.

Klagen über die Verkehrsverhältnisse an der Nordbahn. Der „Verkehrsausschuss an der Nordbahn“ hat in Hermsdorf eine Verammlung abgehalten, in der Amtsvorsteher Schmid über die Verkehrsverhältnisse auf der Nordbahn berichtete. Auf der Strecke Berlin-Dronienburg sei der Fernverkehr in den letzten Jahren derartig gestiegen, daß ein regelrechter Vorortverkehr kaum noch durchzuführen sei. Die Eisenbahnbehörde müsse schnellstens an den viergleisigen Ausbau der Nordbahn gehen; das liege auch im fiskalischen Interesse. Vor fünf Jahren habe man beispielsweise schon mit den Rosenthaler Bauern wegen des nötigen Landverkaufs zwischen den Stationen Reinickendorf-Rosenthal und Wittenau verhandelt. Der Preis von etwa 8000 Mark erschien damals der Eisenbahnverwaltung zu hoch. Heute gehöre das Land nicht mehr den Bauern, sondern Berliner Spekulant und sei dreimal so teuer. In der lebhaften Besprechung wurden alle möglichen Klagen vorgebracht. U. a. wurde folgendes erzählt: In Waldmannslust brach Feuer aus. Als die Wehr in vollem Trab zu der fraglichen Villa fuhr, kamen ein Fern- und gleich darauf ein Vorortzug. Der Bahnübergang wurde gesperrt, und die Feuerwehrleute mußten etwa 5 Minuten lang zusehen, wie jenseits das Haus brannte. Als sie endlich über die Schienen konnten, war von dem Feuer schon der ganze Dachstuhl erlosch! Die Verammlung beschloß, weiteres Material über die Zustände auf den einzelnen Stationen zu sammeln und der Eisenbahnbehörde einzureichen. Ferner soll eine Eingabe aller Amts- und Gemeindevorsteher wegen des viergleisigen Ausbaues und der Überlegung der Nordbahn an den Minister abgehandelt werden.

Es wird wiederholt davor gewarnt, Mietsverträge über Räume in neu erbauten oder umgebauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, zu welcher die von der Aufwertung des Hochbaues abzunehmende Frist von 6 Monaten für die Gebrauchsabnahmeprüfung noch nicht verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Beziehen der fraglichen Räume

nach den gesetzlichen Bestimmungen nicht dulden dürfen. Wie mitgeteilt wird, werden die Polizeibehörden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voraussichtlichen Termin der Beziehbarmachung von Wohnungen in neuen beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Der Ausflugsverkehr der Straßenbahn-Omnibusse wird morgen, Sonntag, weiter vermindert werden, so daß zwischen Berlin und Wannsee ein Zehnminutenbetrieb bestehen und besonders der Verkehr nach dem Freibad unterbunden wird. Die Wagen fahren auf jeder der drei nach Wannsee führenden Linien mit 30 Minuten Abständen, und zwar vom Brandenburger Tor nach Potsdam von 9.30 bis 11 Uhr vormittags und 1.15 bis 7.45 Uhr nachmittags; vom Brandenburger Tor nach Wannsee von 1.30 Uhr nachmittags bis 9 Uhr abends; vom Rollendorfsplatz nach Beelitzhof von 9 Uhr vormittags bis 9 Uhr abends. Außerdem sind noch die Linien Rollendorfsplatz—Ostsee-Tempelhof, Charlottenburg (Wilhelmsplatz)—Jungfernheide, Alexanderplatz—Liesersee—Wandlitz und Ziegel—Schulzendorf in Betrieb.

Im Schlafe gestört wurden in der Nacht vom vergangenen Sonntag zum Montag plötzlich die Anwohner des Parianenplatzes. In den frühen Morgenstunden zwischen 2—3 Uhr marschierte, wie uns Bewohner der Gegend mitteilen, eine Militärabteilung, anscheinend zur Feldübungsübung, laut singend vorüber, so daß eine Anzahl Bewohner aus dem besten Schlafe gestört wurden. Die Truppengattung konnte, da es noch finster war, nicht erkannt werden. Aufgeschreckt eilten die Bewohner an die Fenster, um zu sehen, was eigentlich passiert sei, da sie sich nicht denken konnten, daß Militär das Recht hat, was jedem Bürger verboten ist, nämlich ruhestörenden Lärm zu verursachen. Ein sich beschwerender Befehl gibt an, selbst Soldat gewesen zu sein, aber nie habe der Hauptmann seiner Kompanie, obwohl er ein großer Freund des Gesanges war, gebuddelt, daß die Bewohner in ihrer Nachtruhe gestört wurden. Sobald die Kompanie zwischen 6—7 Uhr in die Nähe eines Dorfes gekommen sei, mußte der Gesang eingestellt werden. Sider ein vernünftiger Standpunkt. Sollte der in der fraglichen Nacht mit seinen Soldaten vorüberziehende Hauptmann oder Vorgesetzte nicht auch so verständig sein, den ruhestörenden Lärm zu unterlassen? Schließlich hat ja auch das Militär kein Recht dazu, für diejenigen, die den Tag über schwer arbeiten müssen, ist es gerade nicht angenehm, im besten Schlafe gestört zu werden, um dann schließlich nicht wieder einzuschlafen. Es ist nicht das erste Mal, daß wir Beschwerden dieser Art veröffentlicht haben. Vielleicht nimmt die Militärbehörde einmal Veranlassung, diesen lästlichen Lärm zu verbieten.

Dem Kinder-Parteifest eine echt „patriotische“ Weiche zu geben, hielt am Sonntag der Hausverwalter und Steuerheber Herr Langhoff, Thaeerstr. 22, für seine Pflicht. Er brachte, da es nun einmal bei unseren patriotischen Männern nicht anders üblich ist, auch das nötige Hoch aus. Doch als Herr L. merkte, daß sich die Mieter durch ihn wenig begeistern ließen, verduftete er sich. Wahrscheinlich wollte er mit einem für seine Mühe undankbaren Publikum nicht mehr weiter feiern. Am Montagabend kam es nun zu einer kleinen Nachfeier auf dem Hofe, und was Herr L. am Abend zuvor recht war, schien einem Mieter billig zu sein. Es brachte mit einem Male jemand ein Hoch auf August Bebel aus. Dem Feiernmann soll es der Herr L., wie uns mitgeteilt wird, übel angetan haben. Wie konnten die Mieter auch den Hausverwalter so aus der Jade bringen.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Privatautomobil und einem Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittags gegen 1/4 12 Uhr auf der Altenbrücke. Ein von dem Konteur Bremer gesteuertes Automobil stieß dort gegen die linke Vorderperonnele des aus entgegengekehrter Richtung kommenden Straßenbahnwagens Nr. 1584 der Linie 18 (Richtung Götter Bahnhof). Bei dem Zusammenprall wurde der Insasse des Kraftwagens, der Chauffeur Paul Kesselhut, Hasanenstr. 17 wohnhaft, auf das Straßenpflaster geschleudert und erlitt eine Kopfverletzung sowie innere Verletzungen. Er wurde nach der Charité übergeführt. Der Lenker des Automobils kam mit unerheblichen Hautabschürfungen davon. Beide Gefährte wurden stark beschädigt.

Tödlicher Absturz vom Dach. Auf dem Grundstück Belle-Alliancestraße 12 hat sich gestern nachmittags ein bedauerlicher Unglücksfall zugetragen. Im diesen Stadtwert hatte der Klempnermeister Wehring aus der Hauptstraße 32 in der Nähe der Hauptstraße gearbeitet. Er hatte sich bei der waghalsigen Beschäftigung nicht angeleitet. Plötzlich verlor er das Gleichgewicht und stürzte kopfüber in die Tiefe. Mit zerbrochenen Gliedern blieb der Verunglückte auf dem Hofe liegen. In bewußtlosem Zustande wurde er nach dem Krankenhaus am Urban gebracht. Die Verletzungen, die sich W. bei dem Sturze zugezogen hat, sind so schwerer Natur, daß an ein Aufkommen nicht zu denken ist.

In der Blathenschen Mordsache sind die Ermittlungen der Kriminalpolizei insofern auf einen toten Punkt angelangt, als die anfänglich so schwerwiegend erscheinenden Belastungsgründe gegen den des Raubmordes verdächtigen Berliner Kasimir Sopolinski im Laufe der Untersuchung bedenklich zusammengeschrumpt sind. Zwar haben die wenigen in Betracht kommenden Zeugen, denen S. in den verschiedensten Bekleidungen vorgeführt worden ist, diesen jedesmal als den von ihnen am Mordtage beobachteten Begleiter der Ermordeten wiederzuerkennen geglaubt; es ist dem S. jedoch nicht allein gelungen, sein Alibi nachträglich glaubhaft nachzuweisen, sondern es sind auch weitere wesentliche Belastungsmomente, wie der ominöse, an der Nordstraße vorgefundene Kalender usw. bei genauer Prüfung als nicht sichhaltig befunden worden. Dagegen glaubt man nunmehr auf Grund der bisherigen Nachforschungen dem wirklichen Täter auf der Spur zu sein; man kennt auch bereits seine Persönlichkeit, es ist dem Betreffenden jedoch bis zur Stunde gelungen, sich den Nachforschungen der Kriminalpolizei zu entziehen. — Die Entlassung des noch in Untersuchungshaft befindlichen Sopolinski soll unmittelbar bevorstehen.

Zwei wertvolle Fuhrwerke sind gestern von Wagenmardern gestohlen worden. Vor dem Hause Heiligegeiststr. 28 hatte ein Kollwagen der Expeditionsfirma Verhard, Neue Königsstr. 60, gehalten. Während nun der Aufscher Barenballen nach dem Hofe transportierte, sprang ein dreierer Bursche auf den Bod des Gefährtes, hieb auf die Pferde ein und fuhr in wildem Galopp davon. Er entkam auch mit seiner Beute. Der Wagen war mit zwei wertvollen Pferden bespannt und mit mehreren Ballen Wolllwaren beladen gewesen. — Einem zweiten Wagenmarder fiel ein Landauer, der dem Schlächtermeister Hermann, Weinbergweg 6, gehörte, zur Beute. In einem unbewachten Augenblick fuhr der Dieb mit dem Gespann davon und entkam auch leicht.

Das mysteriöse Verschwinden eines jungen Mannes beschäftigt gegenwärtig die Kriminalpolizei. Der 19 Jahre alte Arbeiter Schüttele aus der Schulstr. 6 in Ziegel wurde am Sonnabendvormittag auf seiner Arbeitsstelle, einer Fabrik in der Brandenburgerstraße, an das Telefon gerufen, und eine ihm bekannte Person teilte ihm mit, daß seine Mutter plötzlich schwer erkrankt sei und ihn bitten lasse, unverzüglich nach Hause zu kommen. Sofort ließ sich der junge Mann seinen Lohn auszahlen und machte sich auf den Weg. Bei seiner Mutter ist Sch. jedoch nicht eingetroffen und die Ermittlungen der sofort benachrichtigten Kriminalpolizei haben ergeben, daß der Vermittler beim Verlassen der Fabrik von einem bisher unbekanntem Manne erwartet wurde. Allem Anscheine nach ist Franz Schüttele von dem Fremden verkleidet und das Opfer eines Verbrechens geworden.

Ein dreierer Diebstahl wurde gestern vormittag in der Breitestraße verübt. Die Frau des Markthallen-Inspektors W. aus der

Frankfurter Allee war eben im Begriff, nach der Sparkasse zu gehen, um 100 M. einzuzahlen. Als sie in der Breitestraße etwas an ihren Kleidern in Ordnung bringen wollte, stellte sie den Pompador, in welchem sich das Sparkassenbuch und Portemonnaie befand, achtlos beiseite. Diesen Augenblick benutzte ein Spießbube, den Pompador an sich zu nehmen und auf und davon zu rennen. Die Frau hatte nun nichts eiligeres zu tun, als nach der Sparkasse zu gehen, um das Buch sperren zu lassen. Doch hier mußte sie zu ihrem Schreck erfahren, daß der Dieb bereits 100 Mark auf das Buch geholt hatte.

Die Explosion im Stadtbahnbogen, die Donnerstagvormittag leicht großes Unheil hätte anrichten können, ist jetzt aufgeklärt. Der Schlossermeister Artur Ladegast aus der Melandthofstraße 17 übernahm vor Jahren von seinem Vorgänger mit der Werkstatt in dem Stadtbahnbogen 410, am Bahnhofs Bellevue, auch allerhand Gerümpel, unter dem sich als altes Eisen auch eine Granate befand. Der alte Blindgänger war schon ganz verrostet und lag bald hier, bald da. Erst kürzlich brachte ihn der Schlosser Max Gehcke aus der Klosterstraße 19, ein Mann von 52 Jahren, durch Zufall in die Nähe des Schmiedefeuers. Dort blieb er nun unbeachtet liegen. Vorgesetzt wollte es der Zufall, daß ein Schmiedefunken gerade in die nicht verschlossene Handöffnung fiel. Jetzt pläzte die alte Granate und ihre umherliegenden Splitter zertrümmerten die Fensterscheiben der Werkstatt und verletzten gerade Gehcke am Kopf und am rechten Bein so erheblich, daß er von einem Arzt verbunden werden und nach Hause gehen mußte. Gefährlich sind aber die Wunden zum Glück nicht.

Aus Dalldorf und aus Buch entwichen sind wiederum drei Inoffiziere. Dem gemeingefährlich geisteskranken Franz Weder gelang es vor einigen Tagen, aus der Irrenanstalt in Dalldorf zu entkommen. Aus dem städtischen Arbeitshaus in Buch sind die beiden Hänglinge Hermann Ewas und Max Kubert entflohen. Ueber den Aufenthalt der drei Personen ist noch nichts bekannt.

Die unter der Chronik der Verschwindenen am Mittwoch registrierte angebliche 17jährige Charlotte Schödlitz aus der Breslaustr. 44 heißt Charlotte Schmißdorf.

Im Kaufhaus des Westens, Tauentzienstraße, erfolgt der Verkauf der Abonnementkarten für die Straßenbahn im Werte von 7,70 M., 10,20 M. und 20,40 M. vom 28. d. M. ab im Parkette am Spalier des Reisebüreaus.

Die Direktion der Trepower Sternwarte bittet uns, folgendes mitzuteilen: Im allen denen, die den neuen Kometen 1907 d, der Ende dieses Monats in den Strahlen der Sonne verschwindet, noch beobachten wollen, hierzu Gelegenheit zu bieten, bleibt die Trepower Sternwarte fast bis Mitternacht ausnahmsweise während der ganzen Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, also vom 24. zum 25. August, geöffnet. Der Komet erscheint erst gegen 3 Uhr morgens am östlichen Himmel; um die Wartezeit bis zum Erscheinen des Kometen auszufüllen, wird Direktor Dr. Archenhold abends 11 Uhr über den Kometen, der jetzt bereits einen Schweif von 2 Grad Länge zeigt, und über andere Objekte, die nach dem Vortrag bis zum Sichtbarwerden des Kometen beobachtet werden sollen, unter Vorführung zahlreicher Lichtbilder sprechen. Es sollen noch der Saturn, Jupiter, interessante Nebelwelten und Sternhaufen mit dem großen Fernrohr beobachtet werden. Nach Schluß des Instituts werden die Besucher zum ersten Stadtbahnhof nach der Station Trepow geführt oder auf Wunsch durch ein Auto in die Stadt befördert. — Am Sonntagvormittag um 5 Uhr spricht Dr. Archenhold über: „Einen Tag auf dem Monde“, abends 7 Uhr über: „Unsere Erde und ihre Atmosphäre“, Montagabend um 9 Uhr über: „Die Gebrige des Mondes“. Aus dem ersten Augustheft der illustrierten Zeitschrift „Das Weltall“, das in allen Hotels und Cafés ausliegt, ist die Beobachtungsordnung für das große Fernrohr zu ersehen.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Dachstuhlbrandes wurde die erste Kompanie nach der Königsstr. 45 gerufen. Der Dachstuhl des Vorderhauses sowie ein Teil des linken Seitenflügels standen dort in Flammen. Diese hatten an dem Inhalt der Bodenverschläge und der Dachkonstruktion des alten Hauses reiche Nahrung gefunden und bei Ankunft der Wehr schon eine gefährliche Ausdehnung erlangt. Brandinspektor Weder ließ gleich von mehreren Seiten angreifen und mit drei Schlauchleitungen von Dampfspritzen Wasser geben. Dadurch gelang es, die Flammen an weiterer Ausdehnung zu verhindern. Der Dachstuhl des Vorderhauses muß vollständig erneuert werden. Gleichzeitig mußte auf dem Giebelgiebel an der Schwedterstraße eine in Brand gesteckte Pappel abgelöscht werden. Der erste Zug rückte wegen Kurzschluß in einer Automobilgarage nach der Alexandrinenstraße 137 aus. Ein Schaltbrett und anderes brannte dort. In der Tegelerstr. 5 mußte der sechzehnte Zug ein Feuer löschen, das gestern früh durch Selbstentzündung in einem Geschäftsflecker ausgebrochen war. Ein kleiner Wohnungsbrand veranlaßte das Ausrücken der Feuerwehr nach der Kronenstr. 12/13. Auf der Unfallstation Kronenstr. 56 wurde ein Sauerstoff der Feuerweh bei einem Kranken mit Erfolg benutzt, nachdem alle anderen Mittel erfolglos gewesen waren. Ferner hatte die Wehr noch in der Ebertstr. 15 und anderen Stellen zu tun.

Vorort-Nachrichten.

Einbruchdiebstahl in die Steglitzer und Friedenauer Ordskrankenfälle.

Gestern nacht drangen mittels Nachschlüsseln Diebe in die Steglitzer Ordskrankenfälle im Parktergeschoß des Hauses Kiekerstraße 7 ein. Erst vor Jahresfrist hatten es ebenfalls Einbrecher versucht, dort aufzubrechen, waren aber damals in ihrer Arbeit gestört worden und geflüchtet. Gestern nacht hatten sie die größte Vorsicht walten lassen. Nachdem sie sämtliche Fenster und Türen verhängen hatten, um auch nicht den geringsten Mißschein nach außen gelangen zu lassen, gingen sie an die Arbeit. Sie bohrten den Geldschrank rings um das Schloß herum mit scharfen Stahlbohrern an und brachen dann das Schloß mit dem Stemmeisen heraus. Die Öffnung war jetzt groß genug, um den Inhalt des Schrankes zu fischen. Da erst kürzlich größere Gelddeträge an die Bank abgeführt worden waren, so fanden die Spießbuben nur 1700 M., und zwar 600 in Papiergeld und das übrige in Gold und Silber. Die Wertpapiere und Depositscheine, die gleichfalls im Geldschrank niedergelegt waren, haben sie unberührt gelassen. Von den übrigen Wertgegenständen des Hauses ist niemand auf die Vorgänge aufmerksam geworden. — In Friedenau liegen die Geschäftsräume gleichfalls im Parktergeschoß, und zwar nach dem Hofe des Grundstückes Rheinstraße 9 zu. Die Diebe verschafften sich hier in gleicher Weise wie in Steglitz Eingang in die Kassenzimmer. Doch trugten sie sich hier ihren Geldschrank einbruch leichter zu machen. Sie schmolzen unter Benutzung einer Sauerstofflampe ein Loch in die Stahlwände des Schrankes in unmittelbarer Nähe des Schloßes, das sie darauf mit Dynamit auseinanderprengten. Sie konnten nun mit leichter Mühe die zerbrochenen Trümmer der Tür herausbrechen. Auch hier nahmen die Diebe nur das Bargeld, etwa 1000 M. in Papier, Gold und Silber, mit sich. Den übrigen Inhalt, meist Sparkassenbücher, ließen sie liegen. Die unmittelbar über den Räumen der Kasse wohnenden Mieter wurden nachts gegen 2 Uhr durch fallendes Geräusch im Schloß geteilt, legten demselben aber, da es sich nicht wiederholte, keine weitere Bedeutung bei. Die Diebe entkamen auch hier, ohne eine greifbare Spur zu hinterlassen. — Ob es sich in beiden Fällen um dieselben Spießbuben handelt, ist unbekannt.



Charlottenburg.

Verein Freier Kindergarten. Auf das heute Sonnabend bei Kant, Ziegler Weg 33/39 (Waldhaus), stattfindende Kinder-Spielefest wird noch einmal aufmerksam gemacht. Anfang 8 Uhr.

Schöneberg.

Northen Smith eröffnet heute Sonnabend in der Hauptstraße, Ecke Klazienstraße, seinen Zirkus, der bereits vier Wochen in Berlin gastierte.

Treptow-Dammshulenbergweg.

Als ein Fahrraddieb entpuppte sich am gestrigen Tage ein gewisser Hing, Elbingerstr. 10, als derselbe in der Fahrradhandlung Gadowitz, Dammshulenbergstr., ein neues Rad zum Verkauf anbot. Der Umstand, daß er nur 50 M. für das im Werte von etwa 200 M. stehende Rad verlangte, ließ in dem Geschäftsinhaber den Verdacht rege werden, daß er es mit einem Fahrraddieb zu tun habe. Er versprach ihm das Rad abzukaufen und schickte auf die Polizei, während er sein Kind mit dem Bescheinigen eines Hundertmarktscheines beauftragte. Er wurde festgenommen, und nach langem Zeugnissen stellte es sich heraus, daß er das Rad in Storkow, wohin es die Fahrradfabrik erst geschickt hatte, gestohlen hatte. Erst nach Angabe eines falschen Namens wurde seine Wohnung und sein richtiger Name ermittelt.

Reinickendorf.

Schwer zu Schaden gekommen ist beim Verlassen eines in der Fahrt befindlichen Straßenbahnwagens vorgestern der in der Klitzstraße 25 wohnhafte Walter Reinhold Feuermann. Er hatte gegen 9 Uhr abends einen Wagen der Linie 32 zur Nachhausefahrt benützt und wollte vor seiner Wohnung den fahrenden Wagon verlassen. Er kam zu Fall und schlug mit dem Kopf so heftig auf das Strohpflaster auf, daß er bewußtlos liegen blieb. Der Verunglückte wurde nach dem Paul Gerhardsplatz gebracht, wo eine Gehirnerschütterung und schwere innere Verletzungen festgestellt wurden.

Die Drahtdiebe treiben trotz eifrigster Verfolgung durch die Polizei noch immer in der Umgebung Berlins ihre Wesen. So wurde in der verlassenen Kaserne in der Scharnweberstraße zwischen den Masten 5 und 7 die Telefonleitung durchgeschnitten und der Leitungsdraht von ca. 500 Meter Länge gestohlen. Beim Vergehen der Diebe mußten die Verdrehen wohl abstrakt worden sein, denn Polizeibeamte fanden gestern früh den gestohlenen Draht in der Ziegeler Seide, wo er unter Baumstäben verborgen lag. Den Dieben glaubt man auf der Spur zu sein.

Schöneiche.

Der Arbeiterturnverein in Schöneiche, der um seine Existenz mit den Gegnern immer noch schwer zu kämpfen hat, feiert am morgigen Sonntag im Waldschloß sein zweites Stiftungsfest. Der Vorstand des Bezirkswahlvereins ersucht die Genossen der in Betracht kommenden Orte, sich an dem Fest so viel als möglich zu beteiligen.

Potsdam.

Eine Erhöhung des Milchpreises beschlossen in der vorgestern nachmittag im Hotel Neumann abgehaltenen Sitzung die Milchhändler. Danach sollen vom 1. September ab für Vollmilch 22, für Magermilch 12 und bis zum polizeilichen Verbot des Verkaufes von Halbmilch für solche 17 Pf. pro Liter gefordert werden. Es würde demnach eine Erhöhung von 2 Pf. pro Liter erfolgen. Der Preis für Schlagmilch wurde auf 1,00, für Kaffee- und saure Sahne auf 1 M. festgesetzt. Zu widerhandlungen werden mit 100 Mark Konventionalstrafe für jeden Fall bestraft werden. Man sieht, daß auch die Potsdamer Milchhändler mit aller Strenge vom konsumierenden Publikum höhere Preise zu erzielen wissen.

Hohen-Schönhausen.

Das Opfer eines blutigen Raubmordes ist der Handlungsgehilfe Bergmann aus Hohen-Schönhausen und dessen Braut geworden. Das Paar hatte abends die Gärtnerstraße passiert. In der Nähe der Neumannschen Gärtnerei tauchten im Dunkel der Nacht plötzlich etwa zwanzig junge Wurzeln auf, die das Brautpaar durch schamlose Redensarten belästigten. In Anbetracht der starken Uebermacht zog es B. vor nicht zu antworten. Plötzlich fielen mehrere der Wurzeln über die Braut her. Die rohen Gefellen schlugen die Weibliche hinterrücks zu Boden und mißhandelten sie. Auch der Brautigam wurde niedergeschlagen. Auf die Hülfserufe der Ueberfallenen eilten Passanten hinzu, worauf die gewaltthätigen Mordbuben die Flucht ergriffen. Sie entkamen auch leider. Der Braut war bei dem Ueberfall die Handtasche mit dem Portemonnaie geraubt worden. B. sowohl als auch seine Begleiterin hatten beide schwere stark blutende Verletzungen davongetragen.

Zegel.

Die Gemeindevertretung nahm in ihrer letzten Sitzung davon Kenntnis, daß die erste Vorstandssitzung des Krankenhauszweckverbandes getagt hätte. Es ist bei dieser Gelegenheit festgestellt worden, wie viel Stimmen jede Gemeinde entsprechend ihrer Einwohnerzahl haben sollte. Demnach erhielt Reinickendorf 24, Zegel 14, Wittenau 6 und Rosenthal 5 Stimmen. Es ist weiter beschlossen worden, sich durch Beschaffung von anderen Krankenhäusern Kenntnisse über die Leitung und die Bestimmungen in anderen Krankenhäusern zu verschaffen. Als erstes war das städtische Charlottenburger in Aussicht genommen worden, dem Rantow folgen wird. Die Beschaffung der Schönebergerstraße mit Bäumen, und zwar von der Lindenallee der Germania bis zur Bernauerstraße, ist früher wahrscheinlich deshalb unterblieben, weil die Straße damals mitten durch den Wald führte. Die Bebauung des Geländes durch die Berliner Gasanstalt hat den Mangel der Bäume erst bemerkbar gemacht. Der Gemeindevorstand beantragte daher die Pflanzung von rund 120 Bäumen im Werte von etwa 6-7 M. auf der Straße. Die Gemeindevertretung stimmte dem in der Hauptsache bei. Genosse Gemeindevorstand Rodelle wollte versuchen, die Kosten für die Bäume von den Anliegern wieder zu erhalten, doch wurde ihm erwidert, daß dies nur bei Neuanlagen von Straßen möglich sei. Die Wasserabgabe an Privatleute in Waldmannslust, dem Zegel bisher nur Wasser zu Spreng- und Löschzwecken liefert, wurde zu gleichen Bedingungen wie den Abnehmern in 'Freie Scholle' genehmigt. Endlich wurde der Vertrag mit dem Kreis wegen des Hofens vorgelegt und durchberaten. Es wurde festgestellt, daß die Wünsche der Gemeindevertretung in dem vom Kreis gefertigten Entwurfe berücksichtigt worden sind, doch vor allem sämtliche Einnahmen der Gemeinde Zegel zuzuführen. Die Gemeindevertretung änderte nur wenige Ausdrücke. Sie wünschte aber, daß die Lieferung von elektrischer Kraft zum Betriebe und zur Beleuchtung an den Kreis ohne Zustimmung der Gemeinde von einem Dritten nicht erfolgen dürfe, ferner daß der Kreis etwaige durch seine Schuld entstandene Verunreinigungen des Hofens ebenfalls auf seine Kosten beseitigen lasse, und endlich, daß über dem als Inzucht bei Streitigkeiten aus dem Vertrage bezeichneten Kreisaustrich noch der Regierungspräsident als Berufungsinstante stehen sollte. Unter diesen Umständen wurde der Vertrag einstimmig genehmigt. In vertraulicher Sitzung wurden noch Mietsgesuche beraten, aber nichts beschlossen.

Die Leiche des am Sonntag im Zegel See ertrunkenen Architekten Haber mann von der Firma Wodwan u. Knauer ist gestern (Freitag) nachmittag gelandet und nach dem Zegel Friedhof geschafft worden. Die Leiche wird nach der Heimat des Toten, Soltau, geschafft werden. Wie übrigens sehr festgestellt ist, dürfte der Tod durch eigenes Verschulden des jungen Mannes erfolgt sein. Einmal hatte er kurz vorher gegessen, dann aber war er kaum, daß er die Aelcher abgeworfen hatte, schon im Wasser. Sein Freund, der ihn untergehen sah, war zu der Zeit noch nicht entsetzt, als das Unglück eintrat. Als Todesursache dürfte also ein Herzschlag sicher sein. Der Fall sollte aber allen Wadenden eine Warnung sein.

Gerichts-Zeitung.

Ein Prozeß gegen den Kaiser.

Der Verleger einer Berliner Theaterzeitung, welche täglich die Programme sämtlicher Theater und Konzerte bringt, erhielt eines Tages seitens der Intendantur der königlichen Schauspiele die Aufforderung, für diese den Nachdruck der Theaterzeitung zu unterlassen. Als dieses nicht fruchtete, wurde Klage gegen ihn wegen Vergehens gegen das Lit. Urh.-Ges. erhoben, und es erfolgte tatsächlich seine Verurteilung zu 50 M. Geldstrafe. Der Betroffene legte gegen dieses Urteil Revision ein, erhob aber nun gleichzeitig gegen den Kaiser als den Inhaber der königlichen Schauspiele bei dem für derartige Klagen zuständigen Geheimen Justizrat Klage mit dem Antrage, festzustellen, daß ihm der streitige Nachdruck nicht untersagt werden könne. Der Kaiser als Beklagter beschränkte sich nicht darauf, die Abweisung der Klage zu beantragen, er hob vielmehr Widerklage mit dem Antrage, dem Kläger bei Vermeidung einer Strafe von 300 M. den Nachdruck der Programme der königlichen Schauspiele zu untersagen, ihn aber auch zum Ersatz des der königl. Generalintendant durch den Vertrieb der Theaterzeitung zugefügten Schadens zu verurteilen. Die Klage hatte den Erfolg, daß der Beklagte in allen drei Instanzen verurteilt, seine Widerklage aber abgewiesen wurde. — Durch das Urberurteilgesetz sollen nur solche Werke geschützt werden, welche sich als Ausdruck einer individuellen geistigen Tätigkeit darstellen. Die rein objektive Anfertigung bestimmter Daten, ohne jedes individuelle Gepräge, wie sie die Theaterzeitung in der Regel darstellt, kann hiernach als ein zu schützendes „Schriftwerk“ im Sinne des Urheberrechtsgesetzes nicht angesehen werden. Die Aufforderung der königlichen Generalintendant, den Nachdruck zu unterlassen, konnte auch nicht damit begründet werden, daß Klager unrichtige Nachrichten verbreitet hätte. Es war allerdings vorgekommen, daß die Angaben der Theaterzeitung über die Aufführungen der königlichen Schauspiele nicht zuträfen, weil nachträglich eine Aenderung eingetreten war; trotzdem aber lag ein Verbreiten unwahrer Tatsachen nicht vor. Die Angaben der Zeitung waren zur Zeit der Aufnahme wahr und richtig. Sie verloren in den in Frage kommenden Fällen ihre Richtigkeit erst infolge nachträglicher Aenderungen, sie wurden dadurch veraltet, aber nicht unwahr. Denn so, wie in der Zeitung des Klägers angegeben, war die Aufführung tatsächlich angekindigt gewesen. Klager hatte nichts weiter getan, als daß er dem Publikum durch seine Zeitung die Kenntnis dessen vermittelte, was an den Bühnen zu sehen war. So wenig die Generalintendant selbst mit ihren dort angeschlagenen Theaterzetteln im Falle einer späteren Aenderung unwahrer Tatsachen verbreitet, so wenig hatte der Kläger es getan. — Die Widerklage mußte aus formellen Gründen abgewiesen werden, da der Geheimen Justizrat als ein Sondergericht für dieselbe nicht zuständig war. — Strafrechtlich ist übrigens der Inhaber der Theaterzeitung auch schuldig freigesprochen.

Ein trauriges Familienbild

entrollte eine Verhandlung, welche gestern die dritte Vertenstammer des Landgerichts I beschaffte. Wegen Entführung einer minderjährigen Person war die Frau Martha Kretschmer angeklagt. Die Vorgeschichte zu dieser Angelegenheit bildet eine kleine „Cheirung“, bei welcher die jegliche Angeklagte der leidtragende Teil war. Vor sieben Jahren verheiratete sich die Angeklagte mit dem Spediteur Paul Kretschmer. Die Ehe war anfänglich auch sehr glücklich, trotz des nicht unbedeutlichen Altersunterschiedes, der zwischen den Ehegatten bestand. Vor etwa zwei Jahren kam es aus Anlaß eines Streites zu Fälligkeiten und von diesem Zeitpunkt an herrschte steter Unfrieden. Das Verhältnis spitzte sich derart zu, daß schließlich Frau K. die Ehescheidungsklage gegen ihren Gatten erhob. Dieser erhob Widerklage wegen grober Verleumdungen. Der aus der Ehe entsprossene fünfjährige Knabe blieb vorläufig bei der Mutter. Das Vormundschaftsgericht bestellte sie zum Vormund des Kindes und forderte sie auch auf, wegen des Unterhaltes gegen den Vater Klage vorzugehen. In dem Ehescheidungsprozeß wurde die Angeklagte jedoch als der schuldige Teil erachtet und zwar wegen verführerischer grober Verleumdungen. Durch Beschluß des Landgerichts I wurde zugleich angeordnet, daß das Kind dem Vater zugewiesen werde. Mitte März wurde der Knabe durch einen Gerichtsvollzieher von der Mutter abgeholt und dem Vater zugeführt. Schon wenige Tage später verleitete die Liebe zu ihrem Kinde die Angeklagte zu einem unbedachten Schritt. Sie erwiderte vor der Wohnung ihres Ehemannes und verließ sich durch einen herbeigekommenen Schlosser Eingang, um ihr Kind wiederzusehen. Wie sie vor Gericht erklärte, habe sie damals nicht daran gedacht, den Knaben zu entführen, sondern sie habe ihn nur einmal wiedersehen wollen. Als aber das Kind bei ihrem Ausbruch sie unter Tränen gebeten habe: „Liebe Mama, geh doch, bitte, nicht weg. Rimm mich doch, bitte, mit, ich will nicht bei Papa bleiben“, habe sie es nicht über das Herz bringen können, den Knaben zurück zu lassen. Erst nach längerer Zeit gelang es mit Hilfe der Kriminalpolizei, den Aufenthaltsort des Kindes in Italien zu ermitteln, wo sich die Angeklagte bei einer bekannten Familie aufhielt. Der Staatsanwalt hielt mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagte keineswegs aus unedlen Motiven, sondern aus reiner Mutterliebe gehandelt habe, die niedrigste gefehlich zulässige Strafe von einem Tage Gefängnis als eine ausreichende Sühne. Das Gericht folgte jedoch den Ausführungen des Justizrates Jakobson, daß zwar objektiv eine Entführung vorliegt, nach subjektiver Hinsicht sich die Angeklagte der Rechtsmilderkeit ihrer Handlungsweise infolge der Verhaltung zum Vormund des Kindes nicht bewußt gewesen war, und erkannte auf kostenlose Freisprechung.

Vermischtes.

Schneefall im Riesengebirge. Eine ungewöhnliche Ueberladung wurde am Donnerstag den Besuchern des Riesengebirges zuteil. Bei einer Temperatur von 0 Grad trat in der frühen Morgenstunde ein ergiebiger Schneefall ein, welcher bald die Hochflächen und das Anieholz mit einer Zentimeter starken weißen Decke überzog. Der Schnee blieb fast den ganzen Tag liegen, da sich die Temperatur nur wenig über den Gefrierpunkt hob.

Von der Welle erfasst. Bei einem schrecklichen Unglücksfall hat Donnerstag der erst 15 Jahre alte Arbeiter Oskar Raitches aus Oberwalde den Tod gefunden. Der junge Mann war auf der Ziegelei von Will beschäftigt. Als er nachmittags eine Zentrifugalmaschine schmierem wollte, stieg er auf eine Leiter und während der Arbeit kam er der Welle einer in Betrieb befindlichen Maschine zu nahe. Er wurde von dem Schwungrad erfasst und mehrere Male herumgeschleudert. Arbeitskollegen eilten sofort herbei und befreiten den Unglücklichen. Er war jedoch so ernstlich zugerichtet worden, daß er nach kurzer Zeit starb. Er war der einzige Sohn und die Stütze seiner alten Mutter gewesen.

Ein Räuber nach vierzehn Jahren verhaftet. Nach vierzehn Jahren ist, wie dem „Berl. Tagebl.“ gemeldet wird, der Urheber eines schweren Verbrechens in Dortmund entdeckt worden. Im Oktober 1893 wurde in Dortmund eine Frau Dohle aus Soest tot aufgefunden, und alle Anzeichen deuteten darauf hin, daß die in keinem guten Rufe stehende Frau gewaltsam getötet und beraubt worden war. Die Angelegenheit verlief damals im Sande, da keine Beweise gegen irgendeinen Täter vorlagen. Jetzt ist das behördliche Ermittlungsverfahren wieder aufgenommen worden. Die jegliche Frau eines damals in Dortmund in Garnison liegenden Artilleristen hat in den letzten Tagen der Behörde mitgeteilt, daß ihr Mann ihr infolge von Gewissensbissen gestanden habe, damals das Verbrechen an der Dohle begangen zu haben. Der Beschuldigte ist verhaftet und hat bereits ein Geständnis abgelegt.

Gandesturz. In Danzig stürzte gestern mittag um 12 1/2 Uhr glühend das Haus Brodhaentengasse 47 vollständig ein. Die Ausräumungsarbeiten wurden sofort von der Feuerwehr in Angriff genommen. Es konnte aber noch nicht festgestellt werden, ob und wie viele Menschen verhaftet sind.

Wieder ein Touristenunglück. Drei deutsche Studenten, welche vorgestern einen Ausflug nach dem Diablot's unternehmen hatten, haben sich, wie aus Lausanne berichtet wird, verirrt. Einer von ihnen stürzte 500 Meter tief in den Abgrund. Seine Leiche konnte bisher nicht geborgen werden.

Öffentliche Bibliothek und Lesesäle zu unentgeltlicher Benutzung für jedermann, SW., Alexanderstr. 23. Geöffnet täglich von 5 1/2-10 Uhr abends, an Sonn- und Feiertagen von 9-1 und 3-6 Uhr. In den Lesesälen liegen zurzeit 515 Zeitungen und Zeitschriften jeder Art und Richtung aus.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, 25. August, vormittags 8 1/2 Uhr, im Rathsaal, Eingang Bödenstraße, Saal 109: Versammlung mit freireligiöser Vortrags- und Gesangsfeier. — Vormittags 10 1/2 Uhr in der Schule, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag des Herrn Adolf Stern: Der Sinn des Lebens. — Damen und Herren als Gäste sehr willkommen.

Kranke- und Sterbefälle der Metallarbeiter (S. S. 29 Hamburg, Altschule Baumshulenbergweg). Heute abend 8 1/2 Uhr bei H. Köding, Baumshulenbergstr. 67: Mitgliederversammlung.

Briefkasten der Expedition.

Patienten in Seelitz. Buch usw. Diejenigen unserer Abonnenten, die noch während des ganzen nächsten Monats in der Seelitz bleiben, wollen uns wegen der Uebermittlung von Freireiseproben sofort ihre Adresse einreichen, da bei verspäteter Bestimmung die ersten Nummern des neuen Monats von der Post nicht geliefert werden. Alle Adressen müssen jeden Monat neu eingeleitet werden.

Seelitzer Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion. (Großhandel.) Rindfleisch Ia 70-72 pr. 100 Pfd., IIa 64-69, IIIa 59-60. Bullenfleisch Ia 65-70, IIa 53-62, Rinde, fett 52-60, do. mager 40-50, Pfeffer 56-64, Bussen, dän. 52-63, do. holl. 0,00, Rindfleisch, Doppelfleisch 100-120, Mastfädel Ia 75-85, IIa 66-74, Kälber ger. gen. 47-59, do. holl. 0,00, dän. 0,00, Hammelfleisch Rostfleisch 82-84, Hammel Ia 77-81, IIa 71-76, Schaf 63-70, Schweinefleisch 64-70, Rindfleisch pr. Pfund 0,60-0,75, IIa 0,45-0,59, Rostfleisch Ia 0,45-0,55, do. IIa 0,25-0,30, Dammfleisch 0,55 bis 0,82, Wildschwein 0,25-0,40, Bratlinge 0,50, Kaninchen pr. Stck 0,50 bis 0,90, Wildenten pr. Stck 0,75-1,40, Aukenten pr. Stck 0,00, Rindfleisch, junge große 1,00-1,30, do. kleine 0,50-0,95, alle 0,20-0,90, Kober, alle, pr. Stck 1,40-2,40, IIa 1-1,30, do. junge 0,40-1,15, Tauben 0,80-0,95, italienische 0,00, Gänse pr. Stck 1,00-2,25, do. Hamburger pr. Stck 2,25-3,10, Gänse pr. Pfund 0,65-0,70, do. pr. Stck 2,75-4,25, do. Hamburger pr. Stck 0,75-0,80, do. Oberländer pr. Stck 0,55-0,68, Gänse pr. Stck 0,80-1,20, Gänse pr. Pfund 0,00, Gänse pr. 100 Pfund 107-119, do. mast 0,00, do. mittel und groß, mast 98-106, do. mittel 0,00, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kanter, mast 0,00, Schiele, groß 0,00, do. mittel 126-138, do. unsortiert 136-166, Kafe, groß 100, do. klein und mittel 103, mittel 108-112, do. unsortiert 100, do. groß-mittel 113, do. klein 0,00, Bohnen, mast 0,00, Korbwaren 0,00, Karpen, 60er-70er 0,00, do. 80er-100er 89-91, Mele, mast 48-72, Bunte Fische 67-91, Bars 99-100, do. klein 0,00, Karascheln 85-105, do. klein 0,00, Weiss 0,00, Weisste 0,00, Mast 0,00, Quappen 0,00, Amerikanischer Kaffee Ia neuer, pr. 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 90-100, do. IIIa 80, Seelitz 10-15, Mandern, Kiefer, Stiege Ia 2-6, mittel pr. Kiste 2, Damm Stiege 4-6, halbe Kiste 2-3, domm Ia Stck 9, IIa 1-3, Büdinge, Kiefer pr. Ball 2-3, Straßl, 3,50-5,00, Borch 0,50-0,90, Kafe, groß pr. Stck 1,10 bis 1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,80-0,90, Deringe pr. Stck 5-10, Schellfische Kiste 3-4,00, 1/2 Kiste 1,50-2, Sardellen, 1902er pr. Kiste 98, 1901er 96, 1905er 98, 1906er 90-95, Schottische Bohnen 1905 0,00, large 40-44, full 38-40, med. 36-42, deutsche 37-44, Gerlinge, neue Kaffee, pr. 1/2, To. 50-130, Sardinen, russ., Kaff 1,50-1,60, Bratlinge Kaff 1,20-1,40, do. Schaf (4 Liter) 1,40-1,70, Neumannen, Schaf 11, do. kleine 5-6, do. Kiefer 14, Kiefer pr. Stck, große 0,00, do. mittelgroße 10-18, do. kleine 5-6, do. unsortiert 8-10, Golliger groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Eier, Land, unsortiert pr. Stck 3,50-3,75, do. große 4,00, Butter pr. 100 Pfd. Ia 117-120, IIa 108-117, IIIa 100-108, ablaufende 90-95, Saure Gurken, neue, Stck 4,00, Westergurken 4,00, Kartoffeln pr. 100 Pfd. weiße runde 2,75-3,25, Blaue 3,25-3,75, Rollen 2,00 bis 2,50, Kernen 3,00-3,50, Porree, Stck 0,50-1,00, Meerrettich, Stck 5-15, Spinat pr. 100 Pfund 20-25, Sellerie, pr. Stck 2,00-6,00, Zwiebeln pr. 100 Pfd. 5,00-6,00, do. Perl 60,00-75,00, Charstotten 75,00-90,00, Vierkelle, grün, Schaf 0,75-1,00, Rostfleisch Stck 0,75-1,25, Kaffee, baar, neuer Stck 0,07-0,10, do. Kiefer Stck 2-4, Weisste, pr. 100 Pfund 3,00 bis 6,00, Karotten Kiefer, Stck 2,00-3,00, Wismutol pr. Stck 6,00 bis 12,00, Kaffee, Stck 6-12, Weisste 4-10, Namentol, Kiefer 100 Stck 8-14, do. Hamburger 100 Stck 0,00, do. Kiefer 100 Stck 8-18, Kaffee, Stck 4,00-6,00, Kaffee, Kiefer, Stck 3,00-4,00, Schoten pr. 100 Pfund 8-16, Pfefferlinge pr. 100 Pfd. 3-6, Steinpilze pr. 100 Pfund 18-20, Kaffee, pr. Stck 0,75 bis 1,00, Salat pr. Stck 1,50-2,50, Gurken, Gimmacher, Stck 14,00, do. böhmische Stck 0,00, do. Regulier Stck 2,00-4,50, Bohnen, grün, 100 Pfd. 4-10, Kaffee, pr. 100 Pfd. 8-25, Stachelbeeren, pr. 100 Pfund 0,00, Kaffee, pr. 100 Pfd. 12-15, Johannisbeeren, pr. 100 Pfd. 12-18, Preiselbeeren pr. 100 Pfd. 14-25, Kaffee, pr. 100 Pfund Kaffee 0,00, Schellfische 0,00, Schellfische 0,00, Kaffee 25-30, saure 15-25, Birnen, hal. 100 Pfund 14-40, Ziveler 35-40, Kaffee 4-13, Salander 19-28, Kaffee, Kiefer pr. 100 Pfd. 10-30, hal. in Kaffee zu 12 Stck 0,90-1,50, do. in Kaffee Ia pr. 100 Pfd. 20-55, do. IIa in Kaffee pr. 100 Pfd. 17-28, Kaffee, hal. pr. 100 Pfund 0,00, Kaffee, hal. pr. 100 Pfund 8-15, ung. 10-15, Kaffee 5-13, Gantenleiner Ia 20-35, do. IIa 15-20, Kaffee, hal. pr. 100 Pfund 10-20, Kaffeeclauden 15-30, Kaffee 10-16, ung. 10-18, Kaffee, Kaffee, 15-23, Weintrauben, franz., pr. 100 Pfd. 23-35, Italien 16-25, Kaffee, pr. Pfund 1-1,10, do. II 0,00, Kaffee, Kaffee, 300 Stck 10,00-20,00, do. 360 Stck 9,00-21,00, do. 300 Stck 6,00-12,00, do. 150 Stck 5,00 bis 8,00, Kaffee, geis., pr. 100 Pfd. 20,00-22,00, grün 0,00, Kaffee, pr. 100 Pfd. hal. 10-20, franz. 20-50, holl. 20-30.

Witterungsübericht vom 23. August 1907, morgens 8 Uhr.

Table with columns: Station, Temperatur, Wind, etc. for various locations like Ostpreußen, Brandenburg, etc.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. August 1907.

Kühl bei mäßigen westlichen Winden; veränderlich, öfters Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with columns: Wasserstand, am 22.8., seit 21.8., etc. for locations like Havel, Spandau, etc.

+) + bedeutet Hoch, - Fall, - \*) Unterpegel.



Zur Inhabt der Zigarette übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 22. August. Anfang 8 Uhr.  
Kgl. Opernhaus. Lohengrin. Anfang 7 Uhr.  
Neues königl. Opernhaus. Orpheus in der Unterwelt.  
Deutsches Theater. Robert und Bertram. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kammertheater. Frühling. Anfang 8 Uhr.  
Berliner. Die tanzenden Männehen. Anfang 8 Uhr.  
Festung. Die Stützen der Gesellschaft.

Schiller O. (Wallner-Theater.) Figaros Hochzeit.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater.) Der Weg zur Hölle.  
Neues Schauspielhaus. Kaffee. Anfang 8 Uhr.  
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Küchspielhaus. Zufarensieber.  
Zentral. Das Tagebuch einer Verlorenen.  
Kleines. Vater und Sohn.  
Westen. Haben Sie nichts zu verzeihen?  
Krieger. Fräulein Josefine — meine Frau.  
Thalia. Der Sechste. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Berliner Hof. Der große Unbekannte. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Nachmittags 4 1/2 Uhr: Er ist nicht eifersüchtig. Das vierte Gebot. Verbotene Wege.  
Metropol. Der Teufel lacht dazu.  
Metropol. Der Hochzeitstag. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Gebr. Herrnfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben.  
Voss. Bernhard. Spezialitäten.  
Wintergarten. Anne Dancrey. Agnost. komischer Jongleur.  
George B. Reno Company, amerikanische Exzentriker.  
Anne Dirksen.  
Olga Proobrajensky, Prima Ballerina, u. M. Legat, Solotänzerin v. d. kais. Hofoper in Petersburg.  
Papinta, amerikan. Phantasie- und Spiegeltänzerin.  
Kellino Truppe, in Venedig. The Hartleys, Springer. Der Biograph.

**Schiller-Theater O.**  
(Ballner-Theater)  
Moritz-Oper.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Figaros Hochzeit.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr  
bei halben Preisen:  
Die Afrikanerin.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Castiljole Heinrich Büchel:  
Der Troubadour.  
Montag, abends 8 Uhr:  
Zum letzten Male:  
Carmen.

**Schiller-Theater N.**  
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.  
Abends 8 Uhr: Der Weg zur Hölle.

**WINTER GARTEN**  
Anne Dancrey, Pariser Säng.  
The 8 English Girls,  
Gesangs- und Tanztroppe.  
Die 4 Barowskys, Akrobaten,  
"Die Bauernjungen im Walde".  
Le Roy Talma u. Bosco,  
Zauberer.  
Agnost, komischer Jongleur.  
George B. Reno Company,  
amerikanische Exzentriker.  
Anne Dirksen.  
Olga Proobrajensky, Prima  
Ballerina, u. M. Legat, Solotänzer  
v. d. kais. Hofoper in Petersburg.  
Papinta, amerikan. Phantasie-  
und Spiegeltänzerin.  
Kellino Truppe, in Venedig.  
The Hartleys, Springer. Der Biograph.

**DERNHARD ROSE THEATER**  
Dr. Frankfurterstr. 182.  
Im Garten, Anf. 4 1/2 Uhr:  
Das glänzende  
Musik-Programm.  
Sperrst. 50 Pf. Entree 30 Pf.  
Im Theater abends 8 1/2 Uhr:  
Der große Unbekannte.  
Sommerpreise.

**Gebr. Herrnfeld-Theater.**  
57 Kommandantenstraße Nr. 57.  
Anfang 8 Uhr.  
Billettdorverkauf 11-2 Uhr.  
Täglich: Die Novität  
Madame Wig-Wag  
Operetten-Burleske von Anton u.  
Donat Herrnfeld. Musik v. S. Thal.  
Dazu die Separat-Vorstellung  
Es lebe das Nachleben!  
mit den Herren Anton u. Donat  
Herrnfeld in den Hauptrollen.  
"Das Lied der Liebe" und das  
"Anekdoten-Couplet" aus der  
Operetten-Burleske "Mad. Wig-  
Wag" sind im Theater sowie in  
allen Musikalienhandlg. zu haben.

**W. Noacks Theater**  
Direktion: Rob. Oll. Brunnstr. 16.  
Große Extra-Vorstellung!  
Zum ersten Male:  
Der Lebensretter  
ober: Wohlton trägt Zinsen.  
Lebensbild mit Gesang in 3 Akten.  
Bei schlechtem Wetter: Vorst. im Saal.

**Passage-Theater.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Der große Verwandlungskünstler  
Arturo  
**Bernardi**  
! und das neue!  
großartige  
August-Programm.  
14 Attraktionen 14.

**Schweizergarten**  
Am Königstor. Am Friedrichshain.  
Straßenbahn 1, 2, 4, 17, 59, 62, 63 u. 74.  
Täglich:  
Theater-Vorstellung.  
Neue Spezialitäten.  
Kinematograph und Ball.  
Freier Damenanz.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Gartenstraße 13/15.  
Tägliche Leitung: Paul Milbitz.  
Täglich: Gr. Konzert, Theater  
u. Spezialitäten-Vorstellung.  
Jeden Montag: Sommerfest.  
Jeden Mittwoch:  
Die beliebtesten Kinderfeste.  
Jeden Donnerstag: Glanz-Tag.  
Die Stoffstücke sind täglich von  
2 Uhr ab geöffnet.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Die Gletscher der Hochgebirge und  
die Eiszeit unserer Heimat.  
Anwaltsenstr. 57-62: Sternwarte.  
Täglich geöffnet von 7 1/2-11 Uhr abds.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab nachm. 5 Uhr:  
Großes  
Militär-Doppel-Konzert.  
Eintritt 1 Mk., von abends  
6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter  
10 Jahren die Hälfte.  
Prot.: S. K. K. H. d. deutsche Kronpr.  
u. S. H. Herz. Joh. Albr. z. Mecklber.

**Deutsche Armee-Marine u. Kolonial-Ausstellung**  
Wannsee-Bhf. Friedmann.  
Heute Sonnabend:  
Kavallerie-Musikfest.  
6 Garde-Kavallerie-Kap.  
Eintritt 1 M.,  
Militär u. Kinder 25 Pf.,  
nach 7 1/2 Uhr 50 Pf.  
Ausstellungsgeld ber. zum Eintritt

**Walhalla-Variete-Garten**  
Weidenbergstr. 19/20, Koenigs-Lor.  
Neue Spezialitäten.  
Dressierte Bären.  
Anf.: Konzert 5; Vorstellung 7 Uhr.  
Bei ungünstigem Wetter  
Vorstellung im Theater 8 Uhr.

**Brunnen-Theater**  
Badstraße 58. Direkt.: Bornh. Rose.  
Täglich:  
's Lieserl.  
Sepp, Gemüthlicher, Bernhard Rofe.  
Spezialitäten ersten Ranges.  
Rosa und Jozsa Blazeks,  
die zusammengekommenen Schwestern.  
Paul Coradini,  
Anton Sattler, Jack-Theo-Trio.  
The Dammann Family.  
Kasseneröffnung 2 Uhr. Anf. 4 1/2 Uhr.  
Im Saal: Ball.

**Pröbels Allerlei-Theater**  
Schönb. Allee 148, Rostan-Allee 97/99.  
Bestes Volkstheater Berlins.  
Heute: Sommerachtsfest.  
Der große Riesen-  
August-Spielplan!  
Racingtruppe x Kramertrio  
Max Rös x Gullfron x Belfort.  
Im  
Paulas Beichte.  
Anf. 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.  
Ab 1. September: Karl Braun.  
Vorher: Gr. Galla-Vorstellung.  
Alle Frei- u. Ehrenkarten billigt.

**Volksgarten-Theater.**  
Bad-Beimstraße — Bahnhof Gesund-  
brunnen — Bollermannstraße.  
Die Weischenfee.  
Vollständ. m. Gesang in 2 Akten von  
W. Weiche. Musik von Max Schmidt.  
Dazu:  
Das neue  
Riesen-Spezialitäten-Programm.  
Volkstheatralische.

**Reichshallen-Theater.**  
Täglich:  
Stettiner Sänger.  
Britton  
als  
Aue im  
Familien-  
bad  
Wannsee.  
Anf. Bochert. 8. Sonntag 7 Uhr.

**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Roimar.  
Der Garten ist geöffnet.  
Sonntags, Montags,  
Donnerstags:  
Hoffmanns Nordd. Sänger  
u. Tannkränzchen.  
Morgen Sonntag, Montag  
und Donnerstag:  
Gr. Elite-Soireen.  
Hochaktuelles Programm.  
Sonntags Beginn 5, wochent. 8 Uhr.  
Brazt' Amerikanischer  
Affen-Zirkus  
a la Brockmann.  
Am Preussener Tor.  
Täglich: Gr. Vorstellung 8 1/2 Uhr.  
Küchertag Sonntags, freitags, Mit-  
woch u. Sonnabends nachm. 4 Uhr.  
Extra-Kinder- u. Familien-Vorstellung.

**CIRCUS**  
NORTON B. SMITH  
Schöneberg, Ecke Haupt- u. Akazienstr.  
Heute Sonnabend abends 8 Uhr:  
Gala-Premiere  
Raavemans Berl. Raubtierschule  
Schul- und Freiheitsspiele  
In nur Original-Dressuren.  
Feiner: 204/18  
Künstler u. Künstlerinnen, Clowns etc.

**Kinematograph**  
Theater lebender Photographien.  
1. Gehalt: Schönhauser Allee 115,  
Ringbahnstr. 2. Gehalt: Rant-  
straße 120/121, Ecke Krammstraße.  
Tägl. Dauer der Vorst. v. 5-11 Uhr:  
Reiz Vorführung neuester Sensationen.  
Um regen Besuch bittend  
24245\* H. Klingenberg.

Wir gehen zu  
**Castan, 165 Friedrichstr. 165**  
um das Neueste zu sehen — den  
**Rechtsanwalt Hau**  
und andere Sehenswürdigkeiten.

**Freie Turnerschaft Charlottenburg.**  
Am Sonntag, den 25. August, findet im Volkshaus, Rohmerstr. 3, das  
**4. Schauturnen**  
des Vereins Freie Turnerschaft Charlottenburg  
statt, wozu alle Freunde der Turnerei (ohne behördliche Genehmigung)  
recht zahlreich zu erscheinen eingeladen werden. Nach dem Schauturnen:  
Geselliges Beisammensein mit Tanz.  
05/16\*

**Diez' Spezialitäten-Theater.**  
Landsberger Allee 76-79.  
Direkt. a. d. Ringbahnstation. Dequente Fährgelegenheit u. allen Stadtricht.  
Ob schön! Täglich im herrl. Garten oder gr. Saal: Ob Regen!  
Riesen-Lachserfolg.

**Landsberger Allee auf Stelzen.**  
The Reros, konturlose  
Reuheit.  
Heinz Heuer, prolongiert.  
Dazu das neue brillante August-Programm.  
Anf. 8 Uhr. Kaffeezeit. Volkstheater, aller Art. Entree 20 Pf., Sonnt. 30 Pf.

**2 Dampfer-Extrafahrten**  
am Sonntag, 25. Aug., von der Waisenbrücke nach  
**Mohr's Strand-Restaurant**  
Tel.: Amt Grünau 70 (Richtershorn) Anf.: E. Mohr  
Schiff im herrlichen Wald und am Wasser gelegen, dicht vor Karolinenhof,  
halten Weg zwischen Grünau und Schmöckwitz.  
Abm. 9 Uhr morgens und 2 Uhr nachm. — Fahrpreis hin u. zurück 1 M.,  
ein. Fahrt 50 Pf., Kinder die Hälfte. Abm. "Café allen" jede Fahrt 1/2 St. später.

**Von der Michaelbrücke**  
heute, Sonnabend, den 24. August: Große  
Benefiz-Mondscheinfahrt zum Besten der nach Müggelwerder verbundenen  
Dampfer-Linie, mit Tanz-  
französischen und großen Hebererfahrungen. Abfahrt 9 1/2 Uhr abends. Fahrpreis  
hin und zurück 50 Pf. Billets an der Dampferkassje zu haben. Um zahl-  
reichen Besuch bittet (24308) Das Komitee.

**Reederei Nobiling,**  
Jannowitzbrücke. — Zum Schultheiß.  
Auf vielseitiges Verlangen morgen, Sonntag,  
den 25. Aug.: Große Dampferextrafahrt  
mit Ruff nach Ziegenhals zum Pilseluden.  
Abf. vormittags 10 Uhr. Hin und zurück 1 M., Kinder die Hälfte. Billets  
im Vorverkauf 80 Pf. an der Währstieße. 24308

**Gewerkschaftsfest in Velten**  
am Sonntag, den 25. August, von nachmittags 3 Uhr ab auf dem  
Festplatz an der Eisenbahn. Konzert, Kinderfestspiele mit  
Geschenkerziehung an jedes Kind Tanz auf zwei Pariser Tanzsäulen  
und allerlei Volkstheatralischen. Am Abend: Kinder-Festzug.  
Entree a Person 20 Pf., Kinder frei. 295/15\*  
Es ladet freundlich ein Die Gewerkschaftskommission.

**„Flora“**  
Vorwärts  
Spandau, Picheldorferstr. 30.  
Sonntags Gr. Ball.  
Anfang 8 Uhr:  
Familien können Kaffee kosten!  
56202\* Emil Koopnick.

Unerreicht  
an  
Wohlgeschmack  
ZAR/  
23  
Cigarette  
Cigarettenfabrik TUMA Dresden gegr. 1876

**Wo?** machen wir diesen Sommer unsere Landpartien hin?  
Nach Picheldorfer  
zum  
alten Freund.  
Der alte Freund.  
Küche stets in altbekannter Güte.

**Estbahn-Park**  
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71  
Hermann Imbs.  
Täglich:  
Großes Konzert,  
Theater- und Spezialitäten-  
Vorstellung.

**Greift zu!**  
den besten 55072\*  
Monatsausgabe . . . v. 9.50 M.  
Abonnementsausgabe . . . 13.00  
Pfeilheftausgabe . . . 11.00  
Particulausgabe . . . 12.00  
Gebirgsausgabe . . . 14.50  
Ausgabe, Ersch. f. Maß . . . 20.50  
Valetois . . . 9.50  
Gefen . . . 2.00

**Moldauer**  
Prinzenstraße 64,  
im Laden.  
— Straßenbahn-Vergütung. —

**Jeder Arbeiter,  
jeder Handwerker  
sollte zur Arbeit**  
die Lederhose Herkules tragen.  
Klein-Verkauf. Sehr hartes Leder in  
präzisen grauen u. braunen Streifen,  
auch einfarbig. Am Hand aus einem  
Stück gearbeitet. Sehr feste Knop-  
nähte. Halbbare Klett- u. Taschen.  
Große Hüllen umsonst.  
Die Herkules-Hose 4 M. 50

Monteur-Gadett „Edison“,  
schliss Körper oder Dreil 2 M. 65  
Monteur-Hose „Edison“,  
schliss Körper oder Dreil 2 M. 25  
Kleider-Gesetz . . . 10.50, 5 M. 75  
Gesetz, Kleider-Gadett 19. —, 10.50  
Kleider-Gesetz . . . 3. —, 2.50, 2 M. 25  
Kleider-Gesetz (Braun) 3. —, 2 M. 50  
Weiche Lederhosen . . . 4.50, 3 M.  
Kleider-Gesetz, Kleider, 5 M. 50  
Weiche Kleider für Herren, Kleider  
Kleider, Kleider, Kleider.  
Die Preise gelten für normale Größen.

**Baer Sohn**  
En gros. Export. En detail.  
Gartenstr. 21a/25, Princesstr. 11.  
Gr. Frankfurterstr. 20.  
Hauptkatalog gratis und franco.  
Bei Bestellung von Hosen ist die  
Hosebreite und die Schrittlänge, bei  
Kleider und Kleider die Brustweite  
anzugeben. 13672\*

**Achtung! Achtung!**  
Wedding und Gesundbrunnen.  
Reinen werden Freunden und Be-  
kannnen zur gef. Kenntnisnahme, daß  
am Sonntag, den 25. August,  
das diesjährige

**Ernte-Fest**  
gefeiert wird. Um 4 Uhr großer  
Erntedankfest mit Musik, Volks-  
tänzen aller Art. Gr. Garten-  
fest, Eintritt frei. Eröffnung  
der Ausstellung 2 Uhr. 24308  
Um zahlreichem Besuch bittet  
p. Hermanns Sandkug Nachfolger  
Erich Spötter  
Laubkolonie Grünhalden u.  
Bornholmerstraße.

**Achtung! Hasselwerder,  
Nieder-Schönweide.**  
Inhaber: Albert Scheruch.  
Jeden Dienstag  
**Großes Kinderfest.**  
Jedes Kind erhält eine Kopf-  
bedeckung und Los gratis. Kasperle-  
Theater, Fackelpolonaiese, Vorlesung  
und Frei-Tanz. Entree 10 Pf.  
Vom Schließenden Bahnhof bis Nieder-  
Schönweide 10 Pf.  
Um geneigten Besuch bittet  
54772\* Albert Scheruch.

**Variété zum Werkhof,  
Wartudstr. 50.**  
Sonnabend, den 24. August:  
Große Eröffnungsvorstellung der  
Winterfaison. Nur erstl. Kräfte.  
57412\* Karl Genkel

**Nathan Wand**  
129 Zalkstr. 129.  
Die schönsten 57402\*  
Herren-Sommer-Paletots  
und Anzüge in neu  
sowie speziell  
Monats-Garderobe  
von kanalleren getragene Farben,  
sind neu für jede Figur passend,  
speziell Bauch anzüge sind in  
großer Auswahl stets zu stammend  
billigen Preisen zu haben.

**Nathan Wand**  
129 Zalkstr. 129.  
Hochbahnhofs-Kottbuser Tor.  
Bitte auf Nordkurve zu gehen.

**Eine Mark**  
wöchentliche Teilzahlung liefert  
elegante Herren 1908  
**Herren-Garderoben**  
Grat für Maß.  
Anfertigung nach Maass.  
Tadellose Ausführung.  
**Julius Fabian,**  
Schneidermeister,  
Gr. Frankfurterstr. 37, 11  
Eingang Gesundbrunnen Platz.

**Kratz**  
**Radikal-Wanzenlöter**  
fl. 1.75 u. 1.00. Probe 50 Pf.  
vernichtet unter Garantie alle  
Wanzen und Brut.  
**Schwaben-Puder**  
fl. 1.75 u. 1.00. Probe 50 u. 30 Pf.  
**Fritz Kratz, Drogen**  
Reinholdsdorferstr. 119  
(am Hof Wedding u. Brunstr.).



# Warenhaus Wilhelm Stein

Berlin N., Chausseestr. 70/71.

Von Sonnabend, den 24., bis Dienstag, den 27. August cr. inkl. so lange Vorrat.

## Fleischwaren

Rotwurst . . . . . Pfund 0,48 M.  
Zwiebelleberwurst . . . . . 0,48 .  
Landleberwurst . . . . . 0,90 .  
Feine Leberwurst . . . . . 0,98 .  
Thüringer Kümmelwurst . . . . . 0,95 .

Thüringer Blockwurst . . Pfund 1,20 M.  
Thür. Cervelatwurst . . . . . 1,25 .  
Thür. Salamiwurst . . . . . 1,25 .  
Westf. Cervelatwurst . . . . . 1,45 .  
Pökelrippchen . . . . . 0,60 .

Liesen . . . . . Pfund 0,70 M.  
Kasseler Rippespeer . . . . . 0,95 .  
Mausschinken zirka 1 1/2 Pfund . . . . . 1,20 .  
Pomm. Schinkenspeck . . . . . 1,10 .  
Bratenschmalz . . . . . 0,58 .

## Wild und Geflügel

Rebhühner . . . . . Stück 90 Pf.

Rehblätter . . . . . Stück 1,70, 1,90, 2,00 M.

Junge Bratgänse . . . . . Stück 4,50—5,50 M.

## Kolonialwaren

Gebrannte Kaffees Mischung IV III II I  
90 1,10 1,30 1,50  
Unsere Marken sind des vorzüglichen Geschmacks wegen allseitig bekannt.

Mischung V rein im Geschmack, ergiebig . Pfund 80 Pf.

Von dieser Kaffee-Mischung V verabfolgen wir in der Lebensmittel-Abteilung = **Kostproben gratis.**

## Spree-Havel-Dampfschiffahrt-Gesellschaft „Stern“.

Sonntag, den 25. August:

### Dampfer-Sonderfahrt nach Rauefangswerder (Idyll des Südostens).

Abfahrt: Wannowbrücke (Weißedörs) 9 1/2 Uhr, Schleiches Tor 9 1/2 Uhr vorm.  
Rückfahrt: Abends 9 Uhr. Ed. Rutkowsky.

Chemische Fabrik im Rheinland sucht **Meister, Vorarbeiter und Arbeiter** bei hohem Lohn. Dauernde Stellung. Umzugskosten werden bewilligt. Offerten unter B. 3 an die Expedition dieses Blattes.

## Mondscheinfahrt

am Sonnabend, den 24. August 1907 nach

### Hasselwerder

von der Wannowbrücke. 57502  
**Sterngefellschaft**  
Abfahrt 9-9 1/2 Uhr, Rückfahrt 5 Uhr (Preis 50 Pf. einschließlich Konzerts) auf elektrisch illuminierten Salondampfern.

Erprobt und bewährt!

3863L\*

# Spiritus-Glühlicht-

Lampen und Brenner.

Centrale für Spiritus-Verwertung,  
BERLIN NW. 7, Friedrichstr. 96, gegenüber dem Central-Hotel.

Illustrierte Preisliste kostenlos!

## Blitz=Schnell

Kommt man mit der Hochbahn zu **Weingarten, Gitschinerstr. 72**, Station im Hause. Galtstelle Bringenstraße. Empfiehlt:  
**1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,**  
**1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,**  
auch für corpulente Herren passend.  
Dieselben sind von feinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.  
Fahrgeld wird vergütet. • Bitte auf Hausnummer zu achten.

## Revolutionsgefahr!

**Baisse an den Effektenbörsen.**  
**Hausse an den Produktenbörsen.**  
Wer aus den Vorgängen an den Börsen Nutzen ziehen will, muß unbedingt sich vor Verlusten schützen, muß unbedingt den Inhalt der Proostierschen Broschüre kennen.  
**Das Wirtschaftsabild der Gegenwart und der Zukunft** ist zu beziehen durch alle Buchhandlungen (Kommissionär: Otto Weber, Leipzig). Broschüre A, vollständige Ausgabe, Mk. 2. — Teil- und Volksausgabe, 60 Pfg. Gegen Einsendung von Mk. 2.10, bezw. 60 Pfg. für das Inland, Mk. 2.20 bezw. 70 Pfg. für das Ausland, werden die Broschüren portofrei vom Verfasser Kaufmann Michael Proostier in Würzburg versandt, wenn in Buchhandlungen nicht erhältlich.  
Man verlange ebendasselbe Flugschriften und Prospekts.

## Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

# Kleine Anzeigen

## ANZEIGEN

Für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 5 Uhr angenommen.

## Verkäufe.

**Leppische** mit Gardenern Fabrik-Niederlage Große Frankfurterstraße 9, partiere kein Laden. Wasserhoff. +1  
**Steppdecken** billig! Herbst Große Frankfurterstraße 9, partiere. +1  
**Gardinenhaus** Große Frankfurterstraße 9, partiere. Kein Laden. Wasserhoff. +1  
**Fahrräder, Teilzahlungen.** Invalidenstraße 20, Staligerstraße 40. \*  
**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** wie neu, 45,00. Holz, Blumenstraße 36b.  
**Leppische (sehr billige)** in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Leppischlager Brunn, Dadescher Markt 4, Bahnhofs Börse. 261/1\*  
**Steppdecken** spottbillig. Fabrik Große Frankfurterstraße 60. 21678\*  
**Herrenmoder, Seestrasse,** am Allee grenzende zehn Grundstücke mit Wäldern werden sehr billig verkauft. Quadratmeter 25 Mark, im ganzen billiger. Joachim, Brunnenstraße 36. 21006\*  
**Monatsanzüge und Sommerpaletots** von 5,00. Hosen von 1,50. Gehrockanzüge von 12,00. Frack von 2,50. sowie für corpulente Figuren feine Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen kauft man am billigsten bei **Rab. Wiladstraße 14.** 22045\*

**Handelshaus!** Hermannplatz 10. Polzeilich konzessioniertes Handelshaus! Jedermann empfehlenswerte Einkaufsquelle! Extrabilliger Bettwarenverkauf, Aussteuerwänsche, Leibwänsche, Brautbetten, Vermietungsarbeit, Bettwäsche, Bettwäsche, Gardinenverkauf, Leppischverkauf, Steppdecken, Tischdecken, Wanderverkauf, Nähmaschinen, Uhrenverkauf, Goldschmuck, Schmuckwaren, Festgeschenke, hoch-elegante, spottbillige Badetanzanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots. Sonntags ebenfalls geöffnet. +116\*  
**10,50 große Betten,** vorraa Ansett, Oberbett, Unterbett, zwei Kissen & Feder, Landsbergerstraße 41.  
**Metallbetten,** komplette, hoch-elegante, Paar 65,00. Feder, Landsbergerstraße 41. 26178\*  
**Leppische,** großer Raumungswarenverkauf, Gelegenheitskäufe, darunter Prachtstücke von 5,50 an. Spezialhaus Dredenerstraße 8. 26148\*  
**Sofakofferte, Sofas, Tisch, Pochette** spottbillig. Leppischhaus Emil Leddow, Dramenstraße 158. \*  
**Restaurant,** gutgehend, 7 Jahre in einer Hand, sofort zu verkaufen. Große Rände, 1400 Mark. Monatslich 64 Gulde Barglosh, 14 Gulde Weibhler. Kirchof, Amperstraße 119.  
**Kinderwagen, Kinderbettstellen,** Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Sommer, Dienerstraße 51.  
**Anzüge, Paletots,** zurückgelehrt, Rückstellungen kommen billig zum Verkauf Friedrichstraße 212 L. Händler verbleiben. 23835\*

**Kinderwagen, Kinderbettstellen** Sportwagen, gebrauchte, zurückgelehrt spottbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 22478\*  
**Bronzegeschloß!** Badung-lampen! 9,00. Schaufensterlicht! Hängelicht! spottbillig! Waschen 1 1/2, Juwelgeschloß! 3,00. Bohauer, Ballmertheaterstraße 32. 25068\*  
**Milchgeschloß!** Einrichtungen, Kadel, Waage, Wagen, Gewichte, Stangen, Drehrollen, Ladentische, Regale, billig. Bahmannstraße 27. \*  
**Sommerpaletots, Monatsanzüge,** wenig getragen, von 5 Mark an, große Auswahl für jede Figur, auch neue elegante Garderobe aus erster Beugungsquelle 20 Prozent billiger wie im Laden, direkt vom Schneidermeister Bau Parkenzell, nur Kolen-Halerstraße 10. Fernsprecher Amt III 5117. 26118\*  
**Quadratmeter 20 Mark** an, Jehn-pennigstour, Linie 96 Dehnenstraße-Mariendorf, Endstation Uhlenrader Chaussee. Verkäufer dalehst, Restaurant Erdmann, Mariendorf, Chausseestraße 41a. 23014\*  
**Singerbobbin** Ringelstich 22,00, Ringelstich 77, Obdrehstich. 61/1  
**Plüschhüte, Kägen, neueste Formen,** blügelte Preise. Palm, Quinacher, Grünauerstraße 6. +6  
**Grünramengeschäft** sofort zu verkaufen Buchholzerstraße 8. +51  
**Obst, Gemüsehandlung, etc.,** verkauft wegen Verzug nach Anher-halb Lottumstraße 28. +51\*  
**Getreidekonrat** zu verkaufen, Menge 1100,00, Preis 1900,00, mit Baugeschäft, wegen vorgerücktem Alter. Panierstraße 64. Kirchof. +116  
**Eiserne Bettstelle,** neu, billig veräußert Grüner Weg 50/51, Hof 1 links. +31  
**Herrenfahrrad,** dringend, 35, Panierstraße 24a, partiere rechts. +97\*  
**Wäschelose, Weißhülle, Watte** verkauft Reinsberg, Karlsruferstraße 5, Seitenflügel. +32

**Fahrrad, billig, Witkhe,** Exzerierstraße 25. +97\*  
**Haftbreitspindel, Spiegelverfio,** Mischelbetten, Söulentraumeu, Wätsch-sola, Küchenmaschinen, Verschiedenes billig Weidenweg 1, Reiter. +82  
**Herrenfahrrad** verkauft Schreyer, Kottbuserstraße 17 IV. +108  
**Verschiedenes.**  
**Volkednett Bogdanowky, Gaudy-**straße 16. +51\*  
Verst die Mutterproche beherrschen! Erfolgreich, leicht fahrlchen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erteilt Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gewissenhafter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unterrichtsstunde höchstnützlich genügt. Gesällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.  
**Baronanwalt Bessel, Gültener-**straße 94a. 25558\*  
**Platinabfälle, Gold, Silber,** Gebisse, Rehrhoh, alte Uhren, Stand-gold sowie sämtliche gold- und silberhaltigen Abfälle taust Gold- und Silbergeschmelze Köpenickerstraße 29. \*  
**Tanzunterricht!** Gruppe, Annen-straße 16. Sonntagstunde Herren 4,00, Damen 3,00 monatlich. 22015\*  
**Restaurant „Zum hüben Grund“,** Rehiendorf, Bahnhof Beerenstraße, Hensburgerstraße 7, Verteilungsfokal organisierter Arbeiter, empfindet großen Fröhlichkeit, Mittags- und Abendlich. Vereinszimmer steht zur Verfügung. „Vorwärts“ liegt an. 24236\*

**Stube und Küche** zum 1. Oktober zu vermieten, 26 Mark, bei Reiner, Müllerstraße 129, vorn II. +81  
**Zimmer.**  
**Teilnehmer** zum möblierten Zimmer gesucht Belle-Alliancestr. 11, Seitenflügel I rechts. 17156  
**Möbliertes Zimmer, 1-2 Herren,** herrliche Aussicht, Baumhuldenweg, Krojanstraße 6 II, Bahnhof. 1894b  
**Schlafstellen.**  
**Schlafstelle, freundliche, für zwei** Herren Romintenerstraße 24/25, Quergebäude III rechts. +121\*  
**Schlafstelle, Herrn, vermietet** Schulte, Bademarstraße 28, Quergebäude IV. 2442b  
**Schlafstelle zu vermieten** Samoa-straße 23, vorn III bei Ludwig. +87  
**Mietsgesuche.**  
**Schlafstelle** sucht junges Mädchen, Nähe Bahnhof Schönhauser Allee. Preisangabe unter E. B. 90, „Vorwärts“ • Expedition, Lygenger-straße 123. +51  
**Arbeitsmarkt.**  
**Stellengesuche.**  
**Kinder Stubistecher** bittet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. K. Gähler, Pulad-straße 27. 1468b  
**Stellenangebote.**  
**Tüchtige Zementkammer** finden sofort dauernde Beschäftigung. Hans Richter u. Co., Kunstseifenfabrik, Groß-Lichterfelde-West. 2407b\*  
**Polierer** auf Holzleisten verlangt D. Rohde, Grüner Weg 20 III.  
**Verlangt** ein Kupferschmied zur Ausbülse, 3-4 Wochen, gute Be-zahlung. Erfragen bei Kallisch, Varienstraße 95, abends 7 Uhr.

**Klavierlehrer** gesucht Sonnabend und Sonntag. Tepel, Kaufstr. plah 18. +6  
**Verführer** auf Goldleiten ver-langt Vitsche, Krautstraße 36. +31  
**Gadglühlicht,** Junge Mädchen zum Anlernen und sehr hand-abkennern bei hohem Lohn ge-sucht. „Thöny, Werke“, Weihenfer, Sedanstraße 46. +134  
**Künstliche Blumen, Kröserinnen,** Kleberinnen verlangt Schindelhauer, Alexandrinenstraße 99/104. 22906\*  
**Kartearbeiterinnen** (wie solche für Jagender-Bezugmaschinen ver-langen Burgheim u. Jungmann, Blumenstraße 37. 24125\*

## Korbmacher

auf Geschloßhöhe und andere hohem Lohn (Drillingstunde 4,60 M.) gesucht. Reifevergütung nach Vereinbarung. 60/1\*  
**Gebr. Wolf, Bernburg.**

## Lehrmädchen

mit guter Schulbildung bei monatlicher Vergütung für unsere Geschäfte per sofort oder später gesucht. Re-lisungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vorstandes mittags 1-2 oder abends 8-9 Uhr. 56842\*  
**A. Jandorf & Co.,** BelleAlliancestr. 1-2.

## erster Böttcher für Stettin gesucht.

Offerten unter B. V. 4871 an Rudolf Mosse, Stettin.

## erster Böttcher für Stettin gesucht.

Offerten unter B. V. 4871 an Rudolf Mosse, Stettin.